



1903

Nr. 10

## Der Parteitag des Sieges.

Von

Adolph von Elm.

(Hamburg.)

Die *Dreimillionenpartei* hält nach ihrem glorreichen Sieg ihren ersten Parteitag ab. In den Proletariereisen der Partei war während der letzten Monate vielfach die Frage erörtert worden: Welchen praktischen Nutzen wird uns der Sieg bringen? Wird der Einfluss der Partei nunmehr gross genug geworden sein, um im Parlament einige der so dringend notwendigen socialpolitischen Forderungen durchzusetzen? Unsere Fraction muss auf socialpolitischem Gebiet eine mehr aggressive Tätigkeit entwickeln, hies es auf der Conferenz des Kreises Teltow-Beeskow und in vielen anderen Orten. Wir müssen die Proletariereisen, das ganze Volk aufrufen zum Kampf für unsere socialen und culturellen Forderungen, zum Kampfi für die Beseitigung der schreiendsten Missstände auf den verschiedensten Gebieten und dadurch die Regierung und die bürgerlichen Parteien zwingen. Farbe zu bekennen.

Nach dem in so einheitlicher Weise in ganz Deutschland geführten Kampfe wäre es unserer einzig würdig gewesen, in ruhiger, sachlicher Weise unsere taktischen Massnahmen für die Zukunft zu erörtern. Aber — es kam anders!

Jetzt wissen wir's, denn unser Bebel, er, der mit einer in der ganzen Partei bewunderten Tatkraft, mit einem Feuereifer, der in den Massen die hehrste Begeisterung weckte, an unserer Spitze gegen den Feind gefochten hat's uns gesagt: Wohl, unser Sieg ist gross und schön — aber, er taugt doch nichts, denn die vom Volke Erwählten taugen nichts. Sie sind in ihrer Mehrheit *Revisionisten*, Leute, die die Proletariereise an bürgerliche Reformparteien verraten wollen.

Und dem Zweck, dies vor aller Welt zu beweisen, war der Parteitag in Dresden, der Hauptstadt im roten Sachsen, gewidmet.

Als Beweis für die *Gewissenlosigkeit*, für die *Ehrlosigkeit* der *Revisionisten* wurde uns zunächst das Schauspiel einer dreitägigen Literatendebatte geboten. Auf mich machte dieselbe den Eindruck, als wenn es sich dabei um eine Einleitung zur grossen *Revisionistendebatte* handelte. An bürger-

lichen Blättern haben, solange es eine socialdemokratische Partei gibt, Genossen zeitweilig mitgearbeitet, Männer und Frauen, deren Namen einen guten Klang haben. Noch nie war es jemand in der Partei eingefallen, dieselben als *Marodeure*, als *Verräter* zu bezeichnen. Auch in der *Zukunft* haben jahraus, jahrein Genossen, inländische und ausländische, radicale und gemässigte, Artikel, sowohl politische, als auch wissenschaftlichen oder unterhaltenden Inhalts veröffentlicht. Im letzten Jahr waren in der *Zukunft* nun auch einige Artikel von sogenannten *Revisionisten* erschienen. Hätte man nun unterschiedslos alle verurteilt, *Marxisten* und *Revisionisten*, welche an der *Zukunft* mitgearbeitet haben, so wäre dagegen absolut nichts einzuwenden gewesen, denn auch ich bin der Meinung, dass für ein Organ, welches, wie die *Zukunft*, erwiesenermassen die Partei beschimpft hat, ein Socialdemokrat unter keinen Umständen auch nur eine Zeile schreiben darf. Was aber die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern im allgemeinen betrifft, so haben ja alle diejenigen, die nicht genötigt sind, für Honorar schreiben zu müssen, darüber sehr leicht urteilen. Von einer sehr *radicalen* Genossin aber hörte ich, dass sie mit ihren Kindern hungern müssen, wenn nicht bürgerliche Blätter ihre Artikel aufgenommen hätten. Trotz aller auf dem Parteitag gegen die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern angeführten Gründe kann ich deshalb in das allgemeine Verdammungsurteil nicht mit einstimmen. Allgemeingiltige Normen lassen sich dafür nicht schaffen, man muss die Sache von Fall zu Fall beurteilen. Als geradezu tactlos aber betrachte auch ich es, wenn ein Genosse in einem bürgerlichen Blatt Parteiangelegenheiten erörtert oder gar das Verhalten unserer Partei in irgend einer Frage zur Freude der Gegner kritisiert. Ist das letztere der Fall, dann bin ich dafür, dass man nicht viel Federlesens macht und den Betreffenden einfach ausschliesst. Die Veröffentlichung des Artikels *Parteimoral* in der *Zukunft* habe auch ich verurteilt, weil derselbe, obgleich allgemein gehalten, dennoch, weil von einem Genossen verfasst, als auch auf unsere Partei zutreffend betrachtet werden konnte. Der vom Parteitag gefasste Beschluss ist aber eine Halbheit; *gehässige* und *hämische* Kritik an unserer Partei hat zeitweilig noch jedes bürgerliche Blatt geübt. Die sogenannten *parteilosen* Blätter sind in dieser Beziehung manchmal die schlimmsten; bei der letzten Wahl haben fast alle derartigen Organe die Maske fallen lassen und sich offen in den Dienst der capitalistischen Parteien gestellt. Also: entweder — oder! Entweder, man verbiete die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern überhaupt, oder — da dies gleichbedeutend sein würde mit dem Ausschluss einer grossen Zahl von Schriftstellern aus der Partei und deshalb nicht durchführbar erscheint — man überlasse es dem Tactgefühl der einzelnen und mache kurzen Process mit jedem, der unsere Partei in capitalistischen Organen kritisiert oder verunglimpft. Als ein fluchwürdiges Verbrechen betrachten nun einzelne unserer Parteiblätter es, dass die vor aller Welt Gescholtenen den Spiess umdrehten und den Mann kennzeichneten, der von der Redaction der *Neuen Zeit* zum Hüter der Parteimoral bestellt wurde. Wer, wie dies von denselben Organen geschieht, einen Mehring verteidigt und für diejenigen, die in ihren Artikeln in bürgerlichen Blättern die Partei mit keinem Wort angegriffen haben, den Ausschluss aus der Partei verlangt, beweist damit, dass es ihm nicht

um die Sache zu tun ist, sondern, dass er aus dem Gefühl des Hasses heraus handelt, dass er nicht die Einigkeit der Partei, sondern die Zersplitterung derselben will. Darüber dürfte die grosse Mehrzahl der Parteigenossen sich heute wohl einig sein: ein Mann, der sich vor- und rückwärts und dann abermals vorwärts mausert, der nach verhältnismässig kurzer Zeit mit Schmutz bewirft, was er vorher begeistert gepriesen hat, ein solches *psychologisches Rätsel* kann unmöglich an leitender Stelle unseres wissenschaftlichen Parteiorgans stehen. Eine andere Frage ist die, ob diese ganze ekelhafte Auseinandersetzung dem Parteitag nicht hätte erspart werden können. Bebel will nicht *Schulmeister* sein — gut: es würde auch keinen guten Eindruck machen, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes allein sich zum Richter über andere Parteigenossen aufwerfen wollte. Aber an unseren Parteivorstand, meine ich, müssten wir das dringende Ersuchen richten, den Parteitag vor dem widerlichen Literatengezänk für die Folge zu bewahren. Es ist nicht wahr, wenn man glaubt, der Parteiorganismus sei so fest gefügt, dass er auch das Schlimmste ertragen könne. Wenn in Zukunft das so weiter gehen soll, dass wir zur Freude unserer Gegner auf unseren Parteitagen uns gegenseitig zerfleischen, dann wird dadurch nicht nur unsere Partei öffentlich discreditiert, sondern einer grossen Anzahl von Parteigenossen wird die Lust zur weiteren Mitarbeit an der Partei genommen. Sachliche Auseinandersetzungen über unsere Grundsätze, über unsere Taktik wirken klärend, wirken erhebend; persönliches Gezänk dagegen niederdrückend, entmutigend. Die Debatten in Hannover haben uns nicht geschadet, sie trugen durchweg einen grosszügigen Charakter; das Literatengezänk in Lübeck hat in weiten Kreisen der Partei Unwillen hervorgerufen; was uns in Dresden geboten wurde, wird in vielen Proletarierherzen tiefstes Weh, Trauer und Beschämung hinterlassen.

Wer trägt die Schuld? Selbstverständlich wird von den Beteiligten jeder dem andern die Schuld beimessen. Mich dünkt, das Uebel wurzelt tiefer. Es hat sich in unserer Partei, in erster Linie bei den Schriftstellern, eine Splitterrichterei, eine Unduldsamkeit entwickelt, die naturgemäss schliesslich zur persönlichen Gehässigkeit führen muss. Man sieht in dem Genossen, der eine gegenteilige Meinung äussert, nicht mehr den Mitkämpfer für die Sache des Proletariats, man behandelt ihn als einen Gegner, unterstellt ihm Absichten und Motive, gegen die er selbst sich aufs entschiedenste verwahrt. Die Meinungsfreiheit, sagt man, sei in unserer Partei nicht in Gefahr. Gewiss — eine Meinung zu äussern, ist nicht verboten, aber, wehe, wenn man dieselbe öffentlich kundgibt oder gar schwarz auf weiss drucken lässt. Die Kosenamen, mit denen jemand bedacht wird, der nicht die officiell geachtete Anschauung vertritt, lassen auf alles andere, nur nicht auf das Gefühl der Wertschätzung seiner Person als Parteigenossen schliessen. Auch die sogenannten *Revisionisten* haben im Wahlkampf — das wird von keiner Seite bestritten — ihre ganze Kraft eingesetzt; das schützte sie aber nicht davor, dass man ihnen Absichten unterstellte, als wenn ihnen die Sache des Socialismus nicht gerade so heilig sei, wie jedem andern Socialdemokraten. Auer hat seine Kräfte im Dienste der Partei aufgerieben, und doch sollte er einen *gehörigen Denkkettel* bekommen, wenn er, wie ein Berliner Delegierter erklärte, nochmals so gegen Bebel

vorgehe, wie in Hannover. So malt sich in diesen Köpfen die Denk- und Meinungsfreiheit in der Partei! Bebel ist diesen Genossen die Partei; wer nicht widerspruchslos anerkennt, was Bebel spricht und tut, ist ihnen kein vollgiltiger Genosse mehr und muss *abgesägt* werden. Der Personencultus hat bei uns nachgerade einen Höhegrad erreicht, wie in keiner vorhergegangenen Periode. Das gilt nicht nur für Berlin. Die in der *Sächsischen Arbeiterzeitung* erschienenen Artikel *Bebels Tag* und *Ich klage an* haben uns noch stärkere Proben der Bebel-Verhimmelung gebracht, als sie in Berlin denkbar sind. Was Wunder, wenn Bebel selbst sich in der ihm zugeschriebenen Rolle gefällt und in Ausdrücken redet, die — selbst dann, wenn sie ein Lob für einen Parteigenossen enthalten, — geradezu verletzend sind, wenn er schliesslich auch gegen das *Absägen* Andersdenkender nichts einzuwenden hat. Nur — »Kinder, lasst mich aus dem Spiel!«

Allzuviel Lob wurde in Dresden nicht gespendet; im Gegenteil, es wurde meistens *aufs schärfste* oder *aufs entschiedenste* verurteilt, in erster Linie die *revisionistischen* Bestrebungen. Was ist *Revisionismus*? Wer ist ein *Revisionist*? Das war nicht nur in Dresden die Preisfrage; sie ist es auch geblieben trotz der langen Reden, die darüber gehalten wurden. Wir haben nicht einmal genau erfahren, woher der schöne Titel stammt. Kautsky erklärte uns allerdings: »Zuerst sprach man von *Bernsteinerei*, w i r haben es dann aber vorgezogen, der Sache einen weniger persönlichen Anstrich zu geben.« Wir? Wer? Die Redaction der *Neuen Zeit*? Aber, zu dem von Kautsky, Bebel und Singer in der bekannten Resolution ausgemalten *Revisionismus* hat sich vor Dresden und in Dresden kein Mensch in der Partei bekannt und wird sich auch nach Dresden keiner bekennen, weil er damit aufhören würde, Socialdemokrat zu sein. *Entgegenkommen* an die bestehende Ordnung der Dinge, *Aufgeben* des Classenkampfes, *Anlehnung* an die bürgerlichen Parteien — wer will das? Niemand! Und deshalb konnten die *Revisionisten* auch ohne Scrupel für die Resolution stimmen, weil das, was in derselben verurteilt wurde, sie gar nicht traf. Man k o n n t e für die Resolution stimmen, sage ich — aber man m u s s t e es nicht. Ich stimmte dagegen. Zunächst einmal deshalb, weil es mir wider den Strich ging, durch meine Zustimmung förmlich anzuerkennen, dass in der Partei die angeführten Bestrebungen vorhanden sind, weil ich es für eine Beleidigung der Partei hielt, öffentlich zu erklären: es gibt Elemente in der Partei, welche derselben den Classenkampfcharakter nehmen wollen. Dann aber auch stimmte ich dagegen, weil der Teil der Resolution, in welchem der Classenkampfcharakter nicht in allgemeinen Redensarten, sondern in bestimmten Forderungen zum Ausdruck kommen sollte, nicht scharf und präzise genug gefasst war. Ich habe das Amendement Timm mit unterstützt, welches ja lediglich die Ideen des Antrages der Parteigenossen von Teltow-Charlottenburg in Kürze wiedergibt. Da aber einige Hochkirchliche den Antrag als *revisionistisches Kukulkei* bezeichneten, liessen die *radicalen* Teltower den Antrag fallen und überliessen es den Gewerkschaftern, denselben auf dem Parteitag einzubringen. Ja, wenn unsere Parteipäpste nicht wären, dann wüsste kein Mensch, was *Revisionismus* ist! Gegen den Antrag Timm haben Bebel und Auer gesagt, das Ausarbeiten

von Gesetzentwürfen müssten wir den Geheimräten überlassen, wir selbst könnten es nicht. Aber eine Stunde später, nachdem er so geringschätzen über unsere Intelligenzen geurteilt, verkündet Bebel triumphierend: »Wenn wir morgen durch irgend einen Umstand unsere Gegner von ihren Sitzen verdrängen und uns selbst hinsetzen könnten, so macht euch darüber keine Sorgen, wir würden schon wissen, was wir zu tun hätten.« Heute mangelt es uns noch an Kräften, einen einfachen Gesetzentwurf auszuarbeiten zu können, aber morgen, wenn uns über Nacht die politische Macht in den Schoss fällt, dann haben wir plötzlich so viele fähige Genossen zur Verfügung, dass wir die Welt regieren können. Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand! Ich befürchte keinen Augenblick, dass wir in unserer Fraction nicht befähigte Genossen genug haben — wir haben ja einen ganz wesentlichen Zuwachs von intelligenten Genossen am 16. und 25. Juni bekommen — welche, wenn ihnen der Auftrag erteilt würde, einen Gesetzentwurf über eine der brennendsten Interessenfragen der Arbeiterclassen mit Begründung auszuarbeiten, dieser Aufgabe gewachsen wären. Die socialdemokratische Fraction im österreichischen Parlament ist weit kleiner, als die unsrige, und hat doch schon mehrfach fertig ausgearbeitete Gesetzentwürfe nebst Begründung eingereicht. Auf dem Parteitag ist so furchtbar viel auf die *revisionistische Projectenmacherei* geschimpft worden: man gebe den *Revisionisten* Gelegenheit, sich praktisch zu betätigen, dann wird's sich ja zeigen, ob sie brauchbar sind. Worauf es mir und allen Gewerkschaftern bei dem Antrag Timm aber in erster Linie ankam, war, dass wir in der praktischen Arbeiterpolitik unsere Kräfte zeitweilig auf einen Punkt concentrieren, die Volksmassen für eine Forderung durch unsere Propaganda in Bewegung zu setzen versuchen. Haben wir Erfolg mit einem solchen Massenansturm auf Regierung und Parlament, werden wir die Arbeiter um so fester an die Partei ketten; weigern sich Regierung und Parlament, einer berechtigten Forderung der Arbeiter nachzukommen, dann wird unsere Bewegung wiederum den Nutzen davon haben. Eine solche aggressive Tätigkeit für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, für das Coalitionsrecht u. s. w. würde vor allen Dingen dem widerlichen Gezänk in unserer Partei, den Haarspaltereien ein Ende machen und von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mit Freuden begrüsst werden.

Aber unsere *bisherige sieggekrönte Taktik* darf nicht geändert werden. Worin bestand dieselbe? Darüber belehrt uns Kautsky: »Unsere bisherige Taktik ging dahin, dass wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, dass wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Classen immer mehr erweiterten, die herrschenden Classen immer mehr gegen uns erbitterten, dass wir mit jedem Zuwachs an Macht den Besitzenden immer mehr Furcht einflößten, dass sich die Conflictte immer mehr zuspitzten, so dass wir schliesslich Zuständen entgegendrängten, wo es eine grosse Entscheidung gilt, in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen. Das war unsere bisherige Taktik.« War sie das wirklich? Soweit unsere parlamentarische Tätigkeit in Betracht kommt, habe ich von einer solchen Taktik nie etwas gespürt. Ich bestreite auf das entschiedenste, dass zum Beispiel irgend ein Fractionsmitglied im letzten Winter bei der *Obstruction* gegen den Zolltarif sich von dem Gedanken

hat leiten lassen, durch dieselbe »die herrschenden Classen immer mehr gegen uns zu erbittern«. Wir haben mit unserer *Obstruction* nicht nur die Interessen der breiten Massen des Volkes zu wahren gesucht, sondern auch die Interessen des Handels und der Industrie. Unsere drei Millionen Stimmen sind nicht die Frucht der uns von Kautsky unterstellten Verbitterungs- und Conflictspolitik, sondern lediglich und allein die Anerkennung dafür, dass wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter und ausser diesen noch grosser Schichten des Volkes vertreten haben. Und auf wirtschaftlichem Gebiet? Die Zeit ist längst vorbei, wo einige unklare anarchistische Elemente zu Strikes anfeuerten, um die Köpfe der Arbeiter zu *revolutionieren*. Wir kämpfen für eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, nicht des Kampfes wegen und nicht, um Fabrikanten oder Principale gegen uns zu erbittern; wir wägen ganz kühl und nüchtern die etwaigen Chancen eines Kampfes vor Beginn desselben ab. Ja, wir sind sogar hochofrennt, wenn es uns gelingt, günstige Tarifverträge auf einige Jahre mit unseren Fabrikanten abzuschliessen, weil wir dadurch Zeit gewinnen, unsere Organisationen auszubauen.

Ein nicht so grundgelehrter Genosse, wie Kautsky, entwickelte dessen Ideengang viel einfacher, indem er sagte: »Wir müssen zielbewusst auf die Katastrophe hinarbeiten.« Unsere *radicalen* Genossen stimmen dort merkwürdig überein mit den *Scharfmachern* der Reaction. Die *Hamburger Nachrichten*, die *Post* und sonstige erzreactionäre Blätter wollen auch zielbewusst die *Katastrophe* herbeiführen. Staatsstreich — Verfassungsbruch — Wahlrechtsraub sind die Recepte, die sie der Regierung täglich empfehlen, um die *Katastrophe* herbeizuführen. Den Arbeitern kann nicht dringend genug anempfohlen werden, sich der *Katastrophen*politiker von rechts und von links recht energisch zu erwehren. Was ist denn geschahen, dass wir plötzlich ganz besinnungslos uns in den Kampf stürzen wollen? Drei Millionen Stimmen — gewiss, eine respectable Zahl! Aber ist die wirtschaftliche Entwicklung wirklich schon so weit gediehen, dass nach unseres grossen Vorkämpfers Marx' Lehre der *Zusammenbruch* der capitalistischen Gesellschaft bevorsteht? Vor allem aber: Sind unsere wirtschaftlichen Organisationen schon mächtig genug, um eine Reorganisation der Gesellschaft durchführen zu können? Bebel glaubt es. Er wirft uns vor, wir kennen die *Volksseele* nicht. Wenn es nur auf das Gefühl ankäme, freilich, dann hat er recht. Eine Rede Bebels in einer grossen Volksversammlung wirkt elektrisierend, berauschend auf die Massen. Aber wir, die wir jahraus, jahrein die Kleinarbeit in Gewerkschaften und Genossenschaften verrichtet haben, wir kennen die Massen besser, wir wissen, dass noch eine gewaltige Erziehungsarbeit notwendig ist, um dieselben zu befähigen, sich selbst regieren zu können. Wir haben in unseren Organisationen grosse Fortschritte gemacht, aber es wäre geradezu vermessen, wollten wir behaupten, unsere wirtschaftliche Machtposition sei stark genug, um die Umwandlung der bürgerlichen in die socialistische Gesellschaftsordnung herbeiführen zu können.

*Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge* wollen wir Gewerkschafter und Genossenschaftler wahrlich nicht. Im Gegenteil, wir sind ständig an der Arbeit, die bestehende Ordnung der Dinge umzuge-

stalten. Die *Evolutionisten*, die *Revisionisten* sind den kleinbürgerlichen Parteien weit verhasster, als die sogenannten *Radicalen*: ich erinnere nur an das Vorgehen der freisinnigen Volksparteier im *Allgemeinen Verband* gegen die Consumvereine und an die antisemitische Hetze gegen dieselben! Und unsere *radicalen* Kleinbürger in der Partei? Sie stehen den Crügerschen auf wirtschaftlichem Gebiet näher, als uns. Consumvereine und andere Genossenschaften betrachten auch sie als Institutionen, die ihren Interessen widerstreiten, und verdächtigen deshalb jeden Genossen, der für dieselben eintritt. Sie kennen nur ein Schlagwort: *politische Macht* und vergessen ganz dabei, dass, wenn derselben der wirtschaftliche Untergrund fehlt, eine plötzlich errungene politische Machtstellung ganz unhaltbar ist.

Die grosse *Revisionistende*batte hätte aufklärend wirken können, wenn sachlich und leidenschaftslos debattiert worden wäre. Leider war dies nur bei wenigen der Redner der Fall, und für noch bedauerlicher halte ich es, dass durch die langen Reden einzelner die meisten Genossen mundtot gemacht wurden. In Dresden ist sachlich über die Hauptfrage gar nichts entschieden worden, man hat mit der beschlossenen Resolution ein Gespenst getötet. Dass sich die organisierten Arbeiter für ein zielbewusstes Hinarbeiten auf eine baldige *Katastrophe* entscheiden werden, halte ich für ausgeschlossen. Die Resolution selbst ist in diesem Punct so opportunistisch gehalten, dass sie jede Deutung zulässt; weil jedoch der Hauptantragsteller mit seiner Verbitterungs- und Conflictspolitik seinem Werk den Stempel aufdrückte, hielt ich mich für verpflichtet, dagegen zu stimmen. Die Anschauungen, welche ich bisher über diese Frage in der Arbeiterbewegung vertreten, werde ich auch in Zukunft verfechten. Das Mittel, welches uns am schnellsten zum Ziele führt, heisst für mich nach wie vor: Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats und durch dieselben: Disziplinierung, Schulung, Erziehung der Arbeiter zur demokratischen Selbstverwaltung!

Nach dieser Richtung aber hat der Dresdner Parteitag so gut wie gar nichts geleistet. Denn dass man schliesslich, nachdem schon ein Teil der Delegierten gezwungenermassen hatte abreisen müssen, auch noch einige Stunden der praktischen Arbeit widmete, will nicht viel heissen. Im Gegenteil, der Dresdener Parteitag hat der Sache des Proletariats geschadet; ein Glück für uns, dass wir nicht kurz vor der Reichstagswahl stehen.

Fort mit dem Literatengezänk und den *theoretischen* Haarspaltereien von unseren Parteitag! Das muss für die Folge unsere Parole sein. Das Mass ist zum Ueberlaufen voll. Wir haben mehr, als bisher, es nötig, unsere Angriffe gegen den Feind, gegen die Reaction zu richten, die ständig auf der Lauer liegt, unsere Blössen im Kampfe gegen uns auszunutzen, und der wir nur Herr werden können, wenn wir ihr die geschlossene Phalanx der Proletariermassen entgegenzustellen im stande sind.

## Die Resolution 130.

Von

**Adolf Müller.**

(München.)

Wenn auch Parteitagsdebatten an ihren Früchten zu erkennen sind, gemäss dem Satz im 7. Capitel des Evangeliums Matthaei, dann darf die Discussion über den Punct *Taktik* auf unsrer Dresdner Tagung nicht zu den Nutzpflanzen gerechnet werden. Denn ihre Frucht, die Resolution 130, ist eine taube Nuss.

Einige Parteiblätter wollen das freilich noch nicht anerkennen, und in einigen der Berichterstattung über den Congress gewidmeten Versammlungen, von denen die Botschaft nach unserer versumpften süddeutschen Ecke gelangt ist, wurde die resolutionäre Nuss sogar ihres wunderschönen principiellen Kerns wegen innig bestaunt. Allein man hat sich dort sorgsam gehütet, die dünne Schale zu zertrümmern, so gute Nussknacker auch sicher zur Hand waren. Und so mochte und mag dort und da die Illusion vielleicht für eine Weile vorhalten. Die aber, die das herzhaft Dictum vom Nichtvertuschen und Nichtkomödienspielen ernst nehmen, werden diese Illusion gemeinsam zu einigen anderen, die ihnen die Dresdener Woche geraubt hat, ins kühle Grab betten. Diese desillusionierten Vertreter der Parteiseele befinden sich, so die Parteipresse ein Massstab für die Parteistimmung noch ist, ganz im Gegensatz zur unnötigen Erregung über die Vicepräsidentenfrage, sicher in der sehr überwiegenden Mehrzahl.

Folge ich trotzdem einer dringenden Aufforderung und nicht einem drängenden Triebe und dazu in einem Augenblicke, in dem sich nichts Neues mehr vorbringen lässt, so geschieht es zum Zwecke einer bescheidenen Betrachtung rein parteipolitischer Natur. Die Wächter von den ragenden Türmen der Theorie werden uns so noch ihre Meinung künden. Bis dahin mag der einfache Soldat aus der wimmelnden Menge ein wenig das Wort haben, um, auf sein demokratisches Recht pochend, die Eindrücke seiner privaten Parteiseele zu schildern . . .

Wie sind wir denn überhaupt zu der überflüssigen und verbitternden Debatte gelangt, die neben der Localangelegenheit des Berliner Literatengezänks dem Proletariat die kostbare Zeit des Parteitags geraubt hat?

Der 16. Juni und der Stichwahltag sah die Partei in imponierender Einmütigkeit. Eine Wahlschlacht lag hinter uns, die an innerer Geschlossenheit unserer Truppen und an äusseren Erfolgen ihresgleichen bisher nicht hatte in der Geschichte irgend einer Partei. Die Gegner standen verblüfft vor den glänzenden Ergebnissen unerhörten Opfermutes und stürmender Kraft der Unterdrücktesten und Aermsten im Lande. *Revisionisten* und *Radicalen* hatten Schulter an Schulter gekämpft, hatten den gleichen gewaltigen Stimmenzuwachs erhalten. Hier agitierte der *Revisionist* für den *Radicalen*, dort der *Radicalen* für den *Revisionisten*, und sie war bei allen Mühen, bei aller Aufreibung eine helle Lust, diese Agitation. Nirgends ein Vertuschen, ein Verheimlichen unserer Grundsätze, ein Verleugnen des Programms. Und wie vermöchte auch ein Socialdemokrat verheimlichen, dass er ein Socialdemokrat ist? Die Unüberlegten, die der Partei für Dresden die scheussliche Suppe eingebrockt haben, mögen doch einmal nach dem versumpften Süden kommen und der Parteiseele die peinliche Frage vorlegen, ob sie während des Wahlkampfes die Empfindung hatte, ihr sei der Classenkampfstandpunct vertuscht, ihr sei eine Komödie vorgespielt worden. Die Antwort wird deut-



lich sein, so deutlich wie das erfrischende Wort A u e r s, der in Dresden die künstliche *Revisionisten*legende für eine Verleumdung erklärte.

Auch die Vorbereitungen zum Wahlkampfe brachten der Parteiseele keine nennenswerte Bitternis. Man hörte nichts von Zwistigkeiten bei der Candidatenernennung; die Massen, deren gerechten Willen doch nicht nur Bebel achtet, machten keinen Unterschied zwischen *Revisionisten* und *Radicalen*, schon deswegen keinen Unterschied, weil sie in aller theoretischen Spintisiererei der Schriftgelehrten keine Gefahr für den politischen Kampf erkannten, weil sie um so manches tiefsinnige Geschreibe sich recht wenig gekümmert hatten und ihnen gewiss war, dass die einen wie die anderen vor dem Feind ihren Mann stellen würden. Weniger, als sonst, hörte man auch in diesem Wahljahre von den kleinen Menschlichkeiten, die keiner Partei fremd sind, oder von auf bestimmte Tatsachen gestützten Einwendungen, die gegen den oder jenen Candidaten zu erheben gewesen waren. In diesem Falle wäre es ja doch Pflicht des Parteivorstandes gewesen, der ja nicht nur ein Verwaltungsorgan ist für den Parteifonds, seine warnende Stimme zu erheben oder auch nur still vermittelnd einzugreifen. Also Einigkeit, berechnete Siegesfreude überall und ein gesunder Boden zum ruhigen Ausgleichen der in einer Kampfpartei immer vorhandenen und notwendigen tactischen und theoretischen Meinungsverschiedenheiten.

In der *Parteiseele*, um diesen dem ultramontanen Agitationsjargon entlehnten nebulösen Begriff wieder anzuwenden, das begründete Hoffen auf intensivere socialpolitische und oppositionelle Action der um die Hälfte verstärkten Reichstagsgruppe, nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Ziel.

Das war die Stimmung in der Partei, und es bedürfte schon recht gewaltsamer Mittel, sie zu stören. An diesen fehlte es denn auch nicht. Die Vicepräsidentenfrage kam aufs Tapet. Eine nebensächliche Angelegenheit, über die man immerhin discutieren konnte. Zuerst in München, ganz im Vorbeigehen in einer Versammlungsrede Vollmars, über die in der *Münchener Post* berichtet wurde. Die Parteiseele zeigte keine Zeichen irgend einer Aufregung. Dann in dem bekannten Aufsätze Bernsteins. Jetzt erfolgte die durch ein typographisches Verhängnis zum officiellen Erlass in der *Neuen Zeit* gestempelte Erklärung Bebels. Jetzt wurde die Parteiseele aufgeregt, aber immer noch nicht wegen der Vicepräsidentenfrage, sondern wegen der Art, in der Bebel gegen Bernstein losfuhr und in der er ihn zu Unrecht beschuldigte, den Zusammenbruch des bürgerlichen Liberalismus erschrecklich beweint zu haben. Und nun als Reaction auf das gewaltsame Auftreten Bebels die Rede Vollmars mit den ausführlicheren Argumenten für die Aufrechterhaltung unseres Anspruchs auf den Vicepräsidentenposten. Zwischenhinein die Mehringschen Artikel in der *Neuen Zeit* und der *Leipziger Volkszeitung*. Bei alledem war die Parteiseele immer noch nicht so erregt, um nicht eine ruhige Aussprache über die gar nicht aufreizende Affaire ertragen zu können.

Doch Bebel hatte es anders beschlossen. In der *Neuen Zeit* blies er zum frisch-fröhlichen Angriff auf den plötzlich wieder ausserst gefährlichen *Revisionismus*, prägte das Wort vom Komödienspielen, von der klaffenden Uneinigkeit der Partei, und die Bescherung für den Congress war fertig.

Das andere haben wir dann selber in Dresden erlebt, das grausame Spiel mit dem löblichen Zweck der völligen Klärung. Ich weiss zwar immer noch nicht, wie man sich diese Klärung gedacht hat. Die Absicht, die *Revisionisten* aus der Partei zu drängen, soll ja nach einem neueren Dictum der *Leipziger Volkszeitung* nichts, als ein *interessanter Klatsch* sein. Allein einige *Radicalen* waren doch sehr deutlich; ein Parteiblatt hatte vorher eine förmliche Proscriptionsliste gebracht, und die Wiener *Arbeiterzeitung*, die ihre Nachrichten

über den Parteitag aus erster Hand erhielt, erwähnte eine zurückgezogene Resolution, die dazu bestimmt gewesen sei, den *Revisionisten* die Zustimmung unmöglich zu machen. Von anderen Imponderabilien ganz abgesehen, von der ganzen fürchterlichen Stimmung, die den Parteitag in zwei feindliche Lager trennte: in der Tat, der Krach schwebte unheilrohend über dem *Trianon*. Auch andere hatten diesen Eindruck, andere, die, wie der Schreiber dieses — noch zum Lübecker Parteitag in der *Münchener Post* —, sich stets als Gegner der sogenannten *Revisionisten* bekannt hatten, nebenbei bemerkt, Officiere mit vielen Soldaten. Wie das Wort von den *Officiieren ohne Soldaten* überhaupt auf eine mangelnde Kenntniss der Parteipsyche schliessen lässt. Und der Zwischenfall Auer!

Jene alle also hatten die bestimmte Empfindung, dass Gewalt geübt werden sollte, und als Feinde jeglicher Unterdrückung auch innerhalb der Partei erklärten sie sich solidarisch mit denen, die etwa das Ketzergericht verurteilen würde. Daher auch die besonderen Sitzungen der *Revisionisten*, aus denen übrigens gar kein Geheimnis gemacht wurde. Haben sie *Gespenster gesehen*, wie Behel während Vollmars Rede diesem zurief, um so besser. Denn die Partei ist nicht in der angenehmen Lage, so verzweifelte Experimente zu ertragen.

Der Leser weiss, wie das Blatt sich wandte, wie die Angegriffenen zum Angriff übergingen und den moralischen Erfolg für sich hatten. Das Ergebnis der ganzen Uebung dann die zum Bandwurm amendierte Resolution 130! Hier ist sie: die ursprüngliche, wie man sagte, von drei unserer besten Leute in langen, bangen Mühen ausgeheckte, und die andere mit den zierlichen Amendements und Unteramendements zurechtgefickte:

„Der Parteitag fordert die Fraction auf, es in der Frage der Besetzung der Vicepräsidenten- und Schriftführerposten im Reichstage bei ihrer bisherigen Stellung — Ablehnung aller nicht durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen — zu belassen.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Classenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die socialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Classengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

„Der Parteitag fordert, dass die Fraction zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vicepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Candidaten aus ihrer Mitte zu besetzen, dass sie es aber ablehnt, höfische oder sonstige Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend welchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Classenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, dass an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, dass aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die socialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen

Der Parteitag erwartet, dass die Fraction die grössere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterclassen, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Colonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist.

Bebel. Kautsky. Singer.

revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, dass die Classengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

1. dass die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der capitalistischen Productionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und dass sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, die geeignet sind, die herrschende Classe an der Regierung zu erhalten;

2. dass die Socialdemokratie gemäss der Resolution Kautsky des internationalen Congresses von Paris 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Classengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern. Der Parteitag erwartet, dass die Fraction die grössere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Socialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterclassen, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle, aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Colonial- und Weltmächtpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Socialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und culturellen Aufgaben der Arbeiterclassen energisch zu wirken.

Und darum Räuber und Mörder! Und darum die fürchterlichen Anklagen vom Vertuschen, vom Komödienspielen, von den Anhängern der Bernhardschen *Parteimoral*, von der Uneinigkeit in der Partei, darum die Häufung erregter Beschuldigungen, die runde Summe barer Agitationsmünze für unsere Gegner!

Denn, wo ist die Klarheit, die durch diese Resolution geschaffen wurde und die vorher noch nicht da war? Dass die Anhänger der Geltendmachung des Anspruchs auf den Vicepräsidentenposten sich der Mehrheit fügen würden, wie sie es 1893 und 1898 in der Fraction getan hatten, darüber war nirgends ein Zweifel. Dass es keinen *Revisionisten* gibt, der die bisherige Taktik in dem Sinne u. s. w. ändern will, war vorher schon sonnenklar. Es ist auch gar nicht anzunehmen, dass irgendwo in führenden Parteikreisen eine derartige

Befürchtung Raum hatte. Im anderen Falle hätte die sonst nötige Klärung vor den Reichstagswahlen stattfinden müssen, denn es wäre doch mehr als gewissenlos, unseren Leuten zuzumuten, einen Kandidaten zu wählen, der auf die Grundregeln unserer Weltanschauung pfeift. Uebernahme der Verantwortlichkeit für die auf der capitalistischen Productionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, Anlehnung an bürgerliche Parteien — wer von den revisionistischsten *Revisionisten* will und wollte jemals etwas davon wissen?

So stellt also die Resolution 130 nichts dar, als einen recht schlechten Auszug aus dem Parteiprogramm. Der *Hofgang* ist nicht schlechthin verdammt, sondern nur unter Umständen. Was, wenn es aus eigenem im Interesse der Partei erstrebt wird, als verdammenswert gilt, ist zulässig, wenn die Reichsverfassung es vorschreibt. Klar ist das nicht und logisch erst recht nicht. Oder hat vielleicht das theoretische Zwiegespräch Kautsky-Bernstein *Klarheit* gebracht? Viele werden mit mir der Ansicht sein, dass sie aus den Bernsteinischen Schriften und Artikeln und den Kautskyschen Schriften und Antworten mindestens ebensoviel Klärungen verspürt haben, wie aus den Gespräch der beiden in Dresden.

Aber ist den Delegierten und ihren Mandatgebern nun wenigstens klar geworden, wie einheitlich die *bisherige bewährte und sieggekrönte Taktik* der Reichstagsfraction im Lichte des Tages aussieht? Hierüber schweigt sich die Resolution aus oder schwelgt in den allgemeinen Redewendungen des letzten Absatzes, der durch *revisionistisches* Bemühen wenigstens noch in social-politischer Hinsicht unterstrichen worden ist. Hierüber aber hätte gerade ausführlich geredet werden sollen. Die mit dem Beifall vieler *Radicalen* aufgenommenen Darlegungen Bebels über den Normalarbeitstag sind mir nämlich entschieden viel zu *revisionistisch*, und der Parteiseele, wenn sie erst die Bitternisse der verlorenen Woche in Dresden überwunden haben wird, mag es dann nicht anders ergehen. Damit nicht anders, wie mit den keineswegs aus einer bewährten Taktik erfließenden Argumenten Bebels über die grässlichen Schwierigkeiten, die der Ausarbeitung eigener Initiativanträge gemäss der Resolution Timm-Zubeil sich entgegentürmen sollen. Wir sind nach der Ansicht Bebels im stande, die heutige Gesellschaftsordnung innerhalb 24 Stunden fix umzukrempeln, aber der an Ziffer wie an Intelligenz stattlich angewachsenen Reichstagsfraction ist die Ausarbeitung und Motivierung von Gesetzenwürfen, die den Weg zur Umkrempelung frei machen sollen, eine Gletscherspalte, die den Pfad sperrt.

Sieht so die Klarheit aus? . . .

Doch, um dem welen Lied den versöhnenden Schlussvers noch anzuhängen, eine Klarheit hat uns der Dresdener Congress gebracht: die nämlich, dass er der letzte seiner Art sein muss. Kautsky, der von Dresden wenigstens die Entdeckung vom Unterschiede des *praktischen* und des *theoretischen Revisionismus* heimgebracht hat, meint zwar in seinem Artikel im 52. Heft der *Neuen Zeit*, der jüngste unserer Parteitage habe »eine Reihe von Ursachen zu Streit und Zank aus dem Wege geräumt und dadurch trotz der wütenden Kämpfe, die er entfesselte, der Sache des inneren Friedens gedient«. Allein die bescheidene Frage ist dazu wohl gestattet: Wer hat denn vor dem Parteitage den inneren Frieden der Partei gestört und zum Gaudium unserer Gegner jenen Streit und Zank heraufbeschworen, dessen trübe Wogen das Oel der Resolution 130 geglättet und geklärt haben soll? Man wird keinen *Revisionisten* finden, den man zum Karnickel stempeln könnte, das angefangen hat.

# 1878 und 1903.

Von

Eduard Bernstein,

(Berlin.)

## 1878.

Ein Vierteljahrhundert ist seit den Tagen ins Land gegangen, wo das *Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie* betrieben, fertig gebracht und in Wirkung gesetzt wurde. Wenn damals, als Bismarck die Vollziehungsurkunde in der Hand hatte, jemand ihm gesagt hätte, in 25 Jahren wird die Partei, die du jetzt ächtest, der Abgeordnetenzahl nach die zweitgrösste, der Wählerzahl nach aber die bei weitem grösste politische Partei des deutschen Reiches sein, so würde ihn der vielbewunderte Kanzler des deutschen Reiches wahrscheinlich als reif für das Irrenhaus bezeichnet haben. Es ist das Schicksal vieler grossen Realpolitiker gewesen, dass sie wohl das Naheliegende scharf und richtig beurteilt, für das Weiterhinausliegende dagegen sich als merkwürdig kurzsichtig erwiesen haben. Von Bismarck aber trifft mit Bezug auf die Beurteilung der Arbeiterbewegung nicht einmal das erstere zu. Er hat für ihre Zukunft kein Auge gehabt, er hat aber auch den Arbeiter seiner Tage grundfalsch beurteilt, die Denkweise der Tagelöhner Hinterpommerns als den normalen Typus der Denkweise der deutschen Arbeiterklasse genommen. Schon die ersten Jahre des Socialistengesetzes haben die Psychologie der Arbeiterklasse Lügen gestraft, die in Bismarcks Reden zum Socialistengesetz zu Tage tritt.

Indes gab es auch unter denen, die Bismarcks Socialistengesetz bekämpften, wohl nur sehr wenige, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Socialdemokratie, sich in annähernd gleicher Weise vorstellten, als wie sie sich tatsächlich vollzogen hat. In unseren Reihen herrschten bei einzelnen mehr oder minder optimistische Vermutungen über die Nähe einer auf Grund von wirtschaftlichen oder politischen Krisen hereinbrechenden Revolution, aber sie waren ziemlich unbestimmter Natur und liessen die weitere Entwicklung um so mehr im Dunkeln utopistischer Speculation. Dass die Socialdemokratie es ohne Revolution und trotz Socialistengesetz schon in 25 Jahren zu jener Stärke im deutschen Reich bringen werde, die sie auf Grund der Wahlen vom 16. und 25. Jun: dieses Jahres erlangt hat, hat sich auch kein Socialdemokrat vorgestellt.

Es ist für diejenigen, welche die Zeit der Schöpfung des Socialistengesetzes nicht miterlebt haben, geradezu unmöglich, sich geistig in die Situation hineinzuversetzen, in welcher sich damals die deutsche Socialdemokratie befand. Um sie einigermaßen zu begreifen, muss man sich folgendes vergegenwärtigen.

Erstens. Obgleich Deutschlands industrielle Entwicklung grosse Fortschritte gemacht hatte, spielte im ganzen doch die grosse Industrie noch nicht die entscheidende Rolle im Gewerbsleben. Die Landbevölkerung machte noch fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, in der Industrie überwog das Handwerkertum und die mittlere und Kleinindustrie. Demgemäss war die gewerbliche Arbeiter-schaft, die das Hauptcontingent der Socialdemokratie stellt, weniger zahlreich und in ihrer Masse weniger entwickelt und geschult, als heute. Vielen gewerblichen Arbeitern haftete in der Tat noch ein gutes Stück der Lebens- und Denkgewohnheiten der Landbevölkerung an, aus der sie hervorgegangen waren.

Zweitens. In Uebereinstimmung mit dem vorhergehenden waren die Ausbreitung und Ausgestaltung der socialistischen Presse noch ausserordentlich bescheiden. Ihr Einfluss ging nicht über ihren Leserkreis aus der Arbeiterklasse und der sonstigen socialistischen Welt hinaus. Sonst lasen höchstens noch Staatsanwälte und ähnliche Leute von Amts wegen die Organe der Socialdemokratie. Von seiten

der inserierenden Geschäftswelt wurde die socialistische Presse gänzlich ignoriert. Das täglich erscheinende Organ der Socialdemokratie Berlins, die *Berliner Freie Presse*, hatte sehr selten einmal auch nur eine Spalte Annoncen. Für das literarische Berlin existierte sie nicht, ihr Ton war auf die Bedürfnisse eines Publicums von Gläubigen gestimmt, liess aber den Charakterzug eines politischen Organs in grösserem Stil ganz und gar vermissen. In ihrer besten Zeit brachte es die *Berliner Freie Presse* nicht auf mehr als 14 000 Abnehmer. Ähnlich wie ihr erging es den Localblättern der Partei in Hamburg und Leipzig. Wer aus der bürgerlichen Classe zur Socialdemokratie ging, galt als ein Sonderling, als nicht völlig normal. Die Zahl der socialistischen Akademiker war sehr bescheiden, das heute so häufig ertönende Klage lied vom Ueberhandnehmen der Akademiker in der Partei wäre total gegenstandslos gewesen. Als im Sommer 1876 von Paris aus eine Einladung zu einem internationalen Studentencongress erging, hätte der Schreiber dieses gern eine Gruppe socialistischer oder wenigstens radical gesinnter Studenten zusammengebracht, den Aufruf sympathisch zu beantworten; der Liebe Müß' war jedoch vergebens. Der deutsche Student war entweder conservativ, ultramontan oder nationalliberal. Und nationalliberal war insbesondere der deutsche Turner.

Drittens. Obwohl Bismarck sein Bestes getan hatte, die Geister von allen Illusionen hinsichtlich der Natur des neuen Reiches zu curieren, war von der Stimmung, mit der die Reichsgründung von der Masse der Bevölkerung begrüsst worden war, doch noch so viel geblieben, dass man den Reichsgedanken als ein gegen allerhand Reichsfeinde mit Energie zu verteidigendes Gut betrachtete. Gerade weil die Reichsinstitutionen noch nicht im nationalen Leben Wurzeln getrieben, war die Stellung zum Reich als solchem noch ein Schiboleth der Parteien. Opposition zur Reichsregierung hiess beim Philister Reichsfeindschaft und grenzte an Vaterlandsverrat. Um die Häupter der Reichsgründer schwebte eine mystische Gloriole, und insbesondere genoss der erste deutsche Kaiser, Wilhelm I., eine Verehrung, die den Cultus bei weitem überschritt, welcher gewohnheitsmässig mit regierenden Fürsten getrieben wird. In den Witzblättern der Zeit wird man vergebens nach der geringsten Spur einer verspottenden Anspielung auf Schwächen des Kaisers suchen, obwohl es Kaiser Wilhelm I. an solchen nicht fehlte. Die heute selbst in den besten Familien beliebt gewordenen Witze über die höchstgestellte Persönlichkeit würden, wenn versucht, von der Masse der Bevölkerung höchst ungehalten aufgenommen worden sein.

Viertens lastete auf der Geschäftswelt und der gewerkschaftlich nur erst sehr schwach organisierten Arbeiterschaft ein ungeheurer Geschäftsdruck beziehungsweise grosse Arbeitslosigkeit. Die Widerstandskraft der Arbeiter gegen den von seiten der Unternehmer ausgeübten Druck war bis auf ein Mindestmass verringert, während das Publicum noch immer das, was es die *Begehrlichkeit der Arbeiter* nannte, für den schlechten Geschäftsgang verantwortlich machte.

Fünftens wurde die socialdemokratische Agitation, weil im ganzen noch neu, auch mit einer Gereiztheit aufgenommen, die heute, wo man sich allmählich an sie gewöhnt hat, in gleicher Schärfe nur noch in entlegeneren Ortschaften zu finden ist. Heute hat man sich im allgemeinen mit ihr abgefunden, betrachtet sie als sachlich unvermeidlich; damals aber ward ihr von der grossen Masse der bürgerlichen Blätter — und diese beherrschten die öffentliche Meinung — so gut wie jede Existenzberechtigung abgestritten. Das Manchesterdogma von der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit des Individuums und der absoluten Freiheit des Arbeitsvertrags ward in einer Buchstäblichkeit ausgelegt, wie sie heute nur noch von seiten einzelner Doctrinäre verfochten wird und vor der der socialdemokratische Agitator bestenfalls als ein betrogener Betrüger, gewöhnlich aber als ein gewissenloser aufhetzerischer Verführer erschien. Das Schreckbild der Pariser Commune lebte noch in der Vorstellung der Philister und spielte dort eine um so grössere Rolle,

als die Gewaltmassregeln der Commune in tendenziösen Darstellungen masslos übertrieben worden waren, während die Socialdemokratie sich mehr als nötig mit der Commune identificiert hatte, in deren Rat doch die Socialdemokraten in der Minderheit gewesen und von Phantasten und politischen Dilettanten rücksichtslos compromittiert worden waren. Demgemäss führten selbst Blätter vom Schlage der Berliner *Volkszeitung* eine Sprache gegen die Socialdemokratie, wie man sie heute nur in den Organen der extremsten *Scharfmacher* zu lesen bekommt. Der Socialdemokrat galt als eine zum Verbrechen veranlagte Persönlichkeit, als ein richtiger Verbrechertypus.

So war die geistige Atmosphäre Deutschlands beschaffen, als im Frühjahr 1878 die Attentate von Hödel und Nobiling auf Kaiser Wilhelm I. erfolgten. Sie wirkten, wie ein kräftiger Stoss auf eine Lösung Nitroglycerin.

Allerdings hatte Hödels Schuss den Kaiser unverletzt gelassen. Aber wo die Atmosphäre geladen, genügt ein Funke, sie zur Explosion zu bringen. Auch muss man sagen, dass im Gegensatz zur *Berliner Freien Presse* das in Leipzig erscheinende Centralorgan der Partei nicht gleich denjenigen Ton fand, der erforderlich war, den nun mit verdoppelter und verdreifachter Wut arbeitenden Hetzern das Spiel zu verderben. Als am 23. und 24. Mai Bismarcks auf den Hödel-Schuss hin ausgearbeitetes erstes Socialistengesetz im Reichstag zur Verhandlung kam, erfuhr man, dass Lasker und die ihm gleichgesinnten Führer der Nationalliberalen nur mit der grössten Ueberredungskunst in ihrer Fraction die Ablehnung des Entwurfs durchgesetzt hätten, dass sie aber für Einhaltung des Beschlusses keine Gewähr übernehmen könnten, falls von socialdemokratischer Seite irgendwie provocierende Reden gehalten würden. Die socialdemokratische Fraction ihrerseits fasste den verständigen Entschluss, es gar nicht erst auf die Frage *Provocation oder Nichtprovocation* ankommen zu lassen, sondern arbeitete die bekannte, von Liebknecht verlesene Erklärung aus, dass sie es unter ihrer Würde erachte, sich an den Debatten über dieses Ausnahmegesetz zu beteiligen, aber gegen das selbe stimme und im übrigen, wie auch die Entscheidung falle, den kommenden Kämpfen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegenblicke, die das Bewusstsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht. Die Worte konnten nicht besser gewählt werden.

Der Bismarcksche Entwurf fiel. Neun Tage nach seiner Beerdigung fand das Attentat Nobilings statt. Der im 82. Lebensjahr stehende Kaiser ward körperlich verletzt. Und nun brach das kaum gelöschte Feuer des Hasses gegen die Socialdemokratie in hellen Flammen aus. Die Hetze wider die Vertreter der Partei, der man die Attentate in die Schuhe schob, spottet aller Beschreibung, der bornierte Hass der einen fand in der Feigheit und Gedankenlosigkeit der anderen seine wirksamsten Verbündeten. Die blödesten Beschuldigungen wurden von Leuten geglaubt, die sonst immerhin eine gewisse Urteilsfähigkeit an den Tag gelegt hatten, die brutalsten politischen und socialen Massregelungen von Leuten in Vorschlag gebracht, die sich in gutem Glauben für wahre Liberale oder gar Demokraten hielten. Mit verschwindenden Ausnahmen war die ganze nichtsocialdemokratische Welt darüber einig, dass etwas zum Schutz der bürgerlichen Ordnung gegen die Socialdemokratie geschehen müsse. Und um die liberale Position zu retten, gaben die Wortführer der liberalen Parteien nunmehr ihren Liberalismus fast völlig preis.

Die Rücksicht auf den Raum verbietet es mir, diejenigen Beispiele vorzuführen, die mir für das Gesagte als besonders charakteristisch im Gedächtnis leben. Ebenso muss ich es mir versagen, Beispiele der brutalen Verfolgungen vorzuführen, in denen sich Private und Behörden damals gefielen und die ihren Gipfelpunct in jenen unerhörten Verurteilungen wegen angeblicher Majestätsbeleidigung und dergleichen fanden, die dem deutschen Richtertum ewig zur brennenden Schmach gereichen. Dagegen folge hier eine seinerzeit zu meiner Kenntniss gelangte Bemerkung, die den Geist, in dem jene Richtersprüche gefällt wurden,

ebenso charakterisiert, wie sie überhaupt für den Geist jener Tage bezeichnend ist. Etwa zwei Jahre nach der gekennzeichneten Ära erzählte ein preussischer Richter einem anderen Juristen einen Fall von angeblicher Majestätsbeleidigung, der auf Grund einer scandalösen Denunciation im Attentatsjahr vor ihn gelangt war und zu einer hohen Ahndung der wahrscheinlich in Wirklichkeit ziemlich harmlosen Aeusserung geführt hatte. »Wie konnten Sie aber nur in diesem Fall eine so hohe Strafe verhängen?« fragt ihn der Jurist. »Aber, lieber Colleague,« lautete die Antwort, »bedenken Sie nur die Situation!«

\* \* \*

Die Situation, ja, die Situation! Es war wie eine Epidemie. Guido Weiss, der festgebliebene Demokrat, nannte es das Wundfieber der Nation. Aus der Stimmung heraus, in welche die Verwundung des Kaisers durch einen vermeintlichen Socialisten die ohnehin durch Hetzartikel der Presse gereizte Nation versetzt hatte, wurden die grausamsten Urtheile gefällt und vollzogen, die brutalsten Aechtungen von politisch missliebigen Personen ins Werk gesetzt, die infamsten Demütigungen über Untergebene verhängt, wurden Arbeiter und sonstige Angestellte aus der Existenz gejagt, wurde ein neuer Reichstag zusammengebracht, der das Ausnahmegesetz bewilligte, das Bismarck verlangt hatte. Die Lasker, die Bamberger und Genossen hätten, um nicht das Odium der Vaterschaft an einem Ausnahmegesetz auf sich zu laden, gegen das sich ihre politische Vergangenheit auflehnte, alles Mögliche, der mit geschärftem bürgerlichen Instinct viel weiter als Bismarck blickende Bamberger sogar eine *Correctur* des allgemeinen Wahlrechts bewilligt, aber Bismarck nahm auf deren Scrupeln keine Rücksicht. Er rief die Volksseele auf, und die verzetzte und verblendete Volksseele brach den Widerstand der Ideologen des liberalen Bürgertums. Sie wählte einen Reichstag, dessen Mehrheit schon von den Wählern auf das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie verpflichtet war. Wie scharf das Urtheil der Geschichte über dieses Gesetz auch sonst lautet, eines konnten seine Macher zu seinen Gunsten anführen: die Volksseele, wie sie aus dem Mund der Mehrheit der Wähler sprach, hatte es gewollt oder mindestens gebilligt. Nur war es die in einen Fieberzustand geratene Volksseele.

\* \* \*

Zwölf Jahre später war das Socialistengesetz gefallen und sein allmöglicher Schöpfer beiseite geschoben, und der *Socialdemokrat* konnte mit der Erklärung von der Bühne abtreten, dass seine Aufgabe erfüllt sei. Auf dem Boden des gemeinen Rechts wollte der Enkel Kaiser Wilhelms I. mit der Socialdemokratie fertig werden. Ein Entschluss, der an sich aller Achtung wert war, dessen Durchführung aber bis jetzt ebenso wenig Erfolg gehabt hat, wie die Methode Bismarck-Puttkamer. Dass sie das Wachstum der Partei nicht verhindern konnte, hat das Wahleresultat vom 16. Juni 1903 gezeigt; warum sie in jeder Hinsicht erfolglos geblieben ist, offenbart der leidenschaftliche Protest des soeben in Dresden abgehaltenen Parteitagess der deutschen Socialdemokratie gegen den Gedanken, auf die paar Höflichkeitspflichten einzugehen, die mit Uebernahme des Vicepräsidiums im Reichstag verbunden sind.

## 1903.

Eine glänzende Heerschau war es, welche die Partei am Eröffnungstage, dem 13. September 1903, im *Trianon* zu Dresden abhielt. Wie unterschied sich da schon äusserlich alles vom Zuschnitt der Congressse der vorsocialistengesetzlichen Zeit! Die grosse Zahl der Delegierten, die ihnen vom Localcomité dargebotenen prächtigen Festgaben, die Ausstattung der Vorlagen und der Schnelldruck aller auf dem Congress selbst einlaufenden Anträge, die Teilnahme der grossen Presse aller Länder an den Congressverhandlungen und der Andrang des Publicums aus allen Schichten der Bevölkerung zu den Sitzungen — von alledem gab es vor 25 Jahren entweder gar nichts oder nur erst die allerbescheidensten Anfänge. Dasselbe gilt von den



Tätigkeitsqualifikationen der Delegierten. Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Gemeindevertreter, Gewerkschafts- und Consumvereinsbeamte, Krankencassenvorstände, Gewerbegerichts- und Versicherungsamtsbeisitzer, Druckereileiter und Redacteurs — wer hätte vor 25 Jahren eine solche Mannigfaltigkeit von Arbeitermandataren auf einem socialdemokratischen Congress gesucht! Auch in ihr und der grossen Zahl solcher Mandatare veranschaulichte sich das grossartige Wachstum der deutschen Arbeiterbewegung.

Sieht man von den Debatten des Parteitags ab, so macht auch die Einmütigkeit seiner Abstimmungen einen überwältigenden Eindruck. Fast alle Beschlüsse wurden mit erdrückender Mehrheit gegen verschwindende Minderheiten gefasst. Wer die Abstimmungsziffern liest, ist versucht, anzunehmen, es hätte überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten ernster Natur auf dem Congress gegeben. Bürgerliche Blätter, und insbesondere die Organe der Reactionsparteien, haben denn auch nicht angestanden, den heftigen Meinungskampf, der den Beschlüssen über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und den sogenannten *Revisionismus* voranging, als abgekartetes Komödienspiel zu bezeichnen, als ein Scheingefecht, das die Führer aufführten, um die Menge bei Stimmung zu erhalten.

In Wahrheit jedoch trifft das Wort *Schein* auf etwas ganz anderes zu. Es bedeutet die Preisgabe eines jedermann bekannten Geheimnisses, wenn constatirt wird, dass die Einhelligkeit der zwei Hauptabstimmungen des Parteitags nur eine scheinbare war. Bei beiden Abstimmungen kamen die überwältigenden Mehrheiten leider dadurch zu stande, dass unter dem Druck einer durch äussere Umstände hervorgerufenen abnormen Stimmung Beschluss gefasst wurde.

Leider, sage ich. Denn, wie ich in meiner Rede auf dem Parteitag schon bemerkt habe: gerade der Umstand, dass wir vor dem Jubiläum des Ausnahmegesetzes stehen, hätte den Parteitag davon abhalten sollen, wichtige Fragen durch Stimmungsbeschlüsse entscheiden zu wollen. Von Rücksichten abgesehen, die auf dem Gebiet des Gefühlslebens liegen, musste vor allem die aus unzähligen Erfahrungen abgeleitete Erkenntnis davon abhalten, dass Stimmungsbeschlüsse fast immer verkehrte Beschlüsse sind.

Als einer der Wenigen, die den betreffenden Beschlüssen ihre Zustimmung versagten, möchte ich hinsichtlich ihrer hier folgendes bemerken.

Was den Beschluss über die Mitarbeiterschaft von Socialisten an bürgerlichen Blättern betrifft, so würde ich ihm haben zustimmen können, wenn irgend welche Gewähr dafür gegeben wäre, dass er stets nur im Sinne der ihm vom Parteivorstand beziehungsweise dessen Mitglied Pfannkuch gegebenen Begründung angewendet werden würde. Aber diese Gewähr ist nicht vorhanden. Die Begründung wird vergessen, der Wortlaut dagegen bleibt bestehen, und er ist so elastisch, dass er der kleinlichsten Chicane Tür und Tor öffnet. Wo die Gemüter durch Streit u. s. w. verbittert sind, wird man jeweilig die Kriterien, die nach dem Wortlaut des Beschlusses die Mitarbeit ausschliessen sollen, aus den harmlosesten Aeusserungen herauszudeuten wissen. Schriftsteller von scrupulöser Gewissenhaftigkeit werden sich, ohne irgend jemand dadurch zu nützen, einen Zwang auferlegen, der sie in ihrer Erwerbstätigkeit schwer schädigt, während weniger feinfühligere Naturen nach wie vor so gut wie gar keine Reserve üben, sondern es ruhig darauf ankommen lassen werden, ob sie eines Tages einmal nachträglich für Mitarbeit an nicht ganz tadellosen Blättern gerüffelt werden. Zu allen Zeiten haben Bestimmungen dieser Art sich als Spinnenwebe für leichtfertige Naturen, dagegen als eiserne Mauern für Männer von Charakter erwiesen, und wirklich scheint es ein solcher sein zu sollen, der zuerst der Anklage der Versündigung gegen den Pressbeschluss des Parteitags verfallen. Ich meine den Genossen Dr. Bruno Borchardt, einen grundehrlichen Genossen, den es in seinem Rechtsgefühl nicht litt, zu warten, bis irgend ein anderer den Beschluss durchlöchert haben würde, sondern der in heller Entrüstung dem

Parteitag geschrieben hat, dass er in dem Beschluss eine Beeinträchtigung der freien Meinung erblicke und als Protest gegen ihn nun erst recht in der Hardenschen *Zukunft* Artikel veröffentlichen werde. Führt Borchardt diese Absicht aus, so steht die Partei vor der Alternative, einen Mann, dessen Gesinnungstreue niemand anzweifelt, irgendwie massregeln oder einen Verstoss gegen einen soeben gefassten Beschluss ungeahndet lassen zu müssen. Beides gleich misslich, aber es ist das Geschick aller auf Einzelfälle zugeschnittenen Gesetzgebung, sobald sie in Anwendung kommen soll, das Gegenteil des Gewollten zu bewirken.

Ich muss gestehen, mich selten in so unerquicklicher Situation befunden zu haben, als wie bei der Abstimmung über diese Pressdeclaration. Ein *Nein* verbot sich für mich schon deshalb, weil die Linie, die der Parteivorstand meines Erachtens mit ihr ziehen wollte, in Wirklichkeit keine andere und jedenfalls keine engere ist, als wie ich selbst sie mir längst für meine literarische Tätigkeit gezogen habe. Mit *Ja* zu stimmen verbot mir aber die oben dargelegte Befürchtung hinsichtlich der factischen Wirkungen der Declaration und die Ueberzeugung, dass ein allgemein fühlbares Bedürfnis für eine autoritative generelle Erklärung gar nicht vorlag. Niemals zuvor stand die Socialdemokratie der gegnerischen Presse besser mit eigenen Pressorganen ausgerüstet gegenüber, als jetzt, niemals hatte ihre eigene Presse gleich grossen Einfluss und gleiche Verbreitung; warum sollte sie also gerade jetzt ihren von der Feder lebenden Anhängern Grenzen für deren Erwerbstätigkeit ziehen, auf die sie in früheren Tagen verzichtet hatte, wo ihr Kampf doch ein so viel schwierigerer gewesen war?

Solche Erwägungen hätten sicher schliesslich den Ausschlag gegeben, wenn nicht der Specialfall, der den Anlass zur Pressdeclaration des Parteivorstandes gegeben hatte, mit der Frage des *Revisionismus* in Verbindung gebracht worden wäre und diese wiederum durch den Umstand ein neues Gesicht erhalten hatte, dass es ein Revisionist war, der zuerst öffentlich den Vorschlag gemacht hatte, die Besetzung des Vicepräsidentenpostens im Reichstage nicht an den rein formalen Höflichkeitspflichten gegenüber dem Kaiser scheitern zu lassen, die nun einmal nach dem Herkommen dem Präsidenten des Reichstags obliegen. Viel haben zu dem Sturm, der sich gegen den Vorschlag erhob, Uebertreibungen hinsichtlich der Natur dieser Pflichten und ihrer Tragweite beigetragen.<sup>1)</sup> Aber bei alledem wäre die Frage doch ruhiger, mehr unter dem Gesichtspunct einer rein taktischen Erwägung behandelt worden, wenn nicht die Persönlichkeit des in Frage kommenden Monarchen beim socialistisch denkenden Arbeiter Empfindungen wachgerufen hätte, die zur Zeit wenigstens ruhige Erörterungen einfach ausschliessen. Und von diesen Empfindungen übertrug sich nun ein Teil auf den Revisionismus. Sie beeinflussten an vielen Orten die Wahlen der Delegierten zum Parteitag, die Debatten über dessen Aufgaben und erfüllten auch noch auf dem Parteitag selbst die Masse der Delegierten. Ihrem Einfluss konnten sich selbst diejenigen Elemente nicht entziehen, die August Bebel in seiner Rede über den Revisionismus als den *Sumpf* bezeichnete, das heisst die Leute der *mittleren Linie*, die sonst gern eine extreme Parteinahme vermeiden. Ja, sogar Leute, die in der praktischen Politik ein Verhalten beobachten, wie es dem Revisionismus vorgeworfen wird, wurden von der antirevisionistischen Strömung erfasst oder glaubten ihr nachgeben zu sollen.

Allerdings schweben dem einzelnen unter dem Begriff *Revisionismus* sehr verschiedene Dinge vor. So fällt er bei vielen mit dem Begriff des *Akademikers* oder des socialistischen *Literaten* zusammen, obwohl tatsächlich die Masse der Literaten, der Akademiker, wie der eigentlichen Bourgeois in der Partei aus psychologisch leicht erklärlichen Gründen auf seiten des sogenannten *radicalen Flügels* der Partei stehen. Aber von den Revisionisten, um dies Schlagwort zu acceptieren, treten naturgemäss

<sup>1)</sup> So gehören zum Beispiel die berühmten *Bscarpins* der Reichstagspräsidenten ins Reich der Fabel.

die Akademiker und Literaten bei den theoretischen Discussionen in den Vordergrund, und so erscheint die revisionistische Bewegung als eine solche dieser Elemente, während sie tatsächlich in viel höherem Masse eine solche von Arbeitern ist, nur dass die Masse der betreffenden Arbeiter revisionistisch handeln, ohne darum revisionistisch zu reden. Der mit so viel Entrüstung aufgenommene Ausspruch Auers *So was sagt man nicht, so was tut man!* wird von unzähligen Leuten praktiziert, die sich dessen gar nicht bewusst sind oder sich über die Discrepanz zwischen ihren politischen Reden und ihrem Handeln gewöhnlich nicht weiter den Kopf zerbrechen. Das politische Schlagwort lebt überall länger, als die Sache, die es bezeichnet. Als auf dem Münchener Parteitag über den Congressort für 1903 verhandelt wurde, bemerkte einer der radicalen Leipziger Delegierten, der für Leipzig eintrat, man solle sich nur nicht durch den Gedanken an Polizeichicanen von Leipzig abbringen lassen, mit der Polizei sei es da längst nicht mehr so schlimm. Derselbe Delegierte würde aber wahrscheinlich mit Kautsky meinen Satz, dass die Reaction nicht die bemerkenswerteste politische Erscheinung in Deutschland ist, in gutem Glauben für tadelswerten Revisionismus erklären.

In gutem Glauben und unter einem gewissen Gesichtspunct auch mit gutem Fug. Der Socialdemokratie als der Partei der Gedrückten und Ausgebeuteten obliegt es, vor allem die Schattenseiten der gegebenen Zustände hervorzuheben und zu bekämpfen. Die Wucht des Angriffs erleidet aber in mancher Augen eine Abschwächung, sobald jemand aus den eigenen Reihen auftritt und sagt: Kinder, es ist nicht alles rabenschwarz. Das passt nicht in die hergebrachte Argumentierung.<sup>2)</sup> Bis aber eine grosse Partei sich eine neue Argumentierung aneignet, vergeht Zeit, und in der Zwischenzeit sind die Gemüther, die sich noch nicht zurechtgefunden, um so reizbarer. Alle Uebergangsstadien sind mit pathologischen Erscheinungen verbunden, und als solche Uebergangserscheinung ist meines Erachtens der Antirevi-

<sup>2)</sup> Als ein Beweis für die mit fortschreitender gesellschaftlicher Entwicklung zunehmende Reaction ward unter anderm wieder der Urtheilsspruch der englischen Lordskammer über die civilrechtliche Haftbarkeit der Gewerkschaften angeführt. Abgesehen davon, dass reactionäre Rechtsprüche noch nicht notwendige Anzeichen einer allgemeinen Reaction sind, konnte in diesem Fall auch garnicht einmal von einem solchen geredet werden. Die socialistischen und gewerkschaftsfreundlichen Juristen, die von den englischen Gewerkschaftlern um Begutachtung des Spruches beauftragt worden sind, sind nach eingehendster Prüfung des Falles zur Ueberzeugung gelangt, dass das Urtheil juristisch unanfechtbar ist, das heisst, dass nicht das bestehende Recht gebeugt wurde, sondern, dass die Fortentwicklung des Gewerkschaftswesens Voraussetzungen geschaffen hat, die durch das alte Gesetz über die Gewerkschaften nicht gedeckt sind und ein neues Gesetz nötig machen. Wie wenig das Vertrauen der englischen Arbeiter in die englischen Gerichte erschüttert ist, hat sich auf dem soeben in Leicester abgehaltenen Gewerkschaftscongress gezeigt, wo der bekannte socialistische Gewerkschaftsführer Ben Tillet bei Begründung eines Antrages über obligatorische Schiedsämter der Unparteilichkeit der englischen Richter das höchste Lob zollte.

Beiläufig sei hier ein Irrtum richtig gestellt, der dem Londoner Correspondenten des *Vorwärts* jüngst unterlaufen ist. Aus dem Umstande, dass die englischen Steuerlisten für 1901 weniger Einkommensteuerpflichtige aufweisen, als die Listen von 1891, folgert er, dass sich in der Zwischenzeit eine Abnahme der Zahl der Capitalisten vollzogen haben müsse. Tatsächlich hat nur in der Zwischenzeit — nämlich 1894 — eine Steuerreform stattgefunden, kraft deren die Steuerfreiheit auf die Einkommen bis zu 160 Pfund (3200 Mark) ausgedehnt wurde, so dass eine ganze Classe von 1891 Steuerpflichtigen es 1901 nicht mehr war und nun in den Listen fehlt. Dass die verringerte Zahl der Einkommenssteuerpflichtigen nicht Folge einer Abnahme der Zahl der Capitalisten sein konnte, hätte dem *Vorwärts*correspondenten der von ihm selbst weiterhin hervorgehobene Umstand zeigen müssen, dass in dem angegebenen Jahrzehnt in England die erwerbstätige Bevölkerung abgenommen hat, die berufslos dagegen nicht unerheblich (von 41,5 auf 43,4 %) gestiegen ist. Aber dem sonst übrigens recht sachgemäss berichtenden Correspondenten trübte wohl auch der Gedanke an den bösen Revisionismus etwas den Blick

sionismus des Dresdener Parteitagcs zu beurteilen, als eine Reaction, die mit dem Vorschlag, der sie hervorgerufen, morgen schon vergessen sein kann.

So sahen auch offenbar die Auer, die Vollmar, die Kolb, die Peus, die Edmund Fischer, die Göhre u. s. w. die Sache an, als sie für die antirevisionistische Resolution Bebel-Kautsky-Singer stimmten. In Momenten nervöser Gereiztheit ist Beruhigung der Gemüther erstes Erfordernis, und was der grossen Masse der Genossen vornehmlich am Herzen lag und liegt, ist Beruhigung darüber, dass der Partei keine Taktik aufgedrängt werden soll, die sich nicht aus der Natur der Dinge, das heisst den Bedürfnissen der Partei selbst und der von ihr vertretenen Massen einerseits und der politischen Constellation, dem Verhalten und der Natur der gegnerischen Parteien andererseits, von Fall zu Fall selbst ergibt. Das ist der wahre Sinn des grossen Anklangs, den jene Resolution gefunden hat. Wer auf Grund ihres Wortlautes aus ihrer nahezu einstimmigen Annahme mehr herausdeducieren wollte, würde durch die Tatsachen bald eines Besseren belehrt werden. Von wie geringer Bedeutung der Wortlaut der Resolution in diesem Falle war, geht schon daraus hervor, dass Kautsky, um ihn zu begründen, auf Schriften und Aufsätze des Schreibers dieses zurückgreifen musste, die vor mehreren Jahren veröffentlicht wurden und heute schon halb vergessen sind, während von neueren Aeusserungen lediglich der Vorschlag betreffs des Vicepräsidiums im Reichstage als Beweis für die vermeintliche Notwendigkeit der Resolution ins Feld geführt werden konnte.

Um die Ungeeignetheit dieses Beweisstücks recht augenfällig zu machen, richtete ich an Bebel vor versammeltem Kriegsvolk den *poser* — wie die Engländer solche Fragen nennen —, ob er selbst dann um des *Hofgangs* willen den Vicepräsidentenposten weggeben würde, wenn dieser auch in seinen Augen von erheblichem Wert für die Partei, eine Vorbeuge gegen Ueberrumpelungen wäre. Bebel merkte mit der ihm eigenen Geistesgegenwart sofort, dass er in eine Falle gelockt werden sollte, und entzog sich mit einem Witz der Notwendigkeit, mir zu antworten. Denn ob er nun mit *Ja* oder mit *Nein* antwortete, immer hätte er sich mir in die Hände geliefert. Antwortete er mit *Ja*, so setzte er sich dem Vorhalt aus, dass ihm reine Formfragen höher ständen, als vitale Interessen der Partei. Sagte er aber *Nein*, so gab er zu, dass die ganze Frage eine solche der Zweckmässigkeit und nicht des Principis sei, und dann war der ganze ob meines Vorschlags entfesselte Entüstungssturm ins *Grosse Missverständnis* verwiesen. Indes lag auch schon in der ausweichenden Antwort das Zugeständnis, dass die Frage nicht aus dem Gefühl heraus entscheidend zu beantworten war.

Damit ist aber in meinen Augen auch schon der Stab über den ersten Absatz der Resolution gebrochen, und er ist der einzige, von dem man wenigstens sagen konnte, dass ein unmittelbarer Anlass zu einer Stellungnahme hinsichtlich der in ihm behandelten Frage vorlag. Dagegen sind neuere Aeusserungen oder Handlungen, die es nötig machten, zu den anderen in der Resolution aufgeführten Fragen Stellung zu nehmen, nicht ins Feld geführt worden. Eine unabwendbare Veranlassung, sich mit ihnen zu beschäftigen, lag nicht vor. Die notwendig gewordene Beruhigung der Gemüther konnte aber auch auf andere und meines Erachtens sicherlich bessere Weise erzielt werden, als durch eine Resolution, von der ich wenigstens mir sagen musste, dass sie zum grössten Teil unnötig, im übrigen aber unmöglich, das heisst mit der wirklichen Tätigkeit der Partei im Widerspruch und schliesslich auch noch recht unpolitisch sei.

Ich verzichte darauf, dies im einzelnen nachzuweisen. Was den letzteren Punct betrifft, so kann ich vielmehr nur wünschen, dass die Ereignisse meine Ansicht Lügen strafen mögen. Den Beweis für die Unmöglichkeit der Resolution überlasse ich der Zeit, dieser grossen Revisionistin. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Urheber der Resolution, soweit sie Praktiker sind, schon recht bald selbst daran gehen werden, sie durch die Tat zu revidieren. Ein grosser Teil unserer Reform-

arbeit, auf die die Partei nicht verzichten kann, wenn sie nicht aufhören will, Sachwalterin der Arbeiterinteressen zu sein, bestehe in einem *Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge*, das im Absatz 2 der Resolution *auf das unterschiedenste verurteilt* wird. Würde der Satz wirklich befolgt werden, so bedeutete er einen Rückfall der Partei in eine Haltung, die einige ihrer Begründer in der Kindheit der Bewegung vertreten haben, wo die mangelnde Kraft zur Tat den Gebrauch solcher Kraftphrasen entschuldigte, die aber selbst damals nicht aufrecht erhalten werden konnten. Man braucht nur einen Augenblick darüber nachzudenken, was unsere Vertreter in Gemeinde, Staat und Reich anfangen sollten, wenn sie ihre Tätigkeit nach diesem Recept einrichten müssten, um sofort seine Undurchführbarkeit zu erkennen. Gar nicht zu reden von den in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen, die nun als gute Socialisten nichts Eiligeres zu tun hätten, als gegen Tarifgemeinschaften, paritätische Arbeitsnachweise und andere Errungenschaften der neueren Entwicklung anzukämpfen. Auch ist es ein ungelöstes Rätsel, wie man für eine ganze Reihe von Reformen eintreten will, die mit einer Vermehrung des Beamtentums, je nachdem auch der Staats- oder Reichseinnahmen verbunden sind, ohne mindestens zeitweilig sich gegen den Unterabschnitt 1 des vierten Satzstücks der Resolution zu vergehen. Der Einleitungssatz zu diesem Stück würde uns, buchstäblich genommen, dazu verpflichten, alle unsere Wahlflugblätter zu verbrennen, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens den Sieg des *Scharfmachertums* zu wünschen, wenn nicht bewusst herbeizuführen, und vor jeder Reform, vor jedem Zugeständnis von Regierung und Unternehmern an die Arbeiterklasse zu zittern — was aber tatsächlich in niemandes Absicht liegt.

Genug. Es widerstrebt mir, weiter auf die Sache einzugehen, denn es ist keine erhebende Arbeit, an Beschlüssen einer grossen Versammlung von Gesinnungsgenossen herumzukritisieren. Aber das Gesagte war nötig, um wenigstens einige der Gründe vorzuführen, die es mir unmöglich gemacht haben, der Resolution zuzustimmen. Ich habe mich den Gründen nicht verschlossen, die dafür sprachen, sie trotz dieser und anderer Widersprüche anzunehmen. Aber ich habe mir auch sagen müssen, dass eines sich nicht für alle schickt. Was dem nur praktisch Arbeitenden erlaubt ist, verbietet sich dem der Theorie Beflissenen — die Wissenschaft leidet keinen Compromiss. Auch schien es mir die dem Parteitag schuldige Achtung zu erheischen, dass ich meiner theoretischen Ueberzeugung rückhaltlos Ausdruck gab. Und es freut mich, hinzufügen zu können, dass in einem ähnlichen Empfinden die beiden Breslauer Delegierten mir erklärten, sie, die Vertreter der Mitgliedschaft, die mir ein Reichstagsmandat anvertraut hat, würden auch dann noch gegen die Resolution stimmen, wenn ich selbst mich aus irgend welchen Gründen bewegen lassen sollte, für sie zu stimmen. Schliesslich aber muss ich auch, so anmassend es klingen mag, bekennen, dass ich bei der Abstimmung das *Nein* in der Ueberzeugung aussprach, der Partei mit ihm einen Dienst zu leisten.

Allseitig ist es bedauert worden, dass der Dresdener Parteitag erbitterten Streit statt fröhlichen Siegesjubel sah. Und in der Tat pflegt Hader sonst wohl im Gefolge von Niederlagen oder da sich einzustellen, wo Sieger einander die Beute oder den Lorbeer streitig machen; aber dass im siegreichen Lager am Morgen nach dem glänzendsten Siege bitterer Zank darüber entsteht, wer die siegende Armee auf Abwege gebracht habe, das ist eine ganz absonderliche Erscheinung, die auf überreizte Nerven hindeutet. Bedauerlicher als der Zank selbst ist jedoch der Umstand, dass er zu Beschlüssen führte, durch welche die Partei ihren besten Traditionen ins Gesicht schlug. 25 Jahre sind seit Verkündung des *Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie* verstrichen, gegen das die Partei sich mit aller Macht aufbäumte, bis sie dies Tendenzgesetz bezwang. Und in dem Moment, wo sie die Erinnerung an ihren grossen Sieg über die Aechtung einer Tendenz feiert, fasst sie aus einer Stimmung heraus eine Resolution, die, wenn

sie wörtlich genommen würde, weiter nichts wäre, als ein Gesetz gegen Ueberzeugungen, die für gemeingefährlich erklärt werden, obwohl sie die einer Anzahl erprobter Kampfgenossen sind und von der Partei selbst unzähligmal proclamirt wurden. Aber die Resolution ist nicht wörtlich zu nehmen, kann nicht wörtlich genommen werden. Die Praxis der Partei wird den schlagenden Beweis dafür liefern. Bis er so sonnenklar vorliegt, dass er von niemand verkannt werden kann, mag das Verhalten der *Neinsager* bezeugen, dass in der deutschen Socialdemokratie keine Ueberzeugung geächtet, keine Tendenz vergewaltigt wird, die nicht den Rahmen der im Programm der Partei niedergelegten Grundsätze und Forderungen nachweislich durchbricht. Gerade diejenigen, die die Resolution verneint haben, haben meiner festen Ueberzeugung nach bejaht, dass die deutsche Socialdemokratie an ihrem inneren Wesen und ihrer altbewährten, sieggekrönten Taktik festhalten soll und wird.

## Zu Kautskys Kritik meines Agrarwerks.

Von

Eduard David.

(Mainz.)

### 12. Aber die Productivität?

Es kommt nicht nur darauf an, dem heimischen Boden eine möglichst grosse Productmasse abzugewinnen, das gesellschaftliche Interesse verlangt auch, dass die Productmasse mit dem relativ geringsten Arbeitsaufwand erzeugt werde. Das Verhältnis von Arbeit und Product lässt sich — heute wenigstens — nur messen durch Umsetzung beider Factoren in Geld. An Stelle des Arbeitsaufwands treten die Productionskosten, die ausser der in Arbeitslohn zu messenden lebendigen Arbeit auch die Capitalaufwendungen für die sachlichen Productionsmittel umfassen; an Stelle der naturalen Productmasse tritt ihr Geldwert. Dabei müssen alle Ungleichheiten der Lohn- und Preisbemessung für die zu vergleichenden Betriebe ausgeschaltet werden. Die Verschiedenheiten der natürlichen Bodengüte — wozu auch die Verkehrslage gehört — werden durch den Bodenpreis respective die in den Capitalaufwand einzusetzende verschieden hohe Zinssumme paralytisch. Selbstverständlich sind dabei alle Bodenpreisunterschiede, die nicht in der natürlichen Bodengüte begründet sind, auszuschneiden. Erhält jemand den Boden infolge Erbvorrechtung halb geschenkt, und vergleicht man dann die Productivität dieses Betriebs mit der eines Betriebs, dessen Bodenpreis vielleicht durch Preistreiber bei offener Versteigerung auf das Doppelte seines wirklichen Ertragswerts hinaufgetrieben wurde, so liegt es auf der Hand, dass das den ganzen Productivitätsvergleich hinfällig machen muss.

Aus diesem Grunde sind die Rentabilitätsberechnungen der erwähnten schweizerischen Untersuchung für unseren Zweck der Productivitätsvergleichung unbrauchbar. Die *Landgutscapitale* (Boden, Gebäude, Meliorationen, Bäume) sind nämlich nicht nach den Verkehrs- respective Ertragswerten angesetzt. »Ein grosser Teil stützt sich auf Erbauskäufe, bei denen der Uebernehmer das Gut unter dem Verkehrswert erhielt.« (Dr. Laur.) Auf der anderen Seite wirkte die grössere Concurrenz bei Parzellen oder Kleingutsverläufen auf den Bodenpreis ein. Das Resultat ist, dass das *Landgutscapital* auf ein Hektar Fläche — ohne Wald — in den verschiedenen Grössenklassen, von

der kleinsten beginnend, beträgt: 4989 — 5098 — 4057 — 3713 — 3175 Francs. »Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Kleinbauern ihre Güter wesentlich besser bezahlen müssen, als die grösseren Landwirte«, bemerkt Dr. Laur dazu. Trotzdem hat er seine Berechnungen darauf aufgebaut. Für seinen Zweck konnte er das. Denn ihm kam es nicht auf die Feststellung der naturalen Productivität an, sondern auf die Constatierung der finanziellen Lage der untersuchten Betriebe, wie sie sich aus dem Zusammenwirken aller zufällig gegebenen concreten Factoren ergibt. Es sind Rentabilitäts-, keine Productivitätsberechnungen. Ein Betrieb kann sehr productiv sein und doch unrentabel. Dies ist die Situation vieler Kleinbetriebe, die auf künstlich vertheuertem Boden wirtschaften.

Das geniert Kautsky natürlich nicht. Er benutzt ruhig die Laurschen Rentabilitätsvergleiche, um die Frage nach der Productivität kurzerhand zu ungunsten der Kleinbetriebe zu beantworten.

Ein nicht unwichtiger weiterer Umstand, der die Rentabilität der kleinen Betriebe herabdrückt, ist die in das Untersuchungs-jahr fallende Missernte im Obstbau, an dem sie in relativ stärkerem Masse, als die Grossbetriebe, beteiligt sind. Kautsky verschweigt das ganz.

Zu diesen beiden, die Rechnung stark zu ungunsten der Kleinbetriebe störenden Factoren tritt aber noch ein principieller Gesichtspunct, den Kautsky bei seiner Kritik gänzlich übersieht. Ich stelle der heimischen Landwirtschaft die Aufgabe, hohe Productivität mit hoher Intensität zu vereinigen, und ich behaupte, dass der Kleinbetrieb diese doppelte Aufgabe zu lösen befähigter sei, als der Grossbetrieb. Will man das widerlegen, so genügt es nicht, Grossbetriebe niedrigerer Intensität vorzuführen, die productiver wirtschaften, als Kleinbetriebe mit doppelt so hoher Intensität. Es müssen vielmehr Betriebe gleich hoher Intensitätsleistung in Vergleich gestellt werden. Die Grossbetriebe der schweizerischen Untersuchung producieren pro Hektar Fläche nur 383,59 Francs, die kleinsten Betriebe dagegen 657,77 Francs. Erst wenn die grossen es fertig brächten, die gleiche Productmasse mit gleicher oder gar höherer Productivität, wie die kleinen, zu producieren, könnte man sie zur Widerlegung meines Satzes ins Feld führen. Denn ich behaupte — um es noch einmal zu sagen — nicht die höhere Leistungsfähigkeit des Kleinbetriebs schlechthin, sondern seine höhere Leistungsfähigkeit für die höheren Intensitätsstufen.

Der Laursche Satz *Die Rentabilität der Landwirtschaft steigt mit zunehmender Betriebsgrösse* ist sonach, selbst wenn er Allgemeingiltigkeit hätte, nicht gegen mich zu verwerten. Es kommt ihm aber auch gar keine Allgemeingiltigkeit zu. Andere Untersuchungen sind zu ganz anderen Resultaten gelangt. So die bereits erwähnten, von N. P. Jensen bearbeiteten dänischen Erhebungen, über die Gustav Bang in der *Neuen Zeit* Mittheilungen macht. Jensen hat die *Normalbudgets* von je 2 Betrieben in der Grössenabstufung von 5,5 — 55 — 552 Hektar, eine Gruppe mit guter und eine mit schlechter Bodenbeschaffenheit, berechnet. Da ergab sich ein Nettoüberschuss pro 5,5 Hektar von 873 — 591,10 — 543,28 Mark auf gutem, und von 552 — 169,50 — 143,58 Mark auf schlechtem Boden. »Wie man sieht«, bemerkt Bang dazu, »ist der Unterschied zwischen der Ergiebigkeit des Gross- und des Mittelbetriebs unbedeutend; dagegen ragt der Kleinbetrieb sehr empor; die Nettoausbeute pro Hektar ist auf dem guten Boden mehr als 60, auf dem schlechten fast 300% höher, als in den Grossbetrieben.«

Was sagt Kautsky dazu? Und was sagt er zu folgender weiteren Mit-

teilung Bangs: »Stellt man diesen Ueberschuss in Vergleich mit den durchschnittlichen Kaufpreisen der Betriebe, die nach der officiellen Statistik 9608 — 62 075 — 560 478 beziehungsweise 3755 — 22 598 — 196 101 Mark betragen, so wird man finden, dass sich die Betriebe auf dem guten Boden mit 9,1 beziehungsweise 9,5 und 9,7, auf dem schlechten mit 14,7 beziehungsweise 7,5 und 7,3, rentieren.«?

Also: Die kleinen Betriebe brachten es fertig, die 60 bis 100% höheren Preise, die sie für den Boden bezahlen müssen, auf gutem Boden kaum schlechter, auf schlechtem Boden bei weitem besser zu verzinsen, als die Grossbetriebe.

### 13. Die Unterconsumtion.

Das Geheimnis der Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs liegt nach Kautsky in der Ueberarbeitung und in der Unterconsumtion. Ueber die erstere haben wir bereits gesprochen und betont, dass die Ueberarbeitung in der Grosslandwirtschaft erst recht zu Hause ist. Mit der Unterconsumtion verhält es sich ebenso. Die Lebenshaltung der lohnarbeitenden Landarbeitermasse steht im allgemeinen tief unter der des kleinen Selbstwirtschafers.

Gustav Bang weist zur Unterstützung der Kautskyschen Auffassung darauf hin, dass in den erwähnten Normalbudgets das Einkommen der beiden Kleinbetriebe sich nach Abzug der Schuldzinsen und Steuern auf nur 667 respective 469 Mark stelle, und zwar einschliesslich aller Naturalbezüge. Das sei eine ökonomische Lage, bemerkt Bang, die den Kleinbauer vor die Wahl stelle, »entweder zu verelenden oder sich als Tagelöhner, als Handwerker oder dergleichen ein Nebeneinkommen zu verschaffen, das heisst die Abrackerung noch weiter zu spannen.« Darum bedeutet eine Vermehrung der Kleinbetriebe zwar eine Steigerung der Ergiebigkeit des Gesamtbodens, aber gleichzeitig »eine Vermehrung des in den kümmerlichsten Verhältnissen lebenden Landproletariats«, während eine Vergrösserung der Betriebe zwar den Bodenertrag schmälern, dagegen »die Lage der betreffenden Volksklasse erhöhen« würde.

Welcher Volksklasse? fragen wir. Die Lage der Besitzer? Das ist zweifellos; ein Grossgrundbesitzer lebt besser, wie ein Kleinbauer. Aber die Grossbetriebe bedürfen doch neben dem Besitzer auch Landarbeiter. Die gehören doch wohl auch mit zu der Volksklasse, deren Schicksal hier in Betracht kommt. Und wie sieht es mit deren Lebenshaltung in Dänemark aus? Ist sie besser, als die der kleinen Selbstwirtschafers? Die Antwort hat Bang selbst gegeben in einem früheren Artikel in der *Neuen Zeit* vom 30. September 1902. Dort constatiert er nach dem Material einer officiellen Untersuchung über die Haushaltbudgets von 67 Landarbeiter- und 26 Kleinbauernfamilien, dass die Landarbeiter wesentlich schlechter leben, als die Kleinbauern. Während die letzteren durchschnittlich 659,43 Mark Bareinnahmen haben, von denen sie nach Abzug von 585,25 Mark Haushaltsausgaben noch 74,18 Mark für die Sparcasse erübrigen, betragen die Bareinnahmen der Landarbeiter nur 556,41 Mark, so dass sie nach Abzug von 567,97 Mark Haushaltsausgaben mit einem Deficit von 11,76 Mark abschliessen. Dabei handelt es sich bei den Selbstwirtschaftern um solche an der untersten Grenze der Selbstständigkeit (2,38 Hektar Durchschnittsbesitz). Und die Kleinbauern consumieren ausserdem noch für 281,47 Mark Naturalien aus dem eigenen Betrieb, während bei der Landarbeiterfamilie dieser Posten nur 53,79 Mark beträgt, so dass nach Bangs eigenen Worten bezüglich der Ernährung »der Kleinbauer viel besser daran ist, als der Landarbeiter«.



Danach meinen wir, dass die Lage der kleinbäuerlichen Volksmasse auch im Staate Dänemark eine wesentlich bessere ist, als die der *betreffenden Volksclassen* in der Grosslandwirtschaft. Nur so erklärt sich denn auch die in dem früheren Artikel von Bang festgestellte Tatsache, dass seit den achtziger Jahren mit Hilfe der Genossenschaftsbewegung »Tausende von Häuslern ihren Betrieb in der Weise emporgearbeitet haben, dass sie sich schrittweise von der Lohnarbeit im Dienste Fremder emancipierten und ausschliesslich von den Erzeugnissen der eigenen Wirtschaft ernährten.«

Das steht in schneidendem Widerspruch mit der Alternative der Verelendung oder der Ausschau nach Nebeneinkommen als Lohnarbeiter, die Bang jetzt dem kleinen Selbstwirtschafter stellt. Diese Alternative entspricht zwar der Kautskyschen Lehre, nicht aber den Tatsachen.

Uebrigens tritt Kautsky hinsichtlich der Unterconsumtion bereits den Rückzug an. Er tut dies mit derselben Strategie, mit der er seinerzeit den Rückzug in der Verelendungs- und in der Zusammenbruchstheorie bewerkstelligt hat. Das Verfahren ist zur classischen Vollendung ausgebildet. Es beginnt mit der Constatierung, dass die orthodoxe Schule niemals die naivergröbere Auffassung der betreffenden Lehre gehabt habe, die die einfältigen Revisionisten ihr unterstellen. So auch hier. »Um Missverständnissen vorzubeugen«, weist Kautsky in einer Anmerkung darauf hin, »dass die Unterconsumtion natürlich nicht in physiologischem Sinne, als Unterernährung, sondern in socialen Sinne aufzufassen ist... Das versteht sich von selbst für jeden, der mit den Anfangsgründen der ökonomischen Theorie vertraut ist.«

Danach muss man annehmen, dass Kautsky selbst, als er vor einigen Jahren seine *Agrarfrage* schrieb, mit den Anfangsgründen der ökonomischen Theorie noch nicht vertraut war. Denn dort fasst er die Unterconsumtion noch wesentlich in physiologischem Sinne. In einem besonderen Abschnitt trägt er Beispiele für die *bäuerliche Hungerkunst*, für die *untermenschliche Ernährung* des Kleinbauern zusammen und versteigt sich zu der allgemeinen Behauptung, dass der Kleinbauer »sein Vieh ebenso unvollkommen nähren muss, wie sich selbst«. — Heute aber ist das alles »natürlich nicht im physiologischen Sinne, als Unterernährung« aufzufassen. I bewahre! Nur revisionistischer Unverstand kann auf so etwas verfallen. — Der ganze Kautsky!

Nein, der ganze ist es noch nicht. Es kommt noch besser. Was nur jemand fertig bringt, der mit den Anfangsgründen der ökonomischen Theorie nicht vertraut ist, das bringt Kautsky selbst sofort wieder fertig, indem er im Hinblick auf die schweizerische Untersuchung erklärt:

»Zu den Beweisen der Unterconsumtion, die ich in meiner *Agrarfrage* gebe, fügt Laur weitere hinzu. Nur einer sei hier erwähnt: Es betragen die Kosten eines Verpflegungstages für einen erwachsenen Mann in 75 Betrieben mit Lohnarbeitern 1,27 Francs, in 35 Betrieben ohne Lohnarbeiter 1,11 Francs. Dazu bemerkt Laur: Sobald fremde Leute am Tische essen, steigen die Ansprüche, die Verpflegung wird teurer.«

Also hier handelt es sich doch wieder ums leidige Essen, um das, was die Menschen tun, wenn sie am Tisch sitzen, um die Unterconsumtion in physiologischem Sinne!

Dieser den Beweisen aus der *Agrarfrage* neu hinzugefügte Beweis der Unterconsumtion ist aber auch noch in anderer Hinsicht ein Meisterstück Kautskyscher Citierkunst. In vollständiger Gestalt sieht die Laursche Tabelle nämlich so aus:

Grössenklasse	Betriebe mit fremden Leuten		Betriebe ohne fremde Leute	
	Zahl der Betriebe	Ver- pfligungs- kosten	Zahl der Betriebe	Ver- pfligungs- kosten
Kleinbauernbetriebe . . . . .	2	1,53	9	1,13
Kleine Mittelbauernbetriebe .	22	1,30	15	1,10
Mittelbauernbetriebe . . . . .	24	1,28	11	1,10
Grosse Mittelbauernbetriebe	23	1,17	—	—
Grossbauernbetriebe . . . . .	4	1,15	—	—
Arithmetisches Mittel	73	1,27	35	1,11

Kautsky gibt nur die beiden Durchschnittssätze und erweckt damit den Anschein, als ob der Satz von 1,27 Francs den Grossbetrieben zukomme. In Wahrheit stehen diese mit 1,15 Francs weit unter dem Durchschnitt und nicht nennenswert höher, als die 9 kleinsten Betriebe ohne fremde Leute. Die ehrlicherweise aus der Tabelle zu ziehende Folgerung müsste lauten: Die Verpfllegung ist in den kleineren Betrieben nicht schlechter, wenn keine fremden Leute da sind, und sie ist wesentlich besser, als in den grösseren Betrieben, sobald fremde Leute am Tisch sind.

So sieht es mit dem neuen Beweisstück aus, das Kautsky seiner alten Sammlung von *Beweisen der Unterconsumtion* glaubt hinzufügen zu dürfen.

Was die absolute Höhe der Lebenshaltung der Kleinbauernfamilie betrifft, so fällt es mir natürlich nicht im Traume ein, sie im allgemeinen als befriedigend hinstellen zu wollen. Der Kleinbauer lebt besser, in physischem wie socialen Sinne genommen, als der landwirtschaftliche Lohnarbeiter; aber seine wirtschaftliche und sociale Situation ist weit entfernt von dem socialistischen Ideal menschenwürdiger Lebenshaltung. Als Bestandteil der handarbeitenden Volksmasse bewegt sich die Kleinbauernschaft auf dem Lebenshaltungsniveau dieser.

Die Geldbewertung der von kleinbäuerlichen Familien consumierten Gütermasse ist sehr schwierig infolge der sehr verschiedenen Wertansätze für die dem eigenen Betrieb entnommenen Nahrungsmittel und derjenigen für Wohnung, Heizung, Kleidung. Die Ansätze der erwähnten dänischen Untersuchungen erscheinen mir zu niedrig.<sup>18)</sup> Die Laur'schen Ansätze sind wesentlich höher. Dr. Laur berechnet den *annähernden* Gesamtverbrauch für den privaten Lebensunterhalt der Unternehmerfamilien in den Betrieben

von 3 bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 bis 30	30 bis 70 Hektar
auf 1916,80	2524,80	2993,20	3533,95	4483,90 Francs.

Diese Zahlen scheinen mir eher zu hoch als zu niedrig gegriffen. Jedoch ich bin nicht in der Lage, sie nachprüfen zu können. Die Tatsache steht jedenfalls fest, dass die Kleinbauern sowohl in ihrem Ernährungsstand als auch in ihrer ganzen übrigen Lebenshaltung nicht unter, sondern über dem landwirtschaftlichen Lohnarbeiter stehen.

<sup>18)</sup> Nach den Berechnungen G. Fages betrug der Fleischverbrauch pro Kopf der dänischen Bevölkerung im Jahre 1898 98 Pfund; in den Jahren 1875 bis 1878 erreichte er nicht 80 Pfund. Der gesamte Nahrungsmittelverbrauch, reducirt auf Korneinheiten, stieg von 1655 Pfund pro Einwohner im Jahre 1875 auf 2297 Pfund im Jahre 1898. Vergl. H. Pudor: *Zur Geschichte des Demokratismus in Dänemark im Genossenschaftspionier* vom 23. August 1903.

#### 14. Die fallende Bedeutung der Maschinenarbeit bei steigender Intensität.

»Allen Ernstes behauptet also David, der technische Fortschritt in der Landwirtschaft äussere sich darin, dass immer weniger Arbeit dem Landmann durch Rind, Pferd, Daupf, Elektrizität abgenommen wird, immer mehr Arbeit von seiner Hand zu leisten ist.« — Auch dieser haarsträubende Unsinn ist eine Erfindung meines Kritikers Kautsky. Wer mein Buch liest, wird finden, dass ich den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft genau so gut wie in der Industrie darin erblicke, dass es gelingt, menschliche Arbeit durch Kraft- und Werkzeugmaschinen mannigfaltigster Art zu ersparen. In einem umfangreichen Specialcapitel wird der Leser alle die maschinellen Errungenschaften gewürdigt finden, die, obwohl sie sich nicht messen können mit denen auf industriellem Gebiet, immerhin »erhebliche Ersparnisse an Arbeits- oder sonstigen Produktionskosten ermöglichen.«<sup>10)</sup> Und ausserdem behandelt nochmals ein besonderer Abschnitt des Capitels über die allgemeinen Principien der landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung die Steigerung der Productivität durch Arbeitsminderung (§ 64). Dort heisst es, nach Betonung der besonderen Schwierigkeiten, die der Maschine in der Landwirtschaft entgegenstehen: »Gleichwohl ist die Maschine auch in der Landwirtschaft siegreich vorgedrungen. Der modernen Maschinenbautechnik ist es gelungen, eine ganze Anzahl brauchbarer Maschinen zu construieren, bei deren Anwendung ein beträchtliches Mass Arbeit erspart werden kann.« Im Anschluss daran weise ich vergleichend auf den maschinell entwickelten Körnerbau Westamericas und die maschinenarme russische Wirtschaft hin. Nur ein Kautsky kann annehmen, dass ich dabei die Palme des technischen Fortschritts den Russen zu-erteilen wolle.

Dann sage ich weiter: »Der Hinblick auf die imposante Maschinerie der westamericanischen Getreidefarm zeigt, was die Maschine unter bestimmten Verhältnissen auch in der Landwirtschaft zu leisten vermag. Er zeigt aber auch, was sie nicht vermag.« Die Maschine vermag die für ein bestimmtes Quantum Product aufzuwendende Arbeit zu vermindern; sie vermag aber nicht das einem gegebenen Bodenstück abzugewinnende Productquantum zu erhöhen. Sie steigert die Productivität, aber nicht die Intensität.

Soll einem Bodenstück gegebener Grösse ein wachsendes Quantum Product abgewonnen werden, so erfordert dies Mittel, die den organischen Lebensprocess selbst durch Verbesserung der äusseren Fruchtbarkeitsbedingungen wie der inneren Lebensbeanlagung erhöhen, zum Beispiel stärkere Düngung, verbessertes Saatgut, sorgsamere Pflgearbeit, Schutz vor Schädlingen u. s. w. Diese Intensitätssteigernden Mittel haben aber in ihrer Gesamtheit mehr neue Handarbeit zur Folge, als durch die Einstellung der productivitätssteigernden Maschinen erspart wird. Daher die relative Zunahme der Handarbeit beim Aufsteigen zu höheren Intensitätsstufen.

Kautsky hat diesen Gedankengang überhaupt nicht verstanden. Er bezeichnet meinen Satz *Je intensiver der Betrieb wird, um so mehr weicht die Maschinenarbeit procentual vor der Handarbeit zurück* als eine ganz unzulässige Verallgemeinerung einzelner Erscheinungen. Es gebe zwar Maschinen, die mehr menschliche Arbeit in Anspruch nehmen, als die Handmethode, zum Beispiel die Drillsämaschine; andere aber machten Handarbeit in hohem Grade überflüssig, wie die Dreschmaschine. Die Anziehung der Drillsämaschine zeigt, in welche falsche Richtung er hineinstarrt. Er glaubt, ich

<sup>10)</sup> Vergl. mein Buch *Socialismus und Landwirtschaft*, pag. 110—253.

wolle behaupten, die landwirtschaftlichen Maschinen erforderten im allgemeinen bei ihrer Handhabung mehr menschliche Arbeit, als die alte Handmethode, wie dies bei der Säemaschine tatsächlich der Fall ist. Eine solche Behauptung wäre natürlich der bare Unsinn.

Die Maschinenanwendung erfordert im allgemeinen selbstverständlich weniger Arbeitskräfte, wofür ich auch die zahlenmässigen Belege für die meisten Maschinen, gestützt auf Bensing und andere, anführe. Die neue, vermehrte Handarbeit entsteht nicht durch die Function der Maschine an sich, sondern dort und dann, wo im Gefolge der Maschine eine intensive Culturmethode einzieht. Durch den Dampfpflug wird zum Beispiel Handarbeit erspart. Aber, so führe ich aus, was will diese Ersparnis an Arbeitskräften beim Pflügen bedeuten gegenüber dem gesteigerten Bedarf an Menschenhänden, den die von ihm eingeleitete Tiefcultur *in ihrem weiteren Verlauf* mit sich bringt. »Besonders anspruchsvoll ist in letzterer Beziehung der durch den Dampfpflug geförderte Zuckerrübenbau, der eine Masse neuer Handarbeit (Verbuschen, Vereinzeln, Behacken, Käferlesen, Ausziehen, Köpfen, Einmieten) erfordert.«

Das gleiche gilt von der Drillmaschine. Dass ihre Handhabung an sich mehr Handarbeit erfordert, als die Handsaatmethode, ist das wenigste. Das, worauf es ankommt, ist die im Gefolge der Drillsaatmethode einherschreitende starke Vermehrung der Pflegearbeit. So kommt es, dass die durch den technischen Fortschritt bewirkte Arbeitsminderung dort, wo die Landwirtschaft aus allgemeinwirtschaftlichen Gründen zu intensiveren Culturformen und -zweigen fortzuschreiten veranlasst ist, wett gemacht und überholt wird durch die Arbeitsmehrung, die der Intensitätsfortschritt mit sich bringt.

Das heisst natürlich aber auch nicht, dass alle Mittel der Productmehring auf gegebener Fläche mehr Handarbeit verursachen. Kein Gedanke! Zunächst kann durch die blosser Beachtung einer neuen wissenschaftlichen Erkenntnis ohne jegliche Arbeitsvermehrung, zum Beispiel durch eine richtigere Auswahl der Düngemittel oder durch Anwendung eines wirksamern Mittels der Krankheitsverhütung oder gar durch einfaches Unterlassen einer falschen Massnahme, durch Vermeidung von Fehlern, der Productionserfolg erhöht werden. Ausserdem kann die Steigerung der im Betrieb erzeugten Productmasse ohne ausserordentliche Vermehrung der im Betrieb zu leistenden Arbeit dadurch erfolgen, dass Pflanzennährstoffe und Futtermittel von aussen in den Betrieb eingeführt werden. Die in Bergbau und Industrie gewonnenen künstlichen Düngermassen, wie die Kraftfuttermassen, die als Abfallproducte industrieller Betriebe oder als Producte fremdländischer Agricultur der deutschen Landwirtschaft in steigendem Masse zugeführt worden sind, entfalten ihren intensitätssteigernden Nutzeffect innerhalb der Landwirtschaft, während der zu ihrer Herstellung und Herbeischaffung erforderliche Arbeitsaufwand, ausserhalb derselben liegt. In dem landwirtschaftlichen Betrieb selbst erzeugt ihre Verwendung weniger Arbeitsaufwand als Capitalaufwand. Dasselbe geschieht, wenn durch nichtlandwirtschaftliche Arbeitskräfte die Wirtschaftsgebäude, Stallrichtungen etc. verbessert oder Meliorationen, Drainagen und Bewässerungsanlagen ausgeführt werden. Der Betrieb wird dadurch capitalintensiver, nicht arbeitsintensiver.

Auf alle diese Dinge weise ich in meinem Buche hin. Das hält Kautsky aber nicht ab, meinen oben formulierten Satz über das Verhältnis von Maschinenarbeit und Handarbeit bei steigender Intensität ruhig dahin zu erweitern, als ob ich behaupten wolle, bei steigender Intensität verschöbe sich das Gesamtverhältnis der vergangenen zur lebendigen Arbeit, also des constanten zum variablen Capital zu gunsten des letzteren. Auch das kann vorkommen. Aber

es ist nicht die allgemeine Entwicklung. Mit keinem Wort gebe ich Anlass zu dieser Auslegung meiner Worte. Nur Kautskys Kritik macht den Unsinu daraus, gegen den er dann seinen polemischen Scharfsinn aufwendet.

### 15. Kautskys statistischer Gegenbeweis.

Die Oberflächlichkeit dieser Kritik offenbart sich weiter in der gedankenlosen Verwertung der landwirtschaftlichen Bevölkerungsstatistik. Meine Auffassung, dass die Handarbeit bei steigender Intensität trotz der arbeitsmindernden Maschinerie relativ und absolut zunimmt, will Kautsky durch den Hinweis widerlegen, »dass in Deutschland bei steigender Betriebsintensität und wachsender Culturfläche die landwirtschaftliche Bevölkerung abnimmt... Die landwirtschaftlich benützte Fläche stieg von 1882 bis 1895 um 650 000 Hektar. Gleichzeitig verminderte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung um 900 000 Menschen. Auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche kamen 1882 59, 1895 55 Köpfe dieser Bevölkerung.«

Darauf ist zunächst zu erwidern, dass die *landwirtschaftliche Bevölkerung* — in dem für die vorliegende Streitfrage in Betracht kommenden Sinne — nicht abgenommen hat. Eine Verminderung von 900 000 Köpfen zeigt nur die ausschliessliche oder hauptberuflich in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung. Und zwar rührt dieser Ausfall im wesentlichen her aus dem Rückgang der nicht erwerbsmässig tätigen Familienangehörigen, speciell in den Tagelöhnerfamilien. Ausser den hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen gibt es aber auch noch eine recht stattliche Bevölkerungsmasse, die im Nebenberuf an der Bodenbebauung erwerbsmässig beteiligt ist. Sie ist von 3,14 auf 3,57 Millionen, also um über 400 000 Personen gestiegen. Hinter diesem Zuwachs steht natürlich auch noch ein stattlicher Zuwachs von nicht erwerbsmässig tätigen Familienangehörigen, deren Zahl die Statistik nicht angibt. Sieht man von den nicht erwerbsmässig tätigen Familienangehörigen ganz ab, so ergibt sich, dass im Jahre 1882 11 208 517 erwerbstätige Personen im Haupt- oder Nebenberuf Landwirtschaft betrieben; im Jahre 1895 dagegen 11 623 239, also mehr 417 000 Personen.

Für Kautsky gilt offenbar nur die landwirtschaftliche Handarbeit etwas, die von Landwirten oder Landarbeitern im Hauptberuf geleistet wird. Diese bemisst er nach der Kopfzahl der zugehörigen Bevölkerung und setzt sie ohne mit der Wimper zu zucken, in Beziehung zu der landwirtschaftlichen Gesamtfläche, um zu beweisen, dass die pro Flächeneinheit aufgewandte Handarbeit zurückgegangen ist. Und dabei hat der amtliche Bearbeiter der Reichsstatistik auf die Ausserachtlassung der nebenberuflich tätigen Personen bei Berechnung der Relativzahlen zur Fläche extra hingewiesen. Für den gelehrten Kautsky vergebens.

Doch weiter: Seit den achtziger Jahren ist ein wachsender Strom von ausländischen Landarbeitern ins deutsche Reich gezogen worden. Diese, heute nach Hunderttausenden zu schätzenden, nicht dauernd im Lande ansässigen Wanderarbeiter leisten wohl keine Handarbeit? Ich dünkte, sie gehörten auch in die Rechnung mit hinein. Dadurch dürften auch die 650 000 Hektar Flächenzuwachs so reichlich mit Handarbeit versorgt sein, dass für die alte Fläche noch etwas abfällt.

Ein weiter zu beachtendes Moment ist die stärkere Concentrierung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf die eigentliche landwirtschaftliche Produktionsarbeit infolge des Verzehrs auf Weiterverarbeitung der Rohproducte. Das Spinnen, Weben, Stricken, die Selbstanfertigung von Kleidern und Geräten, ja schon die Milchverarbeitung überlässt der moderne Bauer anderen Berufen. Bei Abschätzung der auf die landwirtschaftliche Production ver-

wendeten menschlichen Arbeit kommt es nicht nur auf die Zahl der Arbeiter, sondern auch auf die von ihnen speciell dem landwirtschaftlichen Betrieb gewidmete Zeit an. Ein Gegengewicht zu der mit der reinen Herausschälung des landwirtschaftlichen Betriebs ermöglichten ausschliesslichen Hingabe der Bauern an die eigentliche landwirtschaftliche Arbeit bildet das von der landwirtschaftlichen Bevölkerung nebenberuflich geleistete Arbeitsquantum in Industrie, Handel etc. Leider sagt uns die Statistik über die Grösse dieser beiden gegensätzlichen Momente nichts.

Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass zweifellos ein grosser Teil der Intensitätssteigerung lediglich auf dem oben angedeuteten Wege der Einfuhr künstlicher Düngemittel und Kraftfutterstoffe im Verein mit Investierung nichtlandwirtschaftlicher Meliorationsarbeit sich vollzogen hat. Trotz dieser steigenden Mithilfe von aussen und trotz der Arbeitsminderung durch vermehrte und verbesserte Maschinerie hat die zweifellos nicht zurückgegangene landwirtschaftliche Arbeitermasse nicht genügt, um den Bedarf nach menschlicher Arbeitskraft zu decken. Die Klage wegen Leutemangel ist immer lauter geworden. Es ist ganz sicherlich ein gewaltiges Quantum Pflegearbeit, die vom Standpunct rationaler Cultur notwendig gewesen wäre, lediglich aus Mangel an Kräften unterblieben.

Der Beweis mit der Bevölkerungsstatistik ist Kautsky als gründlich daneben geraten. Die Widerlegung meines Satzes steht noch aus. Will Kautsky sich ernstlich daran machen, dann muss er es anders anpacken. Er muss an technisch gleichmässig auf der Höhe der Entwicklung stehenden Betrieben verschiedener Intensitätsstufen nachweisen, dass die Maschinenarbeit auf den höheren Intensitätsstufen nicht, wie ich behaupte, relativ und eventuell sogar absolut geringer ist, sondern dass, je mehr Productmasse der Flächeneinheit abgewonnen wird, um so mehr die Maschinenarbeit procentisch dominiert. Ich habe auf Nordamerika hingewiesen, wo sich mit der Herausbildung grosser städtischer, für Qualitätsproducte aufnahmefähiger Märkte gegendeweise der Uebergang vom extensiven Körnerbau zu intensiverer, stallviehhaltender Fruchtwechselwirtschaft und weiter zu hochintensiven Gemüse-, Beeren-, Feinobstfarmen in relativ rascher Zeitfolge vollzogen hat, und wo wir diese Betriebsarten heute in modernster Entwicklungsform nebeneinanderliegend vorfinden, wenn wir den Continent von Westen nach Osten durchkreuzen. Ich habe behauptet, in der extensiven westamerikanischen Weizenfarm werde ein viel grösserer Prozentteil der Arbeit durch die Maschine verrichtet, als in der gemischten Farm mit Ersatzwirtschaft, und noch mehr trete die Maschinenarbeit im hochintensiven Gemüse- etc. Bau zurück. Dies müsste Kautsky widerlegen. Es sollte ihm schwer fallen. Deshalb hat er es wohl auch gar nicht erst versucht.

Statt dessen ergötzt er sich an meiner unglaublichen Dummheit, sinnenmalen eine Wanderung vom americanischen Westen nach dem Osten doch keine zeitliche, sondern eine geographische Aufeinanderfolge bedeute. Ich kann nicht einmal Geographie und Geschichte auseinanderhalten. So dumm bin ich. Ich sage: »In der Ferne und im Beginn der Entwicklung Grossbetrieb, in der Nähe und auf hoher Intensitätsstufe Kleinbetrieb -- das ist das in der Sphäre der organischen Hervorbringung gegebene Bild.« Das begreift Kautsky nicht. So gescheit ist er.

Was Wunder weiter, dass er das zur Erläuterung meines Satzes gegebene Beispiel sogar für eine -- Prophezeiung hält! Ich sage: »Stellen wir die Aufgabe, einer gegebenen Fläche von Jahr zu Jahr fortschreitend höhere Wertmassen abzugewinnen, so wird die Cultur mit dem americanischen Riesendampfgangpflug mit combinierter Säe- und Eggemaschine beginnen und mit

dem Spaten, dem Pflanzholz und der Harke aufhören.« — Das ist *David's Prophezeiung von der Ersetzung der Maschine durch den Spaten*. Hätte ich gesagt: Denken wir uns, ein Landwirt verwandele einen Hektar Getreideland in einen Gemüsegarten, dann wird statt des Pfluges der Spaten in Action treten — dann hätte Kautsky sicherlich erklärt, David prophezeit uns, dass die Landwirte ihr Getreideland demnächst in Gemüsegärten verwandeln und ihre Pflüge den Museen überweisen werden.

Das ist eine Frage ganz für sich, ob, wo, wann und inwieweit Getreideland die Intensitätsentwicklung bis zum Gartenland durchmacht. Wo es aber geschieht, da gilt *David's famoses Gesetz* trotz Kautskys famoser Kritik.

### 16. Eine greuliche Confusion.

Eine *greuliche Confusion* richtet man an, wenn man bei der Analyse des gesellschaftlichen Produktionsprocesses das Verhältnis des Menschen zur Natur und das Verhältnis des Menschen zum Menschen mit einander vermengt. »Man kommt dann dazu, Naturgesetze der Production für gesellschaftliche Gesetze und gesellschaftliche für Naturgesetze zu erklären.... Die Vulgärökonomie ist in solchen Verwechslungen besonders gross. Aber auch andere Leute halten sich nur schwer von ihnen frei.« Mit diesen Bemerkungen leitet Kautsky seine Kritik meiner in § 63 gegebenen Darstellung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag ein, eine Kritik, die hervorgegangen ist aus eben jener elementaren Verwechslung, die er selbst anderen zum Vorwurf macht, aus der Verwechslung des Bodenertragsgesetzes mit einer Rententheorie. Dass der scharfsichtige Mann dabei, um das Mass seiner Confusion voll zu machen, auch noch einen Druckfehler hinabschluckt, habe ich bereits an anderer Stelle hervorgehoben.<sup>20)</sup>

Es handelt sich bei dem Bodenertragsgesetz um das Verhältnis von Intensität und Productivität. Ich setze den Fall, es solle einem gegebenen Bodenstück durch fortschreitenden Aufwand von Arbeit — vergangener und lebender — eine wachsende Masse Product abgewonnen werden, um daran zu erläutern, dass der Intensität jeweils eine Grenze gesteckt ist, über die hinaus ein weiterer Aufwand keine entsprechende Productmehrung einbringt. Selbstverständlich muss ich bei dieser Untersuchung voraussetzen, dass keine Veränderung in der agronomischen Wissenschaft und Technik eintritt. Der Ablauf des Versuchs muss also als zeitlich fixiert gedacht werden. Selbstverständlich müssen dabei weiter, da sonst kein Massstab zum Grössenvergleich vorhanden wäre, Aufwand und Product in Geld umgesetzt werden. Und selbstverständlich muss drittens jede Wert- respective Preisverschiebung auf der Aufwands- oder Productseite ausgeschieden werden. Es ergibt sich so diejenige Rentabilitätsveränderung, die ein Einzelbetrieb erlebt, lediglich infolge der Verschiebung des naturalen Verhältnisses von Arbeitsaufwand und Productmasse.

Um die Sache so klar als möglich zu machen, habe ich meiner Darstellung eine Zeichnung beigelegt. Soweit ich sehe, haben andere Kritiker meines Buches sehr gut verstanden, was sie bedeuten soll. Nur Kautsky nicht. In dem Wahn befangen, ich wolle die gesellschaftliche Entstehung der landwirtschaftlichen Rente erklären, hält er meine schematische Darstellung der Etappen des Bodenertragsgesetzes für die historischen Etappen der landwirtschaftlichen Productivitätsentwicklung. Daher denn meine Ernennung zum »Entdecker jenes goldenen Zeitalters, in dem die Gesellschaft mehr consumierte als producierte, daher der unsinnige Vorwurf, ich lasse die Grundrente aus dem

<sup>20)</sup> Vergl. meinen Artikel Zur vorläufigen Abwehr in den *Socialistischen Monatsheften*, 1903, I. Bd., pag. 329.

Boden wachsen. Ich erörtere den Fall der übernormalen Intensität eines zeitlich fixierten Einzelbetriebs, die zu einer Renteneinbusse führt. Kautsky glaubt — immer in Consequenz seines elementaren Grundirrtums —, ich meine den Fall, wo eine Gesellschaft infolge wachsenden Bedarfs gezwungen ist, die Intensität allgemein anzuspinnen oder schlechteren Boden in Bewirtschaftung zu nehmen, wodurch die Rente auf den besseren Böden natürlich steigt. Daher denn die wunderbare Entdeckung, dass ich die Ricardosche Lehre auf den Kopf stelle. In freudigem Triumph ruft er aus: »Nicht Eduard sollte er heißen, sondern Richard, Ricardo David, der auf den Kopf gestellte David Ricardo!«

*O, si tacuisses . . . .* Jeder Satz dieser Kritik kehrt sich gegen ihren Urheber. Und der gute Mann hat sich jeden Ausweg abgeschnitten. Kein Abstreiten, kein Herausreden ist möglich. Man lese den betreffenden Abschnitt meines Buches, auf Seite 622 bis 633, und lese dann, was Kautsky sagt über die hier vorgeführte Entwicklungsreihe, die mit dem Auftreten des Capitals in der Barbarci [!] beginnt, auf einer Stufe der Production, wo ständig [!] mehr consumiert als produciert wird, so dass das Capital dort wahrscheinlich die Aufgabe hat, den Arbeitern das ständige Deficit ihres Arbeitsertrags zu decken. Dann taucht der Arbeitslohn in der Zeit [!] auf, wo der Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält, ihm folgt der Profit, auf dem Productionsgipfel erscheint die Grundrente, und nachdem alle diese Kategorien entwickelt sind, macht sich endlich [!] auch das Geld bemerkbar. Nein, diesmal kann der Gott der Rabulistik selbst dem Entdecker der *Davidischen Rententheorie* nicht heraushelfen.

Bodenertragsgesetz und Grundrententheorie sind zwei ganz verschiedene Dinge. Dessenungeachtet besteht ein enger Zusammenhang zwischen beiden. Das erstere bildet die natürliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Erscheinung der landwirtschaftlichen Rente. Die Grundrententheorie setzt voraus, dass im Gesellschaftsganzen Böden verschiedener Bonität in Anbau genommen sind, und sie operiert mit der Annahme, dass bei wachsender Nachfrage weitere, von Natur — oder nach Lage — schlechtere Böden in Bebauung gezogen werden. Das Bodenertragsgesetz beantwortet die Vorfrage: warum das so ist. Es erklärt, warum nicht der derzeitige ganze und der weiter wachsende Bedarf an landwirtschaftlichen Producten auf den von Natur besten respective günstigsten gelegenen Böden gedeckt wird. Dies kann darum nicht geschehen, sagt es, weil man nicht eine beliebige Masse von Arbeit — oder Capital — auf den Boden anwenden kann, ohne die Productivität so herabzudrücken, dass es vorteilhafter wird, neuen, schlechteren, entfernteren Boden in Angriff zu nehmen. Diesen Zusammenhang eingehender zu entwickeln, fiel ausserhalb des Rahmens der *Betriebsfrage*; er gehörte, wie die Rententheorie und die Wertbildungslehre überhaupt, in die Erörterung der *Eigentumsfrage* hinein. Ich habe das in einer Note auf Seite 620 bemerkt und hinzugefügt, dass in der *Eigentumsfrage* auch der Marx'sche Versuch, die Rententheorie unter Verwerfung jener Malthus-Ricardoschen Grundlage zu begründen, ihre kritische Prüfung finden werde. Kautsky hat diese Note gelesen. Er erwähnt sie. Und trotz dieses Wegweisers läuft er so kläglich in die Irre.

Das konnte nur einem Manne passieren, dem die Elemente dieser ganzen Materie nicht klar sind. Dem steht dann die Pose des überlegenen Meisters der Schule, der mir die Note *Ungenügend* für das Fach der ökonomischen Theorie ausstellt, besonders schön an. Und die vornehme Sprache, die er dabei führt! Man höre nur folgende Censur und Vermahnung, die er mir erteilt:

»Die Seele der Landwirtschaft bildet der Mist, betont David. Je weiter unser Seelenriecher darüber hinausschweift, desto mystischer werden die Vor-



stellungen seiner Seele. Möge er das Gebiet, in dem er zu Hause, im zweiten Bande nicht allzu sehr aus dem Auge verlieren.«

Wie schön doch Inhalt und Form dieser Kritik zu einander passen!

### 17. Genossenschaftliche Landwirtschaft.

Mit heiligem Zorn constatiert Kautsky, dass ich die Forderung productivgenossenschaftlicher Landwirtschaft, die von den tiefsten Denkern des Socialismus aufgestellt worden sei, verwerfe, und besonders erbost ist er darüber, dass in meinem *Wälzer* von 700 Seiten nur fünf, »sage ganze fünf Seiten dem Nachweis gewidmet sind, dass die genossenschaftliche Landwirtschaft nichts taugt«.

Das stimmt noch nicht einmal. Die betreffenden fünf Seiten beschäftigen sich gar nicht mit der landwirtschaftlichen Productivgenossenschaft. Der Paragraph, in dem sie sich befinden, § 58, ist überschrieben *Die strittige Zone zwischen landwirtschaftlichen und consumvereinnlichen Verarbeitungsgenossenschaften*. Ein aufmerksamerer Leser, als mein Kritiker einer ist, hätte daraus schon entnehmen können, dass es gar nicht meine Absicht war, mich hier über die landwirtschaftliche Productivgenossenschaft zu verbreiten. Ich erörtere vielmehr die Frage, ob die Consumvereine gut daran tun, durch Gründung von landwirtschaftlichen *Productivabteilungen* in das Gebiet der organischen Production selbst überzugreifen. Zu diesem Zwecke lasse ich die Erfahrungen, die man in England mit den *cooperativen Farmbetrieben auf consumvereinnlicher Grundlage* gemacht hat, Revue passieren. Nicht ich also, sondern Kautsky leidet an *Begriffsverwirrung*, wenn er in meinen Bemerkungen über die consumvereinnlichen Farmbetriebe eine Erörterung des productivgenossenschaftlichen Problems sieht.

Was aber die Begründung meines negativen Urteils über die landwirtschaftliche Eigenproduction der Consumvereine betrifft, so halte ich sie für vollkommen ausreichend. Ich habe nicht nur — wie Kautsky behauptet — die Arbeiten von James Long und Henry Lloyd citiert, sondern auch das gewichtige Urteil des Secretairs der englischen Grosseinkaufsgesellschaft J. C. Gray; auch habe ich die auf dem Cardiffer Congress gefasste Resolution abgedruckt als einwandfreies Beweistück dafür, dass ganz allgemein die Meinung der englischen Consumgenossenschafter jetzt dahin geht, den zu erwerbenden Boden nicht mehr in eigener Regie zu bebauen, sondern Kleinlandwirte darauf zu etablieren, die auf eigene Rechnung wirtschaften und nur hinsichtlich des Rohstoffbezugs und der Productverwertung genossenschaftlich organisiert respective mit dem Consumverein verbunden sind. Eine in gleichem Sinne lautende Resolution wurde auf dem jüngsten Congress der englischen Consumvereine in Doncaster gefasst.<sup>21)</sup>

Ein lehrreicher Aufsatz über diese Frage ist kürzlich von dem Vorsitzenden des *Internationalen Genossenschaftsbundes*, Henry W. Wolff-London, erschienen.<sup>22)</sup> Auch Wolff vertritt die Forderung, dass die Consumvereine den Boden von Grossbesitzern erwerben und kleine Selbstwirtschafter darauf ansiedeln und organisieren sollen. Er sagt: »Sicherlich wird dem Folge geleistet werden. Und damit rücken wir der Demokratisierung der Landwirtschaft, als Landwirtschaft kleiner Leute, der sichersten, ertragfähigsten, nutzbringendsten, der Speculation und dem Agrariertum am

<sup>21)</sup> Vergl. die Rundschau *Genossenschaftsbewegung* in den *Socialistischen Monatsheften*, 1903, II. Bd., pag. 628—629.

<sup>22)</sup> Vergl. Henry W. Wolff: *Die Genossenschaft und die Landwirtschaft* im *Genossenschaftspionier* vom 11. und 25. Juli 1903.

fernsten stehenden Art der Landwirtschaft einen guten Schritt näher.«

Die einzige grosse Bewegung genossenschaftlicher Art, die wir auf landwirtschaftlichem Gebiet sehen, ist die producentengenossenschaftliche Organisationsbewegung, die den selbstwirtschaftenden Bauer mit seinesgleichen zusammenfasst und ihm, ohne seinen Individualbetrieb aufzuheben, die Vorteile und Fortschritte rationeller Betriebsführung vermittelt.<sup>23)</sup> In dieser Bewegung pulsiert der landwirtschaftliche Fortschritt, in ihr vollzieht sich die Umwälzung des alten isolierten in den modernen organisierten Landwirtschaftsbetrieb. Hier haben darum auch unsere Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung der landwirtschaftlichen Dinge anzuknüpfen, wenn sie mehr sein wollen, als utopistische Träumereien.

Die landwirtschaftlichen Producentengenossenschaften sind noch lange keine socialistischen Gebilde, und ihre Mitglieder sind weit davon entfernt, Socialisten sein zu wollen. Das darf uns aber nicht hindern, die Bedeutung dieser Bewegung für die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Production zu erkennen und sie in unserem Sinne zu fördern. Die bäuerlichen Producentengenossenschaften haben nicht nur einen objectiven Wert als Vermittlerinnen rationellerer Production und Distribution. Sie sind auch Pflanzschulen genossenschaftlichen Geistes. Sie haben eine erzieherische Aufgabe an der bäuerlichen Bevölkerungsmasse zu leisten, deren Erfüllung die notwendige Voraussetzung jeder weiteren Socialisierung ist.

Wenn ich die Forderung erhebe, wo auch immer Gelegenheit sich bietet, kleine Selbstwirtschaftler zu etablieren und sie producentengenossenschaftlich zu organisieren, so tue ich das nicht, weil ich die collective Bewirtschaftung durch Productivgenossenschaften als Zukunftsideal verwerfe; ich tue es vielmehr in der Ueberzeugung, dass der Durchgang durch die Producentengenossenschaft der einzig gegebene Weg zur zukünftigen Productivgenossenschaft ist. Wer sich einbildet, der Masse der Landarbeiter und Bauern die Lust und die Fähigkeit zu productivgenossenschaftlicher Productionsweise durch das Vorpredigen und Ausmalen des collectivistischen Wirtschaftsdeals beibringen zu können, mag sich einen kürzeren Weg ausdenken. Ich glaube nicht an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Umgestaltung von oben herunter, sondern nur von unten auf.

In Consequenz dieser Auffassung erkläre ich, die Idee der Landarbeiterproductivgenossenschaft als Punkt eines agrarpolitischen Gegenwartsprogramms verwerfen zu müssen. Ich verstehe unter *Gegenwartsprogramm* ein Programm für die gegenwärtige Gesellschaft und nicht ein *in der Gegenwart für den Moment der Eroberung der politischen Macht aufgestelltes Programm*, wie der erfindungsreiche Kautsky mir schlankweg unterstellt. Warum er das tut, war mir im ersten Moment unklar. Dann fiel mir ein, dass er selbst sich gegen die Aufnahme der Forderung auf Gründung von landwirtschaftlichen Productivgenossenschaften in unser agrarpolitisches Gegenwartsprogramm ausgesprochen hat. Die rabulistische Unterstellung war also notwendig, um der eigenen Deckung willen. Hilft ihm nichts. Darf Kautsky die Productivgenossenschaft als Gegenwartsforderung ablehnen, so darf ich es auch. In seiner *Agrarfrage* erklärt er:

»Selbst in der Stadt sind Productivgenossenschaften Gründungen, die nur selten Erfolg haben; für Productivgenossenschaften in grossem Stile in

<sup>23)</sup> Die Zahl der landwirtschaftlichen Producentengenossenschaften Deutschlands stieg von 16 097 am 1. Juli 1902 auf 17 162 am 1. Juli 1903; darunter waren 11 750 Creditgenossenschaften, 1601 Bezuggenossenschaften, 2542 Molkereigenossenschaften und 1269 sonstige Genossenschaften.

den Händen von Bauern fehlen so ziemlich alle Elemente des Erfolgs, die nötigen geistigen Kräfte, die nötige Disciplin, die nötigen Geldmittel. Wir glauben nicht, dass auch nur eine Dorfgemeinde bereit und in der Lage wäre, sofort zur Bewirtschaftung eines modernen Grossbetriebs überzugehen.«<sup>24)</sup>

Na also! Da bleibt doch wohl nichts übrig, als die Herausbildung der nötigen *Elemente des Erfolges* von der Zukunft zu erwarten. Dabei aber brauchen und dürfen wir meiner Meinung nach nicht die müssigen Zuschauer bilden, bis die bäuerliche Menschheit so weit ist. Wir haben vielmehr durch Förderung der producentengenossenschaftlichen Organisationsbewegung die Herausbildung der materiellen und ideellen Kräfte zu beschleunigen. Hoffen wir das Beste von der Zukunft; für die Gegenwart aber bleibe ich dabei:

»Die Schaffung von neuen Kleinbetrieben und deren producentengenossenschaftliche Organisation steht dem Zukunftsideal der landwirtschaftlichen Productivgenossenschaft durchaus nicht entgegen; die Producentengenossenschaft ist vielmehr als Compromissform zwischen dem individualistischen und associativen Wirtschaftsprincip am ehesten geeignet, das productivgenossenschaftliche Ideal vorzubereiten. Der Weg über die Producentengenossenschaft ist kein Umweg, sondern als der praktisch allein gangbare auch der kürzeste Weg.«<sup>25)</sup>

### 18. Die Gewinnung der kleinbäuerlichen Bevölkerungsmasse.

Schliesslich hätte ich noch meine Anschauung, dass zur Eroberung der politischen Macht die Gewinnung der kleinbäuerlichen Bevölkerungsschicht gehört, Kautsky gegenüber zu verteidigen. Da will ich mich sehr kurz fassen; das Ausführlichere möge dem Nachdenken der Parteigenossen überlassen bleiben.

Die politische Macht ist die militairische Macht! Alles andere ist Schein.

Wir brauchen die kleinbäuerliche Masse und dürfen sie nicht als Schutzgarde der Reaction in unserem Rücken lassen. Und die kleinbäuerliche Bevölkerungsmasse braucht uns, will sie selbst zur vollen politischen, wirtschaftlichen und socialen Emancipation gelangen. Darum muss und wird der Zusammenschluss des industriellen Proletariats mit der Landbauernmasse kommen.

Kautsky ist der Meinung, der relative Rückgang des landwirtschaftlichen Bevölkerungsteils mit der weiteren Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat enthebe uns der Notwendigkeit, uns um die Kleinbauernschaft besonders zu bemühen. Er lehnt darum nach wie vor einen positiven *Bauernschutz* ab. Ich hoffe, dass die Zeit nicht fern ist, wo die Mehrheit der Partei das Verfehlt und Gefährliche dieses Standpuncts erkannt haben wird.

## Zuckerproduction und Zuckerprämien.

Von

Conrad Schmidt.

(Berlin.)

Vor kurzem ist bei Dietz in Stuttgart ein Buch erschienen, das in sehr eigentlicher Weise historisches und actuelles Interesse verbindet: Max Schippels *Zucker-*

<sup>24)</sup> Vergl. Karl Kautsky: *Die Agrarfrage*, pag. 338.

<sup>25)</sup> Vergl. mein Buch *Socialismus und Landwirtschaft*, pag. 700.

*production und Zuckerprämien bis zur Brüsseler Convention 1902.* Es klärt vorzüglich über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die zu der am 1. September dieses Jahres in Kraft getretenen Brüsseler Convention geführt haben, auf und knüpft dieses Neueste, das vor allem den Parlamentarier interessieren wird, an eine in grossem, sicherem Stil entworfene Darstellung der Hauptepochen in der Geschichte der Zuckerproduction und des Zuckerhandels. Aus Studien, die zunächst im engsten Zusammenhange mit der parlamentarischen Tätigkeit standen, die dann aber im Laufe der Jahre weiter hinausführten auf angrenzende und selbst auf anscheinend entlegene Gebiete der Wirtschaftsgeschichte, der Colonial- und Handelspolitik sind die hier vereinigten Aufsätze hervorgegangen. Die Ueberfülle des zu bewältigenden Stoffes — für die Schilderung der neueren Phasen ist massenhaftes Quellenmaterial, Blaubücher, Enquêtes, diplomatische Noten, herangezogen worden — hat trotz alledem zu keiner Zersplitterung geführt. Mit plastischer Klarheit treten, von wenigen Parteen, in denen nach der Empfindung des Nichtparlamentariers zu weit in das Detail hineingegangen ist, die grossen Linien der Entwicklung hervor.

Die das Werk beherrschende, ihm Einheit gebende Idee ist durch das Motto aus einer Schrift des alten Heeren angedeutet: «Wird einst der Geschichtsschreiber aufstehen, der es philosophisch zu entwickeln versteht, welchen Einfluss die Verbreitung einzelner Gewächse auf die Schicksale der Völker und Staaten gehabt hat — welchen Raum wird in seinem Werke die Geschichte des Zuckers einnehmen?» Die Beziehung zu dem Schicksal der Völker und Staaten, die Rolle, die diesem besonderen Productionszweig in der Herausgestaltung der ökonomisch-politischen Gesellschaftsstructur unseres Geschlechts auf der Erde zugefallen ist, ergibt den allgemeinen Gesichtspunct, unter dem Schippel seinen Stoff behandelt. Sein Buch will als ein Beitrag aufgefasst sein zu jener in dem Motto aufgeworfenen Frage. Das Verständnis der Oekonomie verlangt vielfältige Betrachtungsweisen. So unmöglich es ist, ohne *Theorie*, das heisst ohne methodische, vom Allgemeineren zum Concreteren herabsteigende Zergliederung der Productionsweise, wobei von der Besonderheit der einzelnen Productionszweige notwendig abstrahiert wird, zu einer Einsicht in das Wesen und die Entstehung moderner Wirtschaft zu gelangen, so abstract und darum unzulänglich bleibt diese Erkenntnis, wenn sie sich nicht durch mannigfachste, bald dies, bald jenes einzelne Wirtschaftsmoment in den Vordergrund rückende Untersuchungen ergänzt. Dass dabei der Specialgeschichte einzelner grosser Productionszweige innerhalb der allgemeinen Productionsentwicklung eine ganz hervorragende Bedeutung zufällt, ist ja selbstverständlich. Erst so lässt sich dann auch — und hierauf legt Schippels Schrift besonderen Nachdruck — der Zusammenhang zwischen Production und Politik, dessen innere Notwendigkeit bereits die Theorie analysierend bis zu einem gewissen Grade klar zu machen vermag, in vielen, sonst übersehenen Einzelheiten nachweisen. Notgedrungen muss eine auch nur andeutende Charakteristik des reichen und interessanten Inhalts die sonst den Referaten in den *Socialistischen Monatsheften* gezogenen Grenzen überschreiten.

Indien, das auch gegenwärtig, obgleich die häuerlich primitive Art der Erzeugung es dort zu keinem Export kommen lässt, die grösste Zuckerproduction unter allen Ländern haben soll, ist die Urheimat des Zuckerrohres. Noch heute wird es dort vielfach, wie in grauer Urzeit, in rohem Zustande consumirt. Man saugt den süssen Saft aus dem Rohre. Erst nach dem Untergang des römischen

Weltreiches bilden die Perser, die vermutlich das Rohr aus Indien überkommen haben, die Anfänge des Raffinadeverfahrens, eine der Vorbedingungen für die Entwicklung des Zuckers zu einem weithin transportablen Handelsartikel, und den feldmässigen Anbau aus. Eine ausserordentliche Verbreitung und Verfeinerung gewinnt die Production in der Herrschaftsperiode der Araber. Ueberallhin, nach Aegypten, nach dem nördlichen Africa, nach Spanien, Sicilien und Kleinasien dehnen unter arabischem Einfluss die Rohrplantagen sich aus. Aus dem Arzneistoff, als der der Zucker im römischen Imperium galt, wird er ein vielbegehrter, wenn auch noch teurer Luxusartikel der Grossen und Reichen, dessen Lob auch die Dichter begeistert singen. Die Kreuzzüge, die in so vieler Hinsicht geistig, politisch, ökonomisch unwärend wirken, leiten eine neue, von europäischem Geld gespeiste, für den süd- und mitteleuropäischen Handel und Consum arbeitende Zuckerproduction ein, auf Cypern, Creta, Rhodus, in Griechenland und Kleinasien, bis dann das Vordringen der Türken die alten Productionsstätten lahmlegt und alle bekannten Zufluss- und Abflusswege, die bisher, ins Mittelmeer mündend und vom Mittelmeer ausgehend, durch Jahrhunderte hindurch Morgenland und Abendland, tropische und gemässigte Erdstriche, die beiden Gegenpole des ganzen früheren Welthandels verbunden hatten, zuschüttet. Es beginnt das Zeitalter der grossen Entdeckungen, und mit ihm jener einzigartige *universale weltwirtschaftliche Auflösungs- und Neubildungsprocess*, in dem die entscheidende Führerrolle an Portugal, Spanien, dann an die Niederlande und an England fällt. Das Schiff des Columbus bringt die ersten Haustiere und Pflanzen, so auch das erste Zuckerrohr von dem europäischen Continent zur neuen Welt hinüber. Die rapide Entfaltung des Zuckerrohrbaues auf der westindischen Inselwelt, auf den kleinen Antillen, Haiti, Portorico, Cuba, Jamaica, Trinidad und im südlichen America hat zu ihrer Basis die Negersclaverei. Die Zuckerplantagen, weit mehr als die Tabakplantagen und der Edelmetallbergbau, werden die grossen Abnehmer der schwarzen Menschenware. Ihre Nachfrage entfesselt die scheusslichen, Ostafrika verwildernden und entvölkernden Selavenjagden. Die infamste, die menschenmörderischste aller Arbeitsverfassungen, welche die Welt gekannt hat, die zu capitalistischen Zwecken organisierte Selavenarbeit, unendlich drückender, als die einfache Haussclaverei, erwacht da drüben zu neuem Leben, und erst das XIX. Jahrhundert räumt mit der Schande auf. Wie die infamste, ist diese Arbeitsverfassung auch die schwerfälligste, stagnierendste. Sie schafft keine Entwicklungsmöglichkeiten aus sich heraus, so wenig für die Arbeiter, wie für die Herren. Der erzwungene Stumpfsinn der Selaven findet seine Ergänzung in einem geldprotzenden, verschwenderischen und trägen Pflanzertum, das an der überkommenen technischen Routine festhält, bar aller industriellen Initiative. Hand in Hand mit der Ausdehnung dieser neuen Zuckerproduction weitet sich der europäische Zuckerhandel und Zuckercosum, zumal seitdem sich seit der Mitte des XVII. Jahrhunderts Kaffee, Tee und Chocolate in wachsendem Masse als Genussmittel einbürgern. Die Raffinierung löst sich von der überseeischen Rohzuckergewinnung los und wird ein einflussreiches städtisches Sondergewerbe drüben in Europa. Dem Fiscus bietet dort der Zucker ein willkommenes neues Steuerobject, für welches sich dann vielfach, und zwar schon lange, bevor die europäische Rübenzuckerproduction entsteht, ein System verhüllter, die einheimischen exportierenden Raffinerieen begünstigender Prämien herausbildet. Um die Ausfuhr im Inland erzeugter Raffinade auf den Weltmarkt zu ermöglichen, ist die Rückzahlung des Zollbetrages, der von den

Raffinerien für den importierten, zu verarbeitenden Rohzucker entrichtet war, notwendig, aber die wirklich gewährten Exportvergütungen erstatten in der Regel — so auch in England bis gegen 1838 — mehr, als den wirklich gezahlten Zollbetrag, zurück.

Sodann wendet sich Schippel zur Schilderung der Anfänge der europäischen Rübenzuckerindustrie, die in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts mächtig anschwellend den Rohzucker von Position zu Position zurückwirft. Marggraf, ein Berliner Chemiker, war der erste, der im XVIII. Jahrhundert die Möglichkeit einer Zuckergewinnung aus Rüben nachwies. Sein Schüler und Nachfolger Achard ging zu praktischen Experimenten über. Im Jahre 1799 erscheint seine epochemachende Schrift *Die vorteilhafte Anwendung der Runkelrübe zur Zuckerproduction*, in der er die Resultate seiner vieljährigen technischen Versuche zusammenfasst. Die Unterstützung, die er für seine Bestrebungen von der langsam bürokratischen, zudem durch Kriegsnoth bedrängten preussischen Regierung erhielt, war unzureichend. Er starb einsam und verarmt. Aber in Frankreich, unter dem Napoléonischen Regiment, wurden seine Arbeiten um so stürmischer begrüßt und ausgebeutet. In dem Kampfe gegen England, das Napoléon durch die Continentsperre mürbe zu machen hoffte, schien die Schaffung einer heimischen, den Zucker der englischen Colonien ersetzenden Industrie eine Erfolg verheissende Waffe. Treibhausmässig wurde die neue Cultur gezüchtet, und wenn auch der Sturz Napoléons und die Aufhebung der Sperre einen massenhaften Bankerott der jungen Fabriken zur Folge hatten, blieb doch ein Grundstock, an den die weitere Entwicklung anknüpfen konnte, übrig. Für die französische Steuerpolitik wurden die Interessen dieser inländischen Zuckerindustrie, die zuerst mit denen der colonialen französischen Rohzuckereinfuhr mancherlei Kämpfe zu bestehen hatte, bald massgebend. Fördernd wirkte hierbei auch die Aufhebung der Sklaverei, 1833 in Westindien, 1848 in den französischen Colonien, wodurch die Existenzbedingungen der überseeischen Production schwer erschüttert wurden, mit.

Später, aber dann in einem vielleicht noch schnelleren Tempo, verbreitete sich die Rübenzuckererzeugung in Deutschland. Im Zollverein wurde eine Materialsteuer von den verarbeiteten Rüben erhoben, deren Satz aber, um der einheimischen Production einen Vorsprung zu verschaffen, beträchtlich hinter dem Grenzzoll für Colonialzucker zurückblieb. Um die Mitte der sechziger Jahre erreicht die deutsche Rübenzuckerindustrie zum erstenmal eine Höhe, dass sie den ganzen inländischen Zuckerbedarf zu decken vermag. Wie früher die exportierenden Raffinerien in der Rückvergütung des bei der Einfuhr gezahlten Rohzuckerzollens, so beziehen nunmehr die exportierenden deutschen Rübenzuckerfabriken in der Rückvergütung der bei der Fabrikation gezahlten Rübenmaterialsteuer eine verhältnissmässige Prämie. Bei der Normierung der Materialsteuer, wie der Rückvergütung — die, da das Product mit dem durch keine Steuer belasteten Rohzucker auf dem Weltmarkt concurriren sollte, geboten erschien, — war ein fester Satz, dass zur Erzeugung eines Centners Zucker so und so viel Centner Rüben verbraucht würden, zu Grunde gelegt. Aber die fortschreitende, den Zuckergehalt der Rüben, sowie die Rübenausnutzung erhöhende Technik, machten jeden solchen Satz, man mochte ihn in der Folgezeit immerhin steigern, stets wieder illusorisch. Die Fabriken erzielten so in dieser Industrie durch die Verbesserung des technischen Verfahrens einen doppelten und dreifachen Vorteil. Nicht nur

arbeiteten sie nunmehr mit geringeren Produktionskosten, sie genossen für das Plus an Zucker, das sie aus einer gegebenen Rübenmenge über die in der Steuer vorgesehene Norm hinaus zogen, im Inland Steuerfreiheit und beim Export unter dem Titel der Steuerrückvergütung staatliche Subvention. Production und Export wurden durch diese Extravorteile künstlich stimuliert.

Von der Mitte der siebziger Jahre, mitgefördert durch die Agrarkrise, nimmt die neue Industrie wie ihre Productausfuhr in Deutschland kolossale Dimensionen an, und dementsprechend werden die Beträge aus der Rübenbesteuerung durch die Exportbonificationen mehr und mehr aufgezehrt. Oesterreich-Ungarn war unmittelbar dem Beispiel des deutschen Prämiensteuersystems gefolgt. Dass die Produktionsvermehrung nicht eher, als in der Mitte der achtziger Jahre zu einem allgemeinen Preissturz des Zuckers und einer schweren Zuckerkrise auf dem Weltmarkt führte, war nur der sprunghaft raschen Ausweitung des Consums, vornehmlich in England und in den Vereinigten Staaten, den beiden Ländern, die keine eigene namhafte Rübenzuckerindustrie besaßen, geschuldet. Frankreich, das älteste Rübenzuckerland, in welches das subventionierte deutsche Product massenhaft einzudringen begann, ging unter dem hochschutzzöllnerischen Mélineschen Ministerium dann gleichfalls zu einer dem deutschen Muster nachgebildeten Prämienzahlung über.

Die Verallgemeinerung des Systems macht den Nutzen desselben für die Industrie jedes einzelnen Landes immer illusorischer; die Schädigung der einheimischen Consumenten und vor allem des Fiscus durch die Prämienzahlungen ruft schliesslich mächtige gegnerische Interessen in die Schranken. Der deutsche Reichstag votiert unter Caprivi einem Gesetzentwurf, demzufolge die Materialdurch eine Fabrikatsteuer ersetzt werden und von Herbst 1895 ab jede Prämienzahlung beim Export fortfallen soll. Aber eben in der Zeit, in der das Gesetz in Kraft treten sollte, kam ein neuer Preissturz und eine völlige Déroute auf dem internationalen Zuckermarkte. Unter dem Druck dieser Krise wurde ein Notgesetz und sogar noch eine Prämienhöhung vom Reichstag beschlossen, eine Erhöhung, die dann sofort von allen concurrenrenden Rübenzuckerstaaten nachgemacht und so in ihrer Wirkung vernichtet wurde.

Sehr eingehend ist die Darstellung der Gegenströmungen in den Einfuhrländern, deren Abwehrmassregeln und Drohungen dem sinnlosen Treiben dann endlich Einhalt geboten haben. Der Verfall Britisch-Westindiens, die Bedrängnis der uralten ostindischen Zuckerproduction durch das prämierte europäische Product, die Wandlung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und Britannien, dessen neue Politik jahrzehntelang ausschliesslich durch das Consumenteninteresse beherrscht war, werden anschaulich geschildert. 1897 führen die Vereinigten Staaten, 1899 führt Indien unter treibender Mitwirkung Chamberlains Zuschlagzölle für den Import prämierten Rübenzuckers ein; und Chamberlain droht, dass England zum Schutze seiner Rohrzuckercolonien zu ähnlichen Abwehrmassregeln übergehen werde. Dass es, nachdem frühere internationale Vereinbarungsversuche in Paris und London gescheitert waren, dann auf der Brüsseler Conferenz gelang, die Aufhebung der Zuckerprämien in allen beteiligten Staaten bindend zu beschliessen und so den Gebrauch einer der vergiftetsten und gefährlichsten Waffen des Concurrenzkampfes unter den Völkern in weitem Umfange zu beseitigen, war wesentlich dieser durch die Einfuhrländer ausgeübten Pression zu danken.

Die Position der europäischen Rübenzuckerindustrie in ihrem Machtverhältnis zur alten colonialen Rohrzuckerproduction glaubt Schippel durch die Abschaffung der Subvention nicht gefährdet. Die Wurzel ihrer Kraft ist die innige Verbindung mit der experimentierenden Wissenschaft, die frei-mobile, die Ausnutzung aller Productivitätsmöglichkeiten gestattende Arbeitsverfassung. »Nicht die treibende Kraft der Sonne, nicht der urwüchsige Reichtum des Bodens, noch weniger die Bedürfnislosigkeit und der geduldige Stumpsinn blind schaffender Halbsclaven sei es, der den Sieg in dem wirtschaftlichen Ringen der Völker verleihe, sondern die Reife und Vielseitigkeit der geistigen Cultur, die Fülle und Beweglichkeit des Capitals und vor allem der sociale Hochstand und die freie Mannhaftigkeit der arbeitenden Bevölkerung.«

Nach der meines Erachtens ungerecht abschätzigen Beurteilung, die Schippels sehr reichhaltiges und fleissiges *Reichstagshandbuch* wegen einzelner Missgriffe in der Parteipresse erfahren hat, ist die Anerkennung, die in unserer Presse dem neuen Buche, wenn wir nicht irren, einstimmig ausgesprochen wurde, doppelt erfreulich. Es ist ein Buch, reich an Tatsachen, wie an Perspectives.

---

## Die Grundlagen der Centrumspolitik.

Von  
August Erdmann.

(Cöln.)

In Preussen haben wir fast seit Beginn des parlamentarischen Lebens, seit Anfang der fünfziger Jahre, auch eine politische Organisation der katholischen Bevölkerung. Im November des Jahres 1852 traten in der preussischen zweiten Kammer 63 katholische Abgeordnete zu der *Katholischen Fraction* zusammen, im Jahre 1858 nahm diese den Namen *Fraction des Centrums* an, dem der frühere Name in Klammer beigefügt wurde. Mitte der sechziger Jahre verschwand die *Fraction des Centrums* aus dem preussischen Abgeordnetenlaube, um hier unter demselben Namen, aber ohne die confessionelle Nebenbezeichnung, Ende 1870 wieder zu erstehen, und kurz darauf, Anfang 1871, bildete sich auch im deutschen Reichstag eine *Fraction des Centrums*.

So mancherlei Wandlungen das Centrum in seiner halbhunderjtährigen Geschichte auch durchgemacht, so viele Forderungen es auch aufgestellt und wieder preisgegeben hat, in einem ist es sich treu geblieben: in dem Verlangen nach *Parität*. Das hat seine Gründe. Preussen ist ein protestantischer Staat. Nach der Erwerbung katholischer Landesteile entstand naturgemäss ein Gegensatz zwischen der Bevölkerung, besser gesagt: zwischen der herrschenden Classe Preussens und der in den katholischen Gebieten. Länder werden unter dem capitalistischen System nicht erobert oder annectiert aus Gründen der Menschenliebe, und vor allen Dingen hat Preussen nie verstanden oder Wert darauf gelegt, *moralische Eroberungen* zu machen. Es war immer der echte Junker- und Militairstaat, dessen herrschende Sippe sich dem Mächtigen gegenüber ebenso feig und kriecheisch, wie dem Schwachen und Unterlegenen gegenüber anmassend und brutal gezeigt hat. So auch in den katholischen Landesteilen, die ungeachtet ihrer Eigenart, ihrer historischen Vergangenheit und — wie das Rheinland — gegenüber dem Stockpreussentum fortgeschrittenen Entwicklung möglichst schnell borussificiert werden mussten. Dazu gehörte vor allen Dingen — wozu hätte man die Provinzen auch erworben! — dass die preussische Junkerei und Bureaukratie in die leitenden Stellen



hineinbugsiert und die eingeborenen Elemente möglichst beiseite geschoben, unterdrückt und chicaniert wurden.

August Reichensperger, der bekannte Centrumsführer, erzählte, wie bei seinem Biographen Pastor zu lesen ist, aus seiner Jugendzeit, dass an einem Neujahrsabend jemand mit der Nachricht in das eiterliche Haus gestürmt kam: »Wisst ihr was Neues? Wir sind preussisch geworden!« Da gab's laute Schreckensrufe. Nun kamen die *Hungerleider*, wie man die Preussen nannte, die die Rheinländer bilden wollten. In einem 1815 erschienenen Buche von Wegeler über die Geschichte der Stadt Coblenz wird erwähnt, dass man damals im Rheinland Preussen als ein *gemässigtcs Russland* ansah und beurteilte. Es war erklärlich, dass unter diesen Umständen das preussische Regiment in den katholischen Landesteilen übel empfunden wurde. »Conflicte zwischen den Eingeborenen und den Preussen, die alle guten Stellen mit Beschlag belegten und mit grosser Anmassung auftraten, waren an der Tagesordnung. Die Religion hatte an dieser Spannung zunächst keinen Anteil. Das kalte, starre Preussentum stiess die Rheinländer ab, besonders da letztere sich allenthalben zurückgesetzt fühlten.« So berichtet Pastor in seiner Reichensperger-Biographie über die ersten Jahrzehnte nach der Erwerbung der Rheinprovinz durch Preussen.

Anfang der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erschien in Paris eine Schrift, betitelt *De la Prusse*, die einen französischen Schriftsteller als Verfasser bezeichnete, die sich aber gründete auf Material, das die Brüder Reichensperger zu einer eingehenden Darstellung der politischen und kirchlichen Verhältnisse Preussens gesammelt hatten; vorzugsweise wurden hierbei die Beschwerden der Katholiken wegen Zurücksetzung auf fast allen Gebieten des Staates wie der Gemeinde in Rheinland und Westfalen berücksichtigt. Die Klage über mangelnde *Parität* bildet von da ab eine ständige Erscheinung im politischen Leben der katholischen Bevölkerung; bald offen ausgedrückt, als das, was sie war; das Verlangen einer gleichmässigen Zulassung der Katholiken zu den öffentlichen Aemtern, bald unter dieser oder jener Verhüllung. Die Forderung der *Parität* stand von jeher im Mittelpunkt der klerikalen Bestrebungen in Deutschland. So erklärt es sich auch, weshalb das Beamtentum und der Adel im Centrum eine so bedeutende Rolle gespielt haben und noch spielen; waren sie es doch, die vor allen Dingen unter der Zurücksetzung gegenüber dem sich eindringenden Preussentum zu leiden hatten.

\* \* \*

Die französische Revolution hatte mit der weltlichen Machtstellung der römischen Kirche auch in Deutschland aufgeräumt. Der Einfluss der Kirche war dadurch bedeutend geringer geworden, aber er war nicht vollständig geschwunden. Zwar strebten nicht mehr, wie bisher, wo die Kirche mit ihren hohen geistlichen Würden auch weltlichen Besitz verlich, Fürsten- und Kaisersöhne nach den Bischofssitzen, aber für die überschüssigen Söhne des katholischen Adels, soweit sie nicht ins Heer oder in die Bureaukratie eintraten, bildeten die hohen Kirchenämter immer noch einen begehrtesten Unterschlupf. Keine der Familien des weitverzweigten rheinisch-westfälischen Adels, die nicht einen der ihrigen auf einem Bischofsstuhl oder an einflussreicher Stelle in einem Orden hatte. Man begreift daher die Aufregung, die ein Ereignis, wie die Gefangennahme des Erzbischofs Clemens August von Köln (November 1837) unter dem rheinisch-westfälischen Adel und weiterhin im katholischen Bürgertum hervorrief. Der Erzbischof gehörte der Sippe der Droste-Vischering an, sein Bruder war Bischof von Münster; mit ihm fühlte sich der ganze katholische Adel im Westen, die hohe Geistlichkeit samt der

katholischen Bourgeoisie getroffen, und man versteht es, dass damals zahlreiche katholische Beamte aus Groll oder aus Furcht ihren Abschied nahmen.

Je mehr sich die Angehörigen der katholischen Bevölkerung aus den Stellen ferngehalten sahen, die Preussen in Militair und Verwaltung zu vergeben hatte, desto mehr sahen sie sich auf die Kirche als Versorgung angewiesen. Das traf namentlich auch zu auf die Sprösslinge des Kleinbürger- und Bauerntums, denen es zudem an Mitteln und Protection fehlte, wodurch manchen anderen ihres Glaubens geholfen wurde. Unter zehn Fällen, wo der Sohn eines katholischen Handwerkers oder Bauern studiert, wird er in neun Fällen die Theologie wählen — ein Entschluss, der ihm zudem durch massenhaft für dieses Studium vorhandene Stiftungen erleichtert wird. So war es wenigstens noch vor nicht langer Zeit die Regel; in der neuesten Zeit hat sich darin zu gunsten anderer Berufe ein Wandel vollzogen, aber noch vor kurzem konnte die *Cölnische Volkszeitung* auf Grund einer Statistik des Gymnasiums in Paderborn feststellen: »Wenn der Sohn eines akademisch Gebildeten den Priesterberuf ergreift, so ist das eine Ausnahme; den Grundstock bildet der Mittelstand: Landwirtschaft und Handwerk.« Dazu rechne man die zahlreichen Orden, die den Söhnen und Töchtern der katholischen Bevölkerung eine Versorgung bieten, und man begreift das Interesse, das diese Kreise in rein materieller Hinsicht an der katholischen Kirche haben. Majunke gibt in seiner *Geschichte des Culturkampfes* eine Berechnung des ultramontanen *Westfälischen Mercur*s wieder, was die eine Stadt Münster infolge der kirchenpolitischen Massnahmen der siebziger Jahre für einen Schaden hatte. Das genannte Blatt rechnet aus, dass Münster infolge des Wegganges des Bischofs und seiner Behörden, der Schliessung des Priesterseminars, des Convicts und des Knabenseminars, des Fernbleibens katholischer Studenten einen finanziellen Ausfall von 1 100 000 Mark erlitt. Wenn die klerikalen Zeitungen jener Tage es für wert hielten, auf solche Dinge hinzuweisen, so beweist das, welche Rolle das materielle Interesse bei der Beurteilung der durch den Culturkampf in der katholischen Bevölkerung hervorgerufenen Stimmung zu spielen hat.

Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die katholische Kirche bei ihrer Neigung zum Prunk, zu kostbaren Aufzügen und Festlichkeiten eine zahlreiche Kundschaft unterhält, dass sie durch ihre verbreitete Vereins- und Presstätigkeit sich zahlreiche Existenzen verpflichtet und dienstbar macht, dass sie zumal in der Zeit der mangelnden Staatsfürsorge und der unentwickelten Selbsthilfe der Arbeiter als Armenpflegerin auf weite Kreise wirken konnte — man erkennt, dass auch nach ihrer Absetzung als weltliche Macht ihr Einfluss in der ihr anhängenden Bevölkerung gross genug war, um jeden Angriff auf ihr Gut, ihre Diener und ihre Freiheit die Bevölkerung als eine Schädigung ihrer eigenen Interessen empfinden zu lassen.

\* \* \*

Das heutige Centrum behauptet, die Vertretung des katholischen Volkes zu sein. Das stimmt nicht ganz. Wir haben in Deutschland nach der letzten Volkszählung eine Bevölkerung von 56½ Millionen Seelen, darunter 20 Millionen, das heisst 36% Katholiken. Bei der letzten Reichstagswahl sind abgegeben worden 9½ Millionen Stimmen; daran müsste das Centrum, wenn wirklich das katholische Volk in dieser Partei seine Vertretung erblickte, gemäss den 36% mit 3,42 Millionen Stimmen beteiligt sein; das Centrum hat aber nur 1,87 Millionen Stimmen, so dass also 1½ Millionen Katholiken bei anderen Parteien ihr Heil gesucht haben.

Das Centrum vertritt nur ganz bestimmte Kreise des katholischen Volkes. Der katholische Adel ist zum Teil conservativ, die katholische Bourgeoisie ist liberal. Diese sogenannten liberalen Katholiken haben zeitig den Anschluss an

die moderne Entwicklung gefunden, weil sie sich ihr als Industrielle und Handelsleute nicht entziehen konnten; sie haben sich infolgedessen, da sie ihren Glauben dem Profit und der Carrière unterordnen, nicht über die Gunst der Regierung zu beklagen; ihre Sprösslinge verschwägern sich mit den Junkern und klimmen in die höchsten Stellen hinein.

Das Centrum vertritt vor allen Dingen die wirtschaftlich und geistig rückständigsten Schichten des Volkes: das Bauerntum, das der Partei seine Hauptstärke verleiht, das Kleinbürgertum und den Teil der Arbeiterschaft, der noch nicht zur Selbständigkeit erwacht und so gutmütig dumm ist, die Vertretung seiner Classeninteressen dem katholischen Junker- und Unternehmertum nebst seinen Handlangern, den Advocaten und Caplänen des Centrum zu überlassen. Allerdings muss das Centrum den Schmerz erleben, diesen Teil seines Gefolges, die Arbeiterschaft, kleiner und kleiner werden zu sehen; auf die Dauer erweisen sich eben die Bemühungen der Klerikalen, die Aufklärung und das Classenbewusstsein von der katholischen Arbeiterbevölkerung fern zu halten, als nutzlos, und weder mit Dreschflegeln, noch mit christlich-socialen Wassersuppen ist der Einbruch des socialdemokratischen Wolfes in die ultramontanen Schafhürden zu bannen; ein Lämmchen nach dem andern wird geholt . . . .

Den genannten Schichten, die im Centrum ihre Vertretung finden, ist die anticapitalistische Tendenz gemeinsam; sie zeigt beim katholischen Kleinbürger und Bauern antisemitische Färbung — der Antisemitismus ist im Centrum verbreiteter, als die ultramontane Presse mit Rücksicht auf die jüdischen Inserate zugeben will — bei der katholischen Arbeiterschaft socialistische Anklänge, heute allerdings weniger erkennbar, als zu Zeiten Kettelers, des Gründers des Klerikalsocialismus. Nun gibt es im Centrum auch capitalistische Interessen. Am Niederrhein ist zum Beispiel die Textilindustrie vorwiegend in katholischen Händen. Dem ultramontanen Unternehmertum zu liebe erfand man den Unterschied zwischen dem christlichen und dem liberalen Capital. Der christliche Unternehmer, das heisst der industrielle Centrumsmann, ist ein untadliger Menschen- und Arbeiterfreund, wenn er dafür auch keinen anderen Ausweis bringen kann, als eine fromme Miene und die Verisicherung des Herrn Pfarrers, seines guten Freundes und gern gesehenen Gastes. So rettete die christliche Sociallehre die Ehre des klerikalen Ausbeutertums, das bekanntlich — siehe die Zustände am Niederrhein, in Oberschlesien u. s. w. — nicht minder brutal, nur etwas heuchlerischer zu Werke geht, als das liberale odere sonstwie geartete Ausbeutertum.

Die Mittelstandspolitik, das heisst die Erhaltung der Gunst des Kleinbürgertums, ist immer eine der Hauptorgen des Centrum gewesen. Bei der Beratung der Städteordnung für die östlichen Provinzen, die im April 1853 im preussischen Abgeordnetenhanse stattfand, befürwortete Peter Reichensperger die Berücksichtigung der gewerblichen Genossenschaften bei der Einteilung der stimmfähigen Bürger. Er nannte bei dieser Gelegenheit das kleine Gewerbe »die zweite Hauptsäule des Staates, die wichtigste nach dem Grundbesitz«; die Krankheit der Zeit, so meinte Reichensperger, habe ihren Hauptsitz gerade in der Classe des kleinen Gewerbes, in der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit u. s. w. »

Anfang der sechziger Jahre begann das Centrum auch seine Bauernpolitik. In einem Briefe an Bischof Ketteler schildert im Februar 1862 der Freiherr von Schorlemer-Alst die traurige Lage der westfälischen Bauern. »Jetzt oder nie«, so meint er, »gilt es nach menschlichem Ermessen, den Bauernstand der ihm bedrohenden und ihn schon fassenden Gefahr zu entreissen. Es könnte dies wohl nur möglich sein, wenn es gelänge, den Bauernstand in eine

auf religiöser Grundlage basierende Corporation zusammenzufassen und damit zugleich den weiteren Zweck zu erreichen, dem Gift und Despotismus der modernen sogenannten *Freiheit* einen neuen gesunden Organismus entgegenzustellen.« Schorlemer begnügte sich, diesen Gedanken anzuregen; er selber mochte nicht, wie er ausdrücklich bekannte, wegen des Misstrauens der Bauern gegen den Junker in den Vordergrund treten. Später hat sich das bekanntlich geändert. Schorlemer selber wurde der *Bauernkönig*, und die katholischen Bauern am Rhein und in Westfalen suchten ihre Ehre darin, sich nur von einem Hochgeborenen nasführen zu lassen.

Damals trieb auch die klerikale Arbeiterpolitik ihre ersten Keime. Der Katholikentag von Frankfurt am Main (1863) und der von Würzburg (1864) beschäftigten sich mit der socialen Frage; Kettelers Wirken begann, und am Rhein und an der Ruhr entstand die christlichsocialen Bewegung.

In der Frankfurter Nationalversammlung hat August Reichensperger einmal verraten, was der Klerikalismus am Arbeiter vor allen Dingen zu schätzen weiss. Es war bei den Verhandlungen über das Wahlrecht. Reichensperger verwarf das gleiche Wahlrecht, wollte aber andererseits auch nicht dem Vorschlage der Commission folgen, die unteren Classen vom Wahlrecht auszuschliessen. Er tat das mit folgender Begründung: »Ich bin der Ansicht, dass die arbeitende Classe, die Tagelöhner und Fabrikarbeiter, insbesondere auch auf politischem Gebiete besondere Berücksichtigung wert sind; denn meiner Ueberzeugung nach ruhen in dieser sogenannten *unteren Classe* zunächst die Hoffnungen für unsere Zukunft. In dieser Classe ist der alte Spruch *Bete und arbeite!* noch eine Wahrheit. Es kommt nun aber alles darauf an, wie für dieselbe gesorgt, wie sie zu ihrem hohen Berufe herangebildet werden soll; zunächst aber kommt alles darauf an, dass man sie nicht in eine falsche Bahn hineinschleudert; die falscheste aber ist die politische Agitation. Wehe dem Volke, welches den Hetzern und Rhetoren in die Hände fällt!« Wie man sieht, betrachtete Reichensperger das spärlich zugemessene Wahlrecht lediglich als ein Beruhigungsmittel für die Arbeiter, um sie nicht abzulenken von ihrem *hohen Beruf*, zu beten und zu arbeiten im Dienste der Reaction. So war es damals, und so ist es heute bei den Klerikalen, in der Politik wie in der Socialpolitik!

\* \* \*

Der kleinbürgerliche Charakter des Centrums kommt auch zum Vorschein in dem Widerstande der katholischen Bevölkerung gegen den Einheitsstaat, die politische Organisation zur Förderung capitalistischer Interessen. Für die deutschen Katholiken hatte diese Entwicklung um so grössere Bedenken, als sie sich unter der Führung des protestantischen Preussens vollzog. Daher die Abneigung der katholischen Bevölkerung gegen den Krieg vom Jahre 1866, die sich zur offenen Parteinahme für Oesterreich und gegen Preussen steigerte: einmal, weil dieser Krieg mit seinen Folgen ein weiterer Schritt war auf der Bahn der politischen Centralisation und capitalistischen Entwicklung, dann aber auch, weil durch die Auflösung des deutschen Bundes, durch die Trennung Preussens von Oesterreich der katholische Volksteil in Deutschland eine bedeutende Schwächung erfuhr. Daher dann weiter die durchaus nicht an patriotische Begeisterung erinnernde Haltung der katholischen Bevölkerung gegenüber dem Verlauf der Dinge nach dem deutsch-französischen Kriege — eine Haltung, die auf der anderen Seite ihre Erwidrerung fand in der damals aufkommenden Neigung, die Ultramontanen als *Reichsfeinde* zu bezeichnen.

In der klerikalen Polemik der sechziger und siebziger Jahre, die ihren geistvollsten und entschiedensten Ausdruck fand in den *Historisch-politischen Blättern*, spielt die Abneigung gegen den *modernen Grossstaat* eine Hauptrolle.

Die Kritik, die von Männern, wie Jörg, dem Herausgeber der genannten Zeitschrift, von Ketteler u. s. w., an der preussisch-deutschen Bourgeoisie, am Liberalismus, am Absolutismus geübt wurde, erreichte eine Schärfe, wie sie sich nur noch bei Lassalle fand. Von anderen Gründen ausgehend und zu anderen Zielen strebend, kamen sich in jenen Tagen die socialistische und klerikale Kritik der capitalistischen Entwicklung sehr nahe. Die geistige Verwandtschaft Kettelers mit Lassalle ist bekannt, und man muss das interessante, 1867 erschienene Buch von Jörg *Geschichte der socialpolitischen Parteien in Deutschland*, man muss seine die politischen Verhältnisse der damaligen Zeit betreffenden Aufsätze in den *gelben Heften* lesen, wo Lassalle nicht anders als der *geniale Denker* genannt wird, um beurteilen zu können, wie weit die Erbitterung der Klerikalen gegen die neuzeitliche Entwicklung ging. In einem Aufsatz der *Historisch-politischen Blätter* über die Verfassung des Norddeutschen Bundes heisst es: »Unsererseits können wir in dieser Verfassung nichts anderes erblicken, als eine geregelte Institution zur unfehlbaren Aufsaugung der Einzelstaaten auf dem Wege der finanziellen und militairischen Plusmacherei.« Und in einem sich an gleicher Stelle befindenden Aufsatz über den *modernen Staat* heisst es unter andern: »Die Selbständigkeit auf allen Lebensgebieten, die dieser moderne Staat auf seine Fahne schrieb — wie hat sie sich im modernen Staat ausgebildet? Es wurde eben die Alleinherrschaft der herrschenden Partei überall durchgesetzt und diese Herrschaft zum Vortelle der Parteigenossen, der Bourgeoisie und der Bureaukratie ausgebeutet. Der Name der *Freiheit* selbst diente zum Deckmantel für den neuen Absolutismus. Was ist die absolute Gewerbe-Umzugs- und Handelsfreiheit anders, als die Bedrückung der vielen Armen durch das Capital und die Speculation? Die Gemeindefreiheit des *modernen Staates* ist in der Tat die ausschliessliche Herrschaft einer radicalen Gruppe beziehungsweise der ministeriellen Partei und das Satellitentum der Gemeindevorstände. Die Pressfreiheit ist das Privileg der kirchenfeindlichen herrschenden Partei; die freisinnige katholische Presse zum Beispiel seufzt unter den Ausnahmegesetzen. Die Versammlungsfreiheit ist das Monopol der Ministeriellen. Die Selbständigkeit, das *Selfgovernment* in der öffentlichen Verwaltung ist nichts als eine Vermehrung der Polizeiaagenten durch das und im Volk . . . So ist denn der moderne Staat der Parteiabsolutismus auf allen Lebensgebieten... Der moderne Staat«, hiess es zum Schluss, »führt zur Knechtung und zur materialistischen Entnervung der Staatsbürger, zur Despotie, zur Anarchie, zur socialen Revolution, zur Auflösung der Staaten und Nationen.«

Das kleinbürgerlich-bäuerliche Gefolge des Centrums argumentierte nicht in dieser philosophischen Weise, aber es kam doch zu derselben Folgerung: Bekämpfung des modernen, des capitalistischen Staates. Der Bauer, der unter der sich mehrenden Last und Verschuldung, der Handwerker, der unter der Concurrenz der Grossindustrie zu leiden hatte, sie vereinigten ihre wirtschaftlichen Kümernisse mit der Klage über das wachsende Militair und Beamtentum, dessen der moderne Staat bedurfte. Es ist interessant, dass die katholische Bevölkerung, als in den sechziger Jahren die Fortschrittspartei gegen die preussische Regierung und deren militaristische Bestrebungen opponierte, der alten Fahne untreu wurde, die Führer, darunter die besten: Reichensperger, Mallinckrodt u. s. w., beiseite schob und fortschrittlich wählte — ein Beweis, dass die Sorgen der katholischen Massen doch wohl auf anderem, als religiösem Gebiete zu suchen sind. Und ebenso interessant ist es, was auf der im April 1879 im Cölner *Gürzenich* von schutzzöllnerischer Seite einberufenen Versammlung

ein Bauer sagte, der ausser den Grossgrundbesitzern und Grossindustriellen dort zu Worte kam. Er klagte über die Nöte der Landwirtschaft, aber er suchte die Gründe davon nicht in der überseeischen Concurrenz und den fallenden Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern in den wachsenden Gemeindelasten; und als Heilmittel forderte er nicht Zölle, sondern Einschränkung der Beamten und ihrer Gehälter.

Der Widerstand des Centrums gegen die wachsenden Ausgaben, namentlich auf dem Gebiete des Militärwesens, war eines der Hauptmomente, denen das Centrum in den siebziger Jahren seinen Zulauf und seine Volkstümlichkeit verdankte, und die Macher seiner Politik haben wohl gewusst, weshalb sie in ihren Wahlaufrufen mit besonderer Betonung den ständigen Satz führten: »Weise Sparsamkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.« Kann man den Philister auch sonst nicht leicht politisch interessieren, so doch ganz gewiss durch das Versprechen der *Sparsamkeit*; Steuern zahlt er nicht gern, und wer ihm die vom Halse hält, der ist sein Mann. Dass das Centrum durch die Begünstigung der indirecten Steuern gerade dem kleinen Mann eine drückende Last aufgeladen hat, davon schwieg besagtes Centrum und merkte sein rückständiges Gefolge nichts.

\* \* \*

Das deutsche Reich ist etwas plötzlich und gewaltsam in die Erscheinung getreten; unter Donner und Blitz, unter Verfassungsbruch und Umsturz ist es entstanden. Die angeblich vom ersten bis zum letzten Deutschen so heiss ersehnte Einigung Deutschlands musste trotz aller patriotischen Kundgebungen, trotz allen Singsangs und Festgeschwätzes weiten Kreisen Beschwerden verursachen — der wirtschaftlichen Gründe und Folgen wegen. Der brave deutsche Philister in Stadt und Land begann einzusehen, dass von der gerühmten Herrlichkeit des neuen deutschen Reiches nur wenig für die Kleinen, desto mehr aber für die Grossen abfiel, dass es unter dem Milliardensegen und der dadurch begünstigten grosscapitalistischen Entwicklung schneller noch als bisher mit ihm bergab ging.

Die Auflehnung und Sammlung der kleinbürgerlich-bäuerlichen Masse war damit von selber gegeben. Der Antisemitismus etablierte sich; wenn er es in Deutschland nicht über gewisse Bezirke und auch in seinen besten Jahren nicht über eine nur mässige Stärke brachte, so deshalb, weil die klerikale Bewegung einsetzte, die ihm, ohne ausgesprochen antijüdisches Programm, doch seine Forderungen vorwegnahm.

Der politische Klerikalismus erhielt nach 1870 durch den Zuzug der preusseneindlichen, particularistischen, national-protestlerischen Elemente, die sich ihm mehr oder weniger eng angliederten, eine bedeutende Stärkung — und als nun Bismarck sich gegen die Kirche wandte, da war das Centrum fertig. Der Kulturkampf gab das einigende Band für die trotz mancher gleichartigen Bestrebungen doch auch wieder recht unterschiedlichen und widerstreitenden Interessengruppen. Das Centrum nahm sich der Kirche an, und diese stellte dafür ihre reichen Mittel und Kräfte in den Dienst der politischen Partei. Ohne die Hilfe der Kirche wäre das Centrum, bei dem anerkannten Mangel an Intelligenzen, undenkbar. Im Namen der Religion, mit Gründen des Glaubens wurden die Bestrebungen des Klerikalismus, auch die eigensüchtigsten, verteidigt, und das ideologische Motto *Für Wahrheit, Freiheit und Recht!* einte die verschiedenartigsten Forderungen höchst materieller Art. Die *Parität* war ein Gebot der christlichen Gerechtigkeit; die ständische Repräsentation ein altchristlicher Gedanke; die Arbeiterfürsorge die Hauptaufgabe der christlichen *Charitas*; der Kampf gegen den Liberalismus ein Kampf gegen den Unglauben, und nichts konnte die Gesellschaft retten, als die Freiheit der Kirche, die

Stärkung des Glaubens — Forderungen, hinter denen man bei näherem Zusehen weiter nichts entdeckte, als das politische und wirtschaftliche Programm des für die kleinbürgerlich-bäuerlichen Interessen arbeitenden Klerikalismus.

Man redet jetzt, wo das Centrum als confessionelle Partei so bedeutende Erfolge errungen hat, nicht mehr gern davon, dass die ursprünglichen Bestrebungen der klerikalen Politiker über das confessionelle Gebiet hinausgingen und auf eine Sammlung aller konservativen, das heisst reactionären Elemente hinzielte. Aus A. Reichenspergers Tagebuch teilt Pastor folgende, unterm 25. April 1871 verzeichnete Stelle mit: »Gestern Abend mit Windthorst und meinem Bruder sowie Herrn von Gerlach bei Bindewald. Heute brachte ich von Gerlach in unsere Fraction, wo eine Art von Fraternisierung auf dem allgemein christlichen Boden stattfand.« Und auf einem Diner bei dem Chefredacteur der *Kreuzzeitung* machte Reichensperger die Erfahrung, dass in den Tagesfragen durchweg *Einverständnis* zwischen den Conservativen und den Katholiken herrsche. Und Mallinckrodt erzählt, wie wir bei seinem Biographen Pfülf lesen, von einem im Februar 1872 zu Ehren Windthorsts gegebenen Diner, an dem auch Abgeordnete der konservativen Partei teilnahmen. Kurz vorher war Gerlach, der später endgiltig zum Centrum übertrat, als Gast in der Fractionssitzung des Centrums gewesen. Bei dieser Gelegenheit erwiderte Peter Reichensperger auf eine Ansprache Gerlachs, »dass alles, was noch wahrhaft konservativ und echt christgläubig sei in Deutschland, sich einigen sollte mit dem Centrum zur gemeinsamen rettenden Aufgabe.«

Das klerikal-feudale Bündnis ist ja nun nicht zu stande gekommen. Die preussischen Junker hatten kein Verlangen, in gar zu enge Beziehungen zu den Klerikalen zu treten und diese dadurch als gleichberechtigte Mitbewerber um den Platz an der Staatskrippe anzuerkennen. Im übrigen hat sich die klerikale und feudale Reaction, von gelegentlichen Häkeleien abgesehen, immer gut mit einander gestanden; die Pfaffen westlich und die Junker östlich der Elbe haben sich immer noch zu finden gewusst, wenn es galt, dem Volke einen Strick zu drehen.

\* \* \*

Die vorstehend angeführten kleinen Episoden aus der Vergangenheit des Centrums beweisen, wie reactionär im Grunde von jeher die klerikalen Bestrebungen waren. In der That, weder die Führer noch die Geführten hatten irgend welche Anlage zur Opposition, ausser wenn sie sich gegen den Fortschritt, wirtschaftlichen, politischen und geistigen, richtete. Die Herren Savigny, Windthorst, Mallinckrodt, Reichensperger waren weder von besonderer Freiheitsliebe, noch zeigten sie irgend welche Neigung zum Jacobinerthum. Es waren brave Leute, trotz aller Jesuitenschläue von engem Gesichtskreis. Man muss lesen, mit welcher Lammsgeduld ein Mann wie Mallinckrodt, dessen Ehrgeiz mit einem Landrats- oder Bürgermeisterposten befriedigt gewesen wäre, die Chicane der Regierung ertrug, um zu erkennen, wie leicht es war, diese Leute als ergebene Diener der Regierung zu gewinnen, wenn eben Bismarck die Menschen anders als mit Cürassierstiefeln zu behandeln gewusst hätte. So aber kamen diese Leute in den Ruf von Volks- und Freiheitsmännern, wozu sie doch nicht die geringste Anlage hatten. Aber sie hätten mehr als dumm sein müssen, wenn sie die günstige Gelegenheit nicht für ihre Zwecke ausgenutzt, durch geschickte Oppositionsmänöver ihre Ansprüche durchgesetzt und Bismarck zum Rückzuge gezwungen hätten. »Es lässt sich nicht leugnen«, schrieb im Beginn des Culturkampfes die Augsburger *Allgemeine Zeitung*, »dass die Taktik des Centrums im Abgeordnetenhaus eine geschickte ist;

es gelingt demselben nicht bloss, die liberalen Fractionen, die sich scheuen, aus schwarzer Hand eine freiheitliche Gabe anzunehmen, in Verlegenheit zu setzen, sondern auch das Interesse des ausserhalb des Parlamentes stehenden Publicums zu erwecken.« Das Centrum geberdete sich damals ausserordentlich freiheitlich, brachte es doch im November 1873 im preussischen Abgeordneten-hause den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und directen Wahlrechts ein!

Dass die Klerikalen ihre Opposition nur aus taktischen Gründen betrieben, gesteht kein Geringerer als August Reichensperger ein. Aus seinem Tagebuch citirt Pastor, sein Biograph, eine Stelle vom Jahre 1879, worin der Befriedigung über die vom Centrum erlangten Erfolge, aber auch der Besorgnis über die in der Fraction und der Partei auftauchenden Schwierigkeiten Ausdruck gegeben wird. »Zum Glück«, heisst es dann, »naht das Ende der Session. Wenn bis zum Beginn der im October stattfindenden Landtagswahlen eine Sistierung des Culturkampfes mit der sicheren Aussicht auf dessen Beendigung nicht eingetreten ist, dann muss das Centrum wieder als entschiedene Oppositionspartei auftreten.« Und Majunke gibt dasselbe in etwas deutlicherer Weise zu erkennen, wenn er in seiner *Geschichte des Culturkampfes* schreibt: »Das Centrum hatte bisher zweimal geschlossen — bis auf eine Ausnahme — gegen das Septennat gestimmt [1874 und 1881], obschon manche Mitglieder an sich dafür gewesen waren. Indes zur Zeit des Culturkampfes kam es vor allem darauf an, dass eine kirchenfeindliche Regierung nicht gestärkt würde, und so hatten jene septennatsfreundlichen Mitglieder des Centrums bis auf die erwähnte Ausnahme aus kirchenpolitischen Gründen mit der Mehrzahl ihrer Fraktionsgenossen zweimal gegen das Septennat gestimmt.«

\* \* \*

Seit der Zeit hat sich ja nun vieles geändert. Das Centrum hat seinen Frieden mit der Regierung gemacht. Der Culturkampf ist beendet, die Jesuiten könnte das Centrum haben, wenn es ernstlich darauf bestände und nicht im Gegenteile bestrebt wäre, sich dieses ergiebige Agitationsmittelchen möglichst lange zu erhalten. Lieber, der verstorbene Centrumsführer, pries sich glücklich, als Christ in Deutschland leben zu können, und nach der Versicherung des vorigen Papstes ist Deutschland das Land, wo die Kirche die meiste Freiheit und der Gläubige den sichersten Schutz hat. Ueber mangelnde *Parität* braucht sich das Centrum auch nicht mehr zu beklagen; es hat sich der Regierung für deren reactionäre Wirtschaftspolitik und insbesondere deren militaristische Ziele derart unentbehrlich gemacht, dass ihm der Lohn in Gestalt eines reichlich bemessenen Anteils an den Staatsstellen und sonstigen Beneficien nicht mehr vorenthalten werden kann.

Dazu kommt, dass die wirtschaftliche Entwicklung aus der höheren Schicht des katholischen Bürgertums eine mehr und mehr an dem capitalistischen Getriebe interessierte Gruppe herausgehoben hat, eine klerikale Bourgeoisie, die aller Grund hat, mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden zu sein. Das ultramontane Verlegertum, in dem die Millionäre nicht mehr selten sind, spielt dabei eine hervorragende Rolle. In diesen Kreisen findet sich nichts mehr von der ehemaligen Preussenfeindlichkeit, von der Abneigung gegen den *modernen Staat*, und wo sie den Liberalismus bekämpfen, da geschieht es der wirtschaftlichen und politischen Concurrenz wegen, nicht mehr aus grundsätzlicher Gegnerschaft. Das gegenwärtige *Führertum* im Centrum setzt sich vorwiegend aus diesen Leuten zusammen; sie sind königstreu bis auf die Knochen, sie sind loyal und regierungsfremd und versichern, dass sie sich an Patriotismus von niemandem übertreffen lassen. Die Kirche und das potente katholische



Bürgertum können also zufrieden sein; sie haben erreicht, was sie erstrebten — allerdings unter Preisgebung der Grundsätze, die ehemals dem Centrum seine Popularität verschafft haben. Das Centrum muss ungeheure Anstrengungen machen, um seinen Bestand zu sichern und sich sein Gefolge zu erhalten, das den Widerspruch zwischen dem, was die Führer versprochen, und dem, was sie erfüllt haben, einzusehen beginnt. Seine werbende Kraft hat das Centrum verloren. Ueber das, was es im ersten glücklichen Anlauf errungen hat, ist es bis heute nicht wesentlich hinausgekommen; es hat sich seit 1874 mit geringen Schwankungen bei den Reichstagswahlen auf derselben Höhe der Mandate und der Stimmenzahl gehalten. Den Stimmenzuwachs bei der letzten Reichstagswahl verdankt es den wider die bisherige Gewohnheit aufgestellten Zahlcandidaturen und der Aufrüttelung wahlfauler Anhänger. Neue Anhänger gewinnt das Centrum nicht, es gibt deren beständig ab und ersetzt sie durch das Aufgebot der Reserve. Aber die Reserve erschöpft sich, und der Zeitpunkt ist nicht mehr weit, wo der Rückgang des Centrums, der sich im Verhältnis der klerikalen zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen schon recht deutlich zeigt, auch absolut offenbar wird.

Kein Zweifel, dass die Arbeiterschaft in katholischen Gegenden bereits in merklichem Umfange vom Centrum abgerückt ist und weiter abrücken wird. Langsamer geht es mit dem Kleinbürgertum, das den Glauben an bessere Tage noch nicht aufgegeben hat und den Strohalm der Mittelstandspolitik für den Rettungsanker hält, der dem Handwerk wieder zu dem alten Glanze verhelfen soll. Wie lange noch — und der Schwindel der klerikalen Mittelstandspolitik muss dem kleinen Gewerbetreibenden an der einfachen Tatsache klar werden, dass er zu Grunde geht. Das Centrum wird sich aufs Land zurückziehen, nachdem es, was nicht allzu lange dauern kann, die Städte eingebüsst hat. Allerdings ist die Frage, ob auf die Dauer die katholischen Bauern, die im *Bunde der Landwirte* ein so verlockendes Vorbild haben, die Advocaten und Zeitungsverleger des Centrums für die geeigneten Vertreter ihrer Interessen halten werden. Die Anzeichen deuten darauf hin, dass das heute schon vielfach gestörte Verhältnis zwischen der Centrumsführung und den katholischen Bauern eines Tages einen Bruch erleidet, der keine Reparatur mehr zulässt.

---

## Ueber genossenschaftliche Brotproduktion.

Von

**Robert Schmidt.**

(Berlin.)

Wie bereits neulich in der genossenschaftlichen Rundschau der *Socialistischen Monatshefte* mitgeteilt, hat der *Verband der Bäcker* in einer unter dem Titel *Die genossenschaftliche Brotproduktion* erschienenen Schrift die Ergebnisse einer Umfrage veröffentlicht, die im Herbst 1902 veranstaltet wurde und im Frühjahr 1903 eine Ergänzung erfuhr. Die Umfrage hatte den Zweck, zu ermitteln, welche Arbeitsverhältnisse in Bäckereien herrschen, die von Consumvereinen geleitet oder genossenschaftlich betrieben werden. Obwohl die Auskünfte nicht erschöpfend waren und man einige Fragen ausscheiden musste, ergibt sich dennoch ein recht interessantes statistisches Material. In der Betriebsweise treten die modernen Einrichtungen hervor, die darauf berechnet sind, den Anforderungen einer verständigen Hygiene zu entsprechen; Einrichtungen, die sonst in Bäckereibetrieben leider sehr selten anzutreffen sind.

Das Material der Statistik ist leider nicht genügend verarbeitet; um einen Ge-

samtüberblick zu gewinnen, haben wir aus den Einzelangaben Zusammenstellungen gemacht. Verwertbare Angaben haben 10 Genossenschaftsbetriebe mit 150 Angestellten eingesandt, während die Consumvereine mit 32 Betrieben und 524 Angestellten an der Statistik beteiligt sind. Die Eigenproduction der Consumvereine hat, was die Herstellung von Backware betrifft, somit einen nicht unerheblichen Umfang angenommen. Die Erklärung dafür liegt in der Rentabilität des Unternehmens. In 26 Betrieben — von den übrigen lag keine Angabe vor — mit 483 Beschäftigten wurde im Jahre 1902 ein Reingewinn von 1 206 953,94 Mark erzielt. Das gibt pro Arbeiter einen Gewinn von 2498,86 Mark. Berücksichtigt man, dass in diesen Betrieben, wie wir zeigen werden, die Arbeits- und Lohnverhältnisse über die im Bäckereibetriebe sonst üblichen hinausgehen, dann wird es uns klar, mit welchen schweren Sorgen der *elmsame Bäckermeister* heute zu kämpfen hat.

Wir haben es hier mit einem Beruf zu tun, in dem der Grossbetrieb noch nicht jene zersetzende Wirkung geübt hat, die sonst in der capitalistischen Production vorherrscht. Somit wirft der Betrieb noch einen Gewinn ab, der kaum in einem anderen Handwerk diese Höhe erreicht. Und trotzdem erhebt wohl keine andere Interessensclique des Unternehmertums ein grösseres Lamento über die socialpolitische Gesetzgebung, wie die Herren der Bäckerzunft; die Herren schreien, dass sie zu Grunde gehen, wenn sie ihre Arbeiter nicht 15 bis 16 Stunden ausbeuten können. Es dürfte demnach keine Uebertreibung sein, wenn in Arbeiterkreisen behauptet wird, dass der Bäckermeister mit den Verhältnissen auf den Rennplätzen oft besser vertraut ist, als mit denen in seiner Backstube, und daher der Ruin des Bäckereibetriebes herzuleiten ist.

Wir haben es nun in unserer Statistik nicht etwa nur mit Grossbetrieben zu tun, sondern mit Betrieben, die in der Zahl der Beschäftigten zwischen 2 und 102 schwanken. Von den 42 Betrieben beschäftigten 13 bis zu 5 Gesellen, 14 Betriebe 6 bis 10 Gesellen, 6 Betriebe 11 bis 20 Gesellen, 5 Betriebe 21 bis 30 Gesellen, 1 Betrieb 44 Gesellen und 3 Betriebe 72, 79 und 102 Gesellen. Es herrscht also der Klein- und Mittelbetrieb vor, und trotzdem ein finanziell so günstiger Abschluss für diese Unternehmungen.

Allerdings ist trotz der Kleinheit der Betriebe die Production auf eine technisch höhere Stufe geleitet. Das betrifft sowohl die Backofenanlage, wie auch die Eintührung maschineller Hilfsmittel. Die Einrichtungen der Consumvereine treten hier besonders hervor. Vielfach haben wir es mit modernen Neuanlagen zu tun, die darauf hindeuten, dass das Unternehmen gut finanziert ist. Von den Consumvereinen hatten 19 Betriebe Maschinen, die durch Motore oder Dampfmaschinen in Bewegung gesetzt werden; nur 13 kleine Betriebe entbehren der motorischen Betriebskräfte. Die Genossenschaften, die wohl weniger capitalkräftig sein mögen, da hier meist ein paar Spargroschen einiger Bäckergesellen zusammenflossen, haben nur in 3 Betrieben motorische Hilfskräfte, während in 7 diese fehlen.

Einen überaus günstigen Eindruck macht es, dass in 23 Betrieben der Consumvereine mit 462 Beschäftigten Badeeinrichtungen vorhanden sind, nur in 9 kleinen Betrieben mit insgesamt 62 Arbeitern fehlt diese in den Bäckereibetrieben sicherlich recht notwendige Einrichtung. Bei den Genossenschaftsbäckereien befinden sich in 5 Betrieben mit 108 Beschäftigten derartige Einrichtungen, in den übrigen mit 42 Arbeitern müssen sie entbehrt werden. Der Plagwitzter Consumverein hat in dem Bäckereibetriebe mit 72 Gesellen 13 Brause- und 4 Wannenbäder. Ohne Ausnahme wird den Arbeitern Seife und eine genügende Zahl Handtücher, 2, auch 3 die Woche, zur Verfügung gestellt. Vielfach wurden den Arbeitern auch saubere Arbeitsmittel geliefert. In den Betrieben sind allgemein Teigteil- und Sackklopfmaschinen, in den grösseren Knetmaschinen; einige Betriebe haben besondere Gärräume. Das Mehl wird mit mechanischen Hilfsmitteln gesiebt, der Transport geschieht mittelst **Fahrstühle**. Hält man dagegen, was durch die Erhebungen der Bäckereiarbeiter

gerade über diese Zustände in privaten Betrieben an die Oeffentlichkeit gebracht ist, so kann man sagen, der Abstand ist riesengross.

Nach einer Umfrage der Berliner Bäckereiarbeiter, die im Jahre 1899 veranstaltet wurde, befanden sich von den die Statistik umfassenden Betrieben 272 im Keller und nur 141 im Parterre. In 17 Betriebe drang überhaupt kein Tageslicht und musste somit auch am Tage Gas oder Petroleum gebrannt werden. Von Badeeinrichtungen ist in diesen Betrieben keine Rede, die Arbeiter müssen sich mit einer Waschschiüssel und einem schmutzigen Handtuch begnügen. In der kleinen Broschüre, die das Ergebnis der Umfrage der Oeffentlichkeit übergab, heisst es in Bezug auf diesen Punct: »Ob ein besonderer Raum zum Waschen des Körpers vorhanden ist, hat man bei der Fragestellung nicht erwähnt. In den weitaus meisten Betrieben ist es Usus, dass die Waschgefässe in den Backräumen aufgestellt finden, ja vielfach bieten die Schlafräume nicht einmal Raum zum Ankleiden und müssen auch hier die Backräume in Anspruch genommen werden.«

Was die Sauberkeit betrifft, so darf man wohl behaupten, dass, soweit man aus der Statistik hierfür Anhalt gewinnen kann, in den Consum- und genossenschaftlichen Betrieben Einrichtungen getroffen sind, die Gewähr dafür bieten, dass erhebliche Missstände ausgeschlossen erscheinen; einige Betriebe kommen in jeder Beziehung als Musterbetriebe bezeichnet werden.

Die Arbeitszeit in den Betrieben zeigt grosse Differenzen. Der Achtstundentag ist in 7 Betrieben — davon 6 der Consumvereine, 1 Genossenschaftsbetrieb — mit 358 Gesellen — es sind hier auch Werkmeister und Oberbäcker eingerechnet — eingeführt. Eine Arbeitszeit von 9 Stunden haben 3 Betriebe mit 25 Gesellen, eine von 10 Stunden haben 9 Betriebe mit 93 Gesellen, eine von 11 Stunden haben 8 Betriebe mit 78 Gesellen, und eine von 12 Stunden haben 13 Betriebe mit 113 Gesellen. Leider gehen 2 Betriebe mit 7 Gesellen noch über dieses Höchstmass der Beschäftigung hinaus. Es ergibt sich somit, dass über die Hälfte der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter den Achtstundentag haben. Natürlich stehen nicht alle von der Statistik erfassten Betriebe unter dem Einfluss von Arbeiterconsumvereinen, es spielt in einigen auch das kleinbürgerliche Element eine Rolle; ebensowenig kann die Gewerkschaft der Bäcker allenthalben bestimmend einwirken. In einigen Betrieben sind alle Arbeiter organisiert, dagegen weist ein Betrieb mit 70 Bäckergesellen sogar nur 1 Mitglied des *Verbandes der Bäcker* auf. Es ist das sehr bedauerlich, denn gerade die Arbeiter dieser Betriebe sollten den übrigen ein Ansporn sein, durch die Beihilfe zur Organisation den Weg zu ebnen für eine allgemeine Besserung im Beruf. Da, wo die Arbeiter in Consumbetrieben Einfluss haben, darf man wohl erwarten, dass die langen Arbeitszeiten bald beseitigt werden; denn es muss in Berücksichtigung gezogen werden, dass die Betriebe meist in Tag- und Nachtschichten oder auch bei achtstündiger Arbeitszeit in drei Schichten geteilt sind. Auf diese Art müssen die Arbeiter, um wöchentlich einen Wechsel in der Schicht herbeizuführen, eine Woche um die andere sieben Schichten arbeiten.

Der Lohn erreicht im Minimum 16 Mark pro Woche und steigt bis zu 33 Mark. Die Genossenschaften überragen hier die Betriebe der Consumvereine. Es sind aber bei dieser Berechnung die Löhne der Werkmeister und Oberbäcker ausgeschaltet. Im Durchschnitt ergibt der Wochenlohn 23,45 Mark. In 5 Betrieben mit 39 Gesellen wird noch Logis und zum Teil auch Kost gewährt; diese Betriebe sind bei der Durchschnittslohnberechnung ausgeschaltet, denn die übrigen 635 Arbeiter erhalten kein Logis, wohl aber frei Brot, nicht selten auch für die Familie, oder es wird ihnen 10 bis 20 % Rabatt gewährt.

Die schon erwähnte Enquête über die Berliner Bäckereien wies bei 876 Befragten nur 42 auf, die nicht in Kost und Logis beim Meister waren. Für diese betrug der Durchschnittswochenlohn für Knetter 10 Mark, für die Uebrigen 8 Mark. Man kann natürlich Berlin in der Lohnstatistik nicht ohne weiteres in Vergleich stellen

mit einer Statistik, die Orte umfasst, wo die Preise für die Bedürfnisse des Haushalts niedriger stehen, als in dieser Grossstadt. Eine materiell bessere Stellung der Arbeiter weist auch diese Gegenüberstellung nach, wenn auch nicht gesagt werden kann, dass die Arbeiter sehr gut gestellt wären.

Erwähnt sei, dass in 19 Betrieben die Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes bis zu einer Woche Ferien im Sommer erhalten. Einige Betriebe zahlen ihren Arbeitern aus besonderen Fonds während der Krankheit den vollen Lohn. In der alten *Berliner Genossenschaftsbäckerei* sind die Arbeiter mit 10% am Geschäftsgewinn beteiligt, im Jahre 1901 erhielt jeder Arbeiter 97,27 Mark. Aus einer vom Geschäft dotierten Unterstützungscasse erhalten im Sterbefall des verheirateten Arbeiters dessen Angehörige 300 bis 500 Mark Sterbegeld. Aus derselben Casse erhalten verheiratete Arbeiter pro Woche 15 und unverheiratete 12 Mark während 13 Wochen im Falle der Krankheit. Die *Neue Berliner Genossenschaftsbäckerei* hat gleichfalls Gewinnbeteiligung und Unterstützungsfonds. Die Genossenschaftsbäckerei *Vorwärts* in Hamburg gewährt 50 Mark Sterbegeld, beim Ableben der Frau 30 Mark und beim Tode eines Kindes 15 Mark. In Krankheitsfällen erhält der Arbeiter 52 Wochen lang 5 Mark Krankengeld. Der Plagwitzener Consumverein verfügt über einen Unterstützungsfonds in Höhe von 25 000 Mark.

Das Gesamtergebnis der Enquête ist ein befriedigendes; wir treffen nicht das trübe Bild schwerer socialer Missstände an, wie es sonst bei Erhebungen über die Lage der Bäckereiarbeiter immer wiederkehrt, sondern es zeigt sich ein Abheben der socialen Stellung der Arbeiter von den übrigen ihres Berufs. Das constatieren zu können, stellt der Eigenproduction der Consumvereine und den Genossenschaften ein recht gutes Zeugnis aus. Mögen sie im Fortschritt auf diesem Gebiete nicht erlahmen!

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben

#### Wirtschaft

Verschiedene Vorgänge — auch solche politischer Art, wie die immer mehr sich verwickelnden Balkanwirren — haben zuletzt zu einer wesentlichen **Depression der allgemeinen Stimmung** geführt.

Am Donnerstag, den 3. September, schritt die englische Bank zu einer Discont-erhöhung um ein volles Procent (von 3 auf 4%). Die deutsche Reichsbank blieb zunächst bei ihrem alten Satz (seit 8. Juni 4%, vorher 3½%), liess aber Ende für September eine Discontsteigerung, und zwar gleichfalls um ein volles Procent, als nicht unmöglich ankündigen. Die gewöhnlichen Quartalsansprüche dürften dabei kaum allein massgebend gewesen sein. Vielmehr scheint man starke Goldanforderungen Americas zu erwarten, das für seine Getreide- und Baumwollexporte grosse Guthaben vom Ausland einziehen wird, besonders, wenn die Unsicherheit der eigenen Geldmarktsverhältnisse weiter anhält oder gar plötzlich eine kritische Zuspitzung erfährt. Ist man doch jenseits des Oceans

sich der Zukunftsgefahren durchaus bewusst, und die Pläne zur Banken- und Finanzreform tauchen in immer neuer Gestalt auf. Zuletzt trat der Schatzsecretair Shaw dafür ein, die Notencirculation der Nationalbanken dadurch elastischer zu machen und zu erweitern, dass sie über ihren durch Regierungsbonds vollgedeckten Notenumlauf hinaus noch 50% jenes Betrages ausgeben können, allerdings gegen eine Steuer von 5%, um den Banken auch eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen.

Der Brownsche **Baumwollcorner** hat am 1. September auch formell sein Ende erreicht, nachdem seine monopolistische Beherrschung des Marktes schon vorher nachgelassen hatte. Man ist nunmehr im stande, das abgelaufene Marktjahr 1902-1903 (1. September 1902 bis 31. August 1903) statistisch genau zu übersehen. Es stellt sich dabei das überraschende Ergebnis heraus, dass die americanische Jahreslieferung (circa 10¼ Mill. Ballen) durchaus nicht geringer war, als in den Vorjahren. Man hatte sie nur, da man den Wetterrückschlag bei der Ernte nicht voraussehen konnte,

zunächst masslos überschätzt, und die entsprechend niedrigen Rohstoffpreise führten im Anfang auch zu ausserordentlich raschen und starken Abnahmen seitens der verarbeitenden Industrien. Umso mehr schmolz das Angebot gegen Ende des Jahres zusammen, und umso leichter war eine speculative Preistreiberei; alle Betriebs-einschränkungen in England und in den Nordstaaten der Union kamen nunmehr zu spät. Bezeichnend ist jedoch die Verschiedenheit des Endergebnisses: England und die Nordstaaten haben insgesamt weniger americanische Baumwolle während des Berichtsjahres erhalten und verwenden können, als in den Vorjahren; dafür hat der americanische Süden und der europäische Continent sogar noch eine Zunahme des Baumwollverbrauchs zu verzeichnen. So verarbeiteten die Spinner von Lancashire 175 000 Ballen weniger. Dagegen hat Bremen, bei einer Zufuhr von 1 676 000 Ballen, nach 1897-1898 wieder einmal ein Recordjahr zu verzeichnen, und auch der Vermittlungsverkehr über Antwerpen und Holland hat zugenommen, ebenso haben Dünkirchen und Havre Steigerungen aufzuweisen. Die Wirkung des Corners differenziert sich also, je nach den textilindustriellen Absatzgebieten.

Der deutsche Spiritusring (die *Centrale für Spiritusverwertung*) scheint seine Stellung unausgesetzt zu festigen. Er räumt unter den *Aussenseitern* des Grosshandels immer mehr auf; und anscheinend wird es ihm auch ohne besondere Schwierigkeiten gelingen, die Brenner zu einer neuen Betriebsbindung zu bewegen, da die ablaufende Productionseinschränkung die Preise wesentlich gehoben und die Vorräte stark gelichtet hat. Nach dem Vorschlag der Leitung sollen die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien im Brennjahre 1903-1904 nur den Durchschnitt der Jahre 1896-1897 bis 1900-1901 erzeugen; eine Ueberschreitung des Productionsergebnisses soll, bis zu 10 % Ueberschuss, mit 4 M. pro hl., darüber hinaus mit 10 M. gebüsst werden. Eine besondere Clauseel sucht die Brenner auch für die Folgezeit festzulegen: sie bleiben auf ein weiteres Jahr gebunden, wenn sie nicht vor dem 1. Juli gekündigt haben. Die Kündigung ist jedoch bei der straffen Organisation der *Centrale* und bei, dem immer schärfer sich herausbildenden Solidaritätsgefühl der Landwirte nicht so leicht, da alle Austretenden mit Namen veröffentlicht werden. Die Zustimmungserklärungen scheinen rasch einzugehen.

Auf dem Petroleummarkt bereiten sich anscheinend grössere und dauerndere Aenderungen vor. Der *Standard Oil Compagnie* werden von den Eisenbahnverwaltungen und auch sonst von den Behörden mancherlei Hemmnisse in den Weg gelegt, auf die man bisher verzichtete. Bei Verhandlungen der Petroleumhändler in Holzminden kam zum Beispiel eben wieder zur Sprache, dass das braunschweigische Ministerium die von der deutsch-americanischen Gesellschaft bei den Verkäufern getroffenen Einrichtungen nicht als mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang stehend erachte und dass daher wohl in allernächster Zeit die behördliche Anordnung zur Beseitigung der Anlagen zu erwarten sei. Aehnliche Nachrichten dürften demnächst häufiger wiederkehren. Damit hängt vielleicht zusammen, dass die *Standard Oil Compagnie* sich auch nichtamericanische Lieferquellen für den deutschen Absatz zu sichern sucht. So soll eine Vereinbarung mit dem galizisch-österreichischen Petroleumsyndikat jährlich der *Standardgesellschaft* ein Minimalcontingent, ab österreichische Grenzstation, zum jetzmaligen Hamburger Marktpreis übertragen; das Minimalquantum sei beträchtlich höher angenommen, als der gesamte bisherige Petroleumexport von Oesterreich-Ungarn nach Deutschland; dazu sei auch noch eine allmähliche Steigerung des Minimalbetrags in Aussicht gestellt. Die Nachrichten klingen noch widersprechend. Aber offenbar will die Rockefeller-Compagnie nicht nur dem österreichischen Wettbewerb etwaige gefährlichen Spitzen für die Zukunft abbrechen, sondern man hält angesichts der handelspolitischen Conferenzen zwischen Deutschland und Russland auch Vorsicht und Wachsamkeit für geboten.

Für die rheinisch-westfälische Kohlenproduction liegt jetzt die Auguststatistik vor. Danach hat die Förderung der Syndikatszechen im August 4 661 326 t betragen. Bei einer gleichzeitigen Beteiligungsziffer von 551 410 t ergibt sich sonach eine Mindestforderung von 16,03 % gegen 16,48 % im Vormonat und 20,54 % im August 1902. Arbeitstäglich wurden im vergangenen Monat 179 282 t gegenüber 178 323 t im Juli gefördert. Im August 1902 belief sich die tägliche Förderung auf 159 230 t. Die günstige Lage des Ruhrkohlenmarktes im Juli hat danach auch während des Monats August angehalten. In dem Rückgang der Förderungseinschränkung um 0,45 % gegen den Vormonat und in den hohen Wagentellungs-

ziffern, unter denen die für den 29. August mit 20 078 Wagen den höchsten bisher erreichten Stand bezeichnet, spricht sich sogar eine steigende Geschäftsentwicklung aus.

**Kurze Chronik.** Die Zechenbesitzerversammlung des Kohlsyndikats hat am 15. September stattgefunden; aller Wahrscheinlichkeit nach ist nunmehr der Fortbestand des (umgestalteten) Syndikats gesichert. — Auch die Zuckersyndikate sind vor dem Inkrafttreten der Brüsseler Convention und der veränderten Steuer- und Zollsätze erneuert worden. Doch wird man in der jetzigen Regelung für Raffinerieen und Rohzuckerfabriken kaum mehr als ein Provisorium zu sehen haben. *Max Schippel.*

### Politik

Der **socialdemokratische Parteitag** in Dresden hat den gegnerischen Parteien reichlich Stoff gegeben, sich mit dem Wesen und der Entwicklung der Socialdemokratie zu beschäftigen. Die Gegner haben von ihrem Standpunkte aus auch durchaus recht, wenn sie die vielen schwachen Seiten, die sich anlässlich der Verhandlungen in Dresden an unserer Partei zeigten, in ihrem Sinne ausnutzen und uns in der Öffentlichkeit zu discreditieren suchen. Wir haben in der Tat uns Verhandlungen geleistet, deren Niveau auf einem Punkte angekommen ist, dass man fragen muss: Wie soll das weitergehen, wenn sich die Genossen im eigenen Lager der bösesten Dinge beschuldigen? Was wird das nächste Mal für eine vermehrte und verstärkte Auflage kommen? Nach Lübeck Dresden, wie wird's in Bremen werden? Glaubt man denn, mit dem *reinigenden* Gewitter in Dresden sei's zu Ende? Nein, ich befürchte, dass sich die Gegensätze, die unter den Führern auf dem Parteitag zu so unschönem Ausdruck gekommen sind, auch im Gros der Genossen herausbilden werden: man wird Stellung nehmen für und wider. Zweifellos hat man den culturell überlegenen Süden in einer Weise vor den Kopf gestossen, wie es ja die Süddeutschen von Norden her seit der Zeit gewohnt sind, da man im Norden auf die stärkere politische Macht pochen kann. Aber dass diese Tonart jetzt auch in der Partei angeschlagen wird, das gibt hoffentlich den Süddeutschen einen Rippenstoss, sich auf ihre Eigenart wieder mehr zu besinnen, die für Deutschlands culturelle Entwicklung nicht weniger wichtig und wertvoll ist, als die nivellierende Intelligenz der Reichscentralc. Schon jetzt zeigt das Echo der Parteipresse, dass nichts weniger als

Friede und Beruhigung eingetreten ist; es herrscht eine gereizte Stimmung innerhalb der Partei, wie ich sie seit 1890 noch nie wahrgenommen habe. Und das alles, weil man in Dresden wieder einmal eine Kraftprobe abgelegt hat. Wir bei unserer Stärke können uns so etwas leisten — also genieren wir uns nur nicht! Ja, das ist eben das Verderbliche von jeher gewesen, dass wir gemeint haben, unsere mehr als ungenierten gegenseitigen Aussprachen seien ein besonderes Zeichen von Stärke. Mit dieser Auffassung habe ich mich nie befreunden können und werde ich mich nie befreunden; die Erfahrungen in Dresden werden manchen Genossen überzeugen, dass es so nicht mehr weiter gehen kann, wenn nicht doch erheblicher Schaden für die Partei entstehen soll. Wenn wenigstens dieser heftige und unschöne Wortkampf ein Resultat gehabt hätte! Aber glaubt man etwa, die Annahme der Resolution Bebel-Kautsky-Singer habe irgend welchen grossen positiven Zweck? Glaubt man, dass dadurch die Verschiedenheit der Ansichten über taktische Fragen auch nur um ein Jota vermindert werde? Man lese doch einmal unsere Parteitagsprotokolle nach, soweit es sich um taktische Fragen handelt, und man wird staunen, wie rasch sich oft die Auffassungen nicht nur einzelner Genossen, sondern des ganzen Parteitags geändert haben. Was heute unter Umständen noch als *revisionsitisch* angesprochen wird, das ist es vielleicht schon morgen nicht mehr. Und dann noch eins: Glaubt man denn, revisionsitische Bestrebungen könnten von einzelnen Führern auf die Dauer propagiert werden, wenn sie nicht ihren Nährboden in grossen Teilen der Arbeiterbevölkerung fänden? Finden sie diesen nicht, so werden solche Führer immer einflusslos bleiben. Finden sie ihn aber, so hilft keine noch so scharfe Resolution, sie aus ihrer Stellung zu verdrängen. Also die Frage ist nicht: gibt es einzelne revisionsitische Führer, deren Einfluss kaltzustellen wäre, sondern: bildet sich in der grossen Masse der Arbeiterbevölkerung ein Resonanzboden für die sogenannte *revisionsitische Taktik* heraus oder nicht? Man hat in Dresden von der Volksseele, vom Classeninstinct gesprochen. Solche schönen Worte mögen ja dann und wann mal am Platze sein. Aber was kann und soll man sich denn eigentlich unter diesen Begriffen vorstellen? Das Volk ist doch keine unterschiedslose Masse, die Arbeiter sind doch gleichfalls nach ihren wirtschaftlichen und socialen Verhältnissen, nach ihrem Bildungsniveau

sehr verschieden geartet: aus dieser Verschiedenheit entstehen selbstverständlich auch verschiedene, nicht so sehr principiell, wie graduell verschiedene Auffassungen über Fragen der politischen Betätigung. Ein Buchdrucker zum Beispiel wird anders darüber denken, als ein Erdarbeiter u. s. f. Wer hat nun aber den richtigen Classeninstinct, der wirtschaftlich höher oder nieder Stehende? Aus wem spricht denn nun die wahre Volksseele? Wir mögen die angenommene Resolution betrachten, wie wir wollen, wir können nicht einsehen, dass sie den erbitterten Kampf, der in Dresden geführt wurde, lohnte. Schon der Umstand, dass sie mit wenigen Ausnahmen von allen Delegierten angenommen wurde und angenommen werden konnte, zeigt, dass *Revisionist* in dem Sinne, wie sie die Resolution kennzeichnet, kein Genosse in der Partei sein will. Wenn man nun auch recht unzufrieden mit der Dresdener Tagung wird sein müssen, so blicken wir darum doch gar nicht ängstlich in die Zukunft. Die Entwicklung zum Socialismus ist eine internationale Cultur-bewegung, deren Tempo sehr viele Aenderungen erleidet, die aber selbst dann, wenn einmal eine Arbeiterpartei vorübergehend versagen sollte, nicht ernsthaft aufgehalten wird. Es führen verschiedene Wege nach Rom, und auch die Arbeiter anderer Länder werden zum Ziele kommen, wenn vielleicht auch langsamer und weniger bewusst, als wir in Deutschland. Eine alleinseigmachende Taktik gibt es so wenig, wie eine alleinseigmachende Kirche.

Der **Reichsschatzsecretar** Freiherr von Thielmann hat seinen Abschied genommen, und der bisherige bayrische Bundesratsbevollmächtigte Freiherr von Stengel ist ihm gefolgt. Mit diesem Personenwechsel sind die Finanzfragen des Reiches wieder in den Vordergrund der Erörterung gerückt. Dass eine Reichsfinanzreform dringend von nöten ist, das wird von allen Seiten zugegeben. Ueber das Ziel und den Weg gehen indessen die Meinungen sehr weit auseinander. Dass die Reichsfinanzreform, wie sie der neue Staatssecretar anstrebt, nichts anderes sein kann, als ein Versuch, die Einnahmen des Reiches und der indirecten Besteuerung zu vermehren, kann man schon den bisherigen Aeusserungen des Herrn von Stengel entnehmen. Die Einzelstaaten befinden sich in einer argen Bedrängnis, solange sie die Fehlbeträge decken müssen. Zwar meint die Presse des Centrums, die Deficitwirtschaft, wie sie sich in den Jahren der Krise herausgebildet habe,

sei wieder im Schwinden und schon 1903 kämen wir mit unseren Finanzen wieder ins Geleise. Das wäre dann vielleicht richtig, wenn wir nicht mit neuen Ausgaben für Heer und Flotte zu rechnen hätten. Dass solche Ausgaben kommen werden, darüber sollte man sich doch nicht länger täuschen. Gerade diese erneute Ausgabensteigerung war doch der letzte Grund, dass Freiherr von Thielmann ging. Das Centrum will sich zwar zu neuen Steuern im jetzigen Augenblick nicht drängen lassen; es hofft auf die Ueberschüsse aus den Zöllen, die durch den neuen Zolltarif eine Steigerung erfahren müssten. Nun, warten wir's ab! Wenn erst die *dringenden* Forderungen der Militär- und Marineverwaltung vorliegen werden, dann wird der patriotische Eifer des Centrums nicht versagen. Eher glauben wir an die Festigkeit der Haltung des Centrums gegenüber einer Reichsfinanzreform im Miquelischen Sinne, wodurch den Einzelstaaten jede Verantwortlichkeit für die Gestaltung der Reichsfinanzen abgenommen würde.

Den Vorwurf der **staatlichen Unterstützung der socialdemokratischen Agitation** macht die *Cölnische Volkszeitung* der Regierung, indem sie an den Majestätsbeleidigungsprocess gegen den *Vorwärts* erinnert, der wegen der Schlossbauangelegenheit auf der Insel Pichelswerder eingeleitet worden ist, indem sie weiter noch andere Fehlgriffe der Behörden aus allerjüngster Zeit erwähnt. Die *Cölnische Volkszeitung* hat Recht: die Justiz ist augenblicklich unser bester Bundesgenosse in der Agitation. So bedauerlich es für die einzelnen Genossen ist, die von dem eigenartigen Vorgehen der Justiz betroffen werden, unsere Agitation wird durch die unglaubliche Anwendung und Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen gegen uns mehr gefördert, als je dem einzelnen durch eine Bestrafung geschadet werden kann. Das Zeugniszwangsverfahren gegen einen Berichterstatter des *Vorwärts* hat selbst die rechtsstehende Presse als unerhört bezeichnet. Also nur so weiter; wir haben von allen den verkehrten Massnahmen der Justiz die denkbar besten Erfolge.

Richard Calwer.

### **Socialpolitik**

Der glänzende Wahlsieg der Socialdemokratie scheint einen **socialpolitischen Eifer der politischen Parteien Deutschlands** zu entfachen: Die 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands nahm folgende Resolution an: Die 50. Generalversammlung

der Katholiken Deutschlands begrüsst, »dass von einem Stillstehen der socialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland nicht die Rede sein kann noch wird«. Sie betrachtet als die nächsten Aufgaben zu gunsten des Arbeiterstandes: Schaffung von Arbeitskammern, gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Ausdehnung des Schutzes der Frauenarbeit; daneben haben weitere Massnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter in allen Betrieben zu erfolgen. Der Wohnungsfrage ist namentlich von den Gemeinden höhere Aufmerksamkeit zuzuwenden durch Schaffung von Wohnungssämtern und Wohnungsinspektionen, durch Förderung von Arbeiterbaugenossenschaften u. s. w. Die Gewerbeinspektion ist durch Beiziehung von Arbeitern, Arbeitgeberern, Aerzten und Technikern auszugestalten. Eine Reform der gesamten Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist im Sinne der Vereinfachung und Zusammenlegung anzustreben. Ein sehr unbestimmtes und schwächliches socialpolitisches Programm! Nicht einmal die bestimmte Forderung des Zehnstundentages tritt aus diesem Programm hervor. In dem Wohnungsprogramm fehlen die wichtigsten Punkte: ein Reichswohnungsgesetz, dessen notwendige Einführung selbst der bayerische Centrumsführer Jäger wiederholt betonte, und eine durchgreifende, die Baustellenspeculation kräftig erfassende Grund- und Bodenpolitik. Die Resolution des Katholikentages spricht zum Schluss von einer Vereinfachung und Zusammenlegung der Arbeiterversicherung und nicht — und das ist für die katholische Partei, für das Centrum bezeichnend — von einer Ausgestaltung der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherungskörperschaften.

Mit Hochdruck arbeitet jetzt das Centrum in Organisationsbestrebungen, um die katholischen Arbeitermassen unter dem Banner der Kirche und unter der Führung der Geistlichen zusammenzuhalten. Der *Volksverein für das katholische Deutschland* führt jetzt überall seine Werbetrommeln. Er ist die machtvollste socialpolitische Organisation des Centrums. Die Mitgliederzahl des *Volksvereins* wuchs vom Juni 1902 bis Juni 1903 von 209 000 auf 300 000. Vielfach suchte der *Volksverein* in die Fusstapfen der deutschen, unter der Führung der Socialdemokratie stehenden Gewerkschaften zu treten. Er schuf Arbeitersecretariate und Volksbureaus für Auskunftserteilung. Einen sonderbaren Vorstoss zur Uebernahme einer führenden Rolle in der deutschen Socialpolitik planen jetzt die christlichen Gewerkschaften, der Verband

der evangelischen Arbeitervereine, die Verbände der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands und Süddeutschlands, der *Deutschnationale Handlungsgesilfenverband* und der *Verband bädtischer Eisenbahnbediensteten*. Die Beamten der genannten Verbände berufen zum 25. und 26. October 1903 einen Congress nichtsocialistischer deutscher Arbeiter nach Frankfurt a. M. Ihre Beteiligung an diesem Congress haben bereits 22 Verbände mit rund 500 000 Mitgliedern zugesagt. Der Congress wird sich mit folgenden Gegenständen befassen: 1. *Das Coalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung*. (Referent: M. Schiffer-Crefeld und J. Bärn-Frankfurt a. M.) 2. *Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine*. (W. Stack-Hamburg). 3. *Die Errichtung von Arbeiterkammern*. (Arbeitersecretair J. Giesberts-München-Gladbach). Auch auf der Tagesordnung dieses Congresses fehlen die socialpolitisch brennendsten Gegenstände: die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit, die Fortentwicklung der Gewerbehygiene, die Vereinheitlichung und Demokratisierung der Arbeiterversicherung, die Einleitung einer grosszügigen Reichsgesundheitsgesetzgebung mit der Begründung einer sanitären Organisation und mit einem durchgreifenden Reichsseuchengesetz, die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Die Socialdemokratie hat es angesichts dieser winzigen gegnerischen Socialreformchen in der Hand, selbst die ganze Masse der nationalen und christlichen Arbeiter mit sich fortzureissen, wenn sie die Führung bei der Verwirklichung der oben angedeuteten Reformfragen übernimmt. Auch Kautsky hebt in der *Neuen Zeit* hervor, dass die Socialdemokratie mehr als je die Initiative zu politischen und socialen Reformen zu ergreifen und nicht die Anregungen anderer Parteien abzuwarten habe.

Auf dem Gebiete der praktischen Socialpolitik wird jetzt rühriger, als früher, an der Erkenntnis der socialen Zustände in den einzelnen Berufen gearbeitet. Die frühere *Commission für Arbeiterstatistik* beschloss am 28. November 1900, beim Reichskanzler eine Erhebung über die Lage der Angestellten im Fleischergerwerbe. Leider wurde der Umfang der Enquête nur auf die Arbeitszeit im Schlächtergerwerbe beschränkt. Die amtliche Erhebung zeltigte nach dem *Vorwärts* folgendes Resultat: »Eine Arbeitszeit unter und bis zu 10 Stunden nach Abzug der Pausen hatten im Sommerhalbjahr nur 19 % der Betriebe mit 16,0 % der Gehilfen, im Winterhalbjahr



34,3 % der Betriebe mit 27,1 % der Gehilfen. Eine Arbeitszeit von 10 bis 11 Stunden wiesen im Sommer-(Winter-)Halbjahr 21,4 (23,4) % der Betriebe mit 20 (22,8) % der Gehilfen auf; eine solche von 11 bis 12 Stunden 24,2 (20,1) % der Betriebe mit 25,9 (21,8) % der Gehilfen; von 12 bis 13 Stunden 19,3 (12,7) % der Betriebe mit 19,6 (15,7) % der Gehilfen; von 13 bis 14 Stunden 10,5 (5,7) % der Betriebe mit 11,7 (7,3) % der Gehilfen; von mehr als 14 Stunden 5,6 (3,8) % der Betriebe mit 6,8 (5,3) % der Gehilfen. Die Arbeitszeit der weitaus größeren Hälfte der Gehilfenschaft bewegt sich also Sommer wie Winter zwischen 10 und 13 Stunden täglich nach Abzug der Pausen.«

Die hygienischen Misstände im Tapeziergewerbe enthüllt Dr. W. Abelsdorf in der *Socialen Praxis* an der Hand einer von ihm eingeleiteten Enquête. Im hohen Grade haben die Tapezierer wegen der enormen Staubentwicklung bei ihren Berufsarbeiten unter Lungenerkrankungen zu leiden. Herr Dr. Abelsdorf kommt bei seiner socialpolitischen Untersuchung zu dem Schluss, dass § 120a bis 120d der Reichsgewerbeordnung genügend Handhabe bieten dürfte, um hygienisch einwandfreie Arbeitsräume zu schaffen, zumal, wenn die Baupolizeibehörden respective Wohnungsinspektionen mit den Gewerbeaufsichtsbeamten Hand in Hand arbeiten und beide Organe diesem Gewerbe erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Eingabe der Centralkrankencasse der Tapezierer etc. an das Reichsgesundheitsamt ist wesentlich anderer Ansicht.

Die sociale Lage der seemännischen Bevölkerung ist in der letzten Zeit durch socialpolitische Publicationen beleuchtet worden. Es erschien Anfang 1902 eine Arbeit von E. Fitger-Bremen *Die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Seeschifffahrt* im Verlage von Duncker und Humblot. Der gleiche Verlag hat über die socialen Verhältnisse der Seeleute zwei Halbbände mit einzelnen Abhandlungen herausgegeben. Der *Verein für Socialpolitik* rückte in seiner Hauptversammlung zu Hamburg die sociale Lage dieser Bevölkerung in den Vordergrund seiner Verhandlungen.

Die erschreckende Verbreitung der Wurmkrankeheit und die interessanten Verhandlungen des 11. internationalen Congresses für Hygiene und Demographie in Brüssel haben die Wichtigkeit einer nationalen und internationalen Organisation des gesamten Gesundheitswesens zur Bekämpfung ge-

meingefährlicher Krankheiten deutlich hervortreten lassen. Die nationale Organisation des Gesundheitswesens in Deutschland ist völlig unzureichend. Das Reichsgesundheitsamt hat lediglich einen beratenden Charakter, es kann keine tatkräftige Initiative auf hygienischem Gebiete entfalten. Dem Reichsseuchengesetz ist ein viel zu enger Wirkungskreis zugemessen worden. Das Gesetz wendet sich 1. gegen eine begrenzte Zahl von Krankheiten, gegen den Aussatz, die Cholera, den Flecktyphus, das Gelbfieber, die Pocken; 2. gegen übertragbare Krankheiten, zu deren Bekämpfung die Gemeinden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- und Wirtschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe zu treffen haben; 3. gegen die Krankheiten, auf welche durch Bundesratsbeschluss die Anzeigepflicht ausgedehnt werden kann. Es fragt sich nun: Unterliegen die Krankheiten — zum Beispiel die Wurmerkrankung — wenn sie für anzeigepflichtig erklärt werden, auch den anderen Bestimmungen des Seuchengesetzes, namentlich den Bestimmungen über die Entschädigungen der von der Seuche betroffenen Personen? Herr Regierungsrat Burkhardt verneint dies in seinem Commentar zum Gesetz. Dann ist das ganze Gesetz ein Messer ohne Klinge! Der neugewählte Reichstag hat die Verpflichtung, das Reichsseuchengesetz sorgfältig durchzuprüfen und schnell zu erweitern. Er hat eine wirksame Organisation unseres Gesundheitswesens zu schaffen.

Wichtige Anregungen zu einer socialen Ausgestaltung der Krankenversicherung gaben die Breslauer Congresse des *Centralverbandes deutscher Ortskrankencassen* und des *Verbandes der Centralcommissionen der Krankencassen Deutschlands*. Der Geheime Medicinalrat Neisser-Breslau huldigte durch die Uebernahme des Referats über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dem Gedanken, dass sich die medicinische Wissenschaft eng mit den Millionen der versicherten Arbeiter verbinden muss, wenn sie die venerische Volksseuche zu Boden werfen will. Die Centralcommissionen Deutschlands schlossen sich in Breslau zu einem Verband zusammen, der alle localen Centralcommissionen und Krankenvereinigungen umspannen soll. Die Leitsätze für die Tätigkeit dieses Verbandes stammen aus der Feder E. Simanowskis.

Die Krankencassennovelle vom Jahre 1903 hat vielfach den Anstoss zu einer Cassenverschmelzung gegeben. Die Centralkrankencasse der Tischler und die der

Formstecher löste sich auf. Die Auflösung des Krankenunterstützungsbundes der Schneider wurde mit Stimmgleichheit abgelehnt. In der Centralkrankencasse der Maler siegten mit 20 gegen 16 Stimmen noch einmal die Anhänger des Fortbestandes der Casse. In Hamburg wird mit Feuereifer für den Eintritt der Mitglieder der eingeschriebenen Hilfscassen in die dort bestehenden Ortskrankencassen agitiert. In Würzen und Zwickau lösten sich zwei Betriebskrankencassen zu gunsten der dortigen Ortskrankencassen auf.

Die auf eine planmäßige Hebung der Volksgesundheit gerichteten Bestrebungen der Krankencassen sprechen sich in den jetzt vielfach erfolgenden Errichtungen von Sanatorien und Reconvalescentenanstalten aus. Wir zählten im verflossenen Jahr bereits 14 Heilstätten und Reconvalescentenhäuser, die von Krankencassen errichtet waren. Jetzt plant die Berliner Ortskrankencasse der Kaufleute den Bau einer Lungenheilstätte.

Die Wohnungsenquête der Ortskrankencasse der Berliner Kaufleute hatte den schönen Erfolg, dass sich das Berliner Polizeipräsidium an diese Casse wandte und um Mitteilung der Fälle schwerer Wohnungsmängel zur Behebung dieser Mängel ersuchte.

Die Daten über die Unfallversicherung, die wir bisher aus den Berichten der deutschen Berufsgenossenschaften schöpften, lassen im allgemeinen erkennen, dass kaum eine zielklare und in socialer Hinsicht befriedigende Tätigkeit auf dem Gebiet der Unfallverhütung zu entdecken ist. Die sächsische Textilberufsgenossenschaft liess im Jahre 1902 von 4279 Betrieben nur 620 revidieren. Von den revidierten Betrieben wiesen 84 Mängel auf. Die Buchdruckerberufsgenossenschaft liess im Jahre 1902 Betriebsbesichtigungen in den Bezirken der Sectionen I, II, III und V durch technische Aufsichtsbeamte vornehmen. »Die Betriebsbesichtigungen, wie auch die Unfallmeldungen,« so zu lesen im Geschäftsbericht dieser Berufsgenossenschaft, »haben gezeigt, dass beim Ablauf des Jahres 1902, mit welchem zugleich die Frist für die Anbringung der Schutzvorrichtungen abließ, die letzteren noch nicht überall vorhanden waren. Der Genossenschaftsvorstand war genötigt, von der ihm gesetzlich zustehenden Befugnis, gegen die säumigen Genossenschaftsmitglieder Geldstrafen zu verhängen, Gebrauch zu machen.« In wachsendem Masse nehmen sich die Berufsgenossen-

schaften aus wohlverstandenen Selbstinteresse der Fürsorge für die Unfallverletzten während der ersten 13 Wochen an; und zwar verausgabten die norddeutsche Holzberufsgenossenschaft und die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft relativ hohe Summen für das Heilverfahren.

Die Invalidenversicherung fasst die Vorbeugung einer vorzeitig eintretenden dauernden Invalidität bei den Versicherten ins Auge. Zu diesem Zwecke stellen die Landesversicherungsanstalten mehr oder weniger grosse Mittel für die Unterbringung der Versicherten in Lungenheilstätten, Bädern etc. in ihre Budgets ein. Die Landesversicherungsanstalt Thüringen erweiterte in wachsendem Masse seit 1900 die Heilbehandlung. Sie führte die Heilbehandlung 1900 bei 951 Versicherten durch, 1902 dagegen bei 1439. Seit November 1900 hat diese Landesversicherung ein eigenes Invalidenheim in Etzoldbach a. S. Am Jahreschluss 1902 befanden sich 40 Pflegelinge im Invalidenheim der Anstalt. Die Pflegelinge beschäftigten sich mit leichten landwirtschaftlichen Arbeiten. Es wurden an Arbeitsprämien, Taschengeldern und Weihnachtsgeschenken 1389 M. verteilt. Die Anstalt hat pro Pflege ling auf ein Jahr 232 M. zuzuschüssen. Der Unterhalt der Invaliden bemisst sich also auch bei dieser Anstalt nicht hoch.

Mit grossem Weitblick unterstützte bisher die Landesversicherungsanstalt Hannover die Errichtung von Arbeiterwohnungen. Soeben geht uns der Sonderbericht dieser Anstalt über die Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen bis zum 1. Januar 1903 zu. Es stieg in den 3 Jahren von 1900 bis 1902: die Zahl der Häuser, die mit Hilfe der Landesversicherungsanstalten errichtet wurden, von 1367 auf 2827 oder um 107 $\frac{1}{10}$ %, die Zahl der Wohnungen von 3468 auf 6300 oder um 82 $\frac{1}{10}$ %, die Kopfzahl der Bewohner von 17200 auf 31000 oder um 80 $\frac{1}{10}$ %, die Gesamtheit der Beleihungsobjecte von 13 $\frac{4}{10}$  auf 23 $\frac{8}{10}$  Mill. M. oder um 78 $\frac{1}{10}$ %, die Summe der seitens der Landesversicherungsanstalt Hannover hinausgegebenen Hypothekendarlehen von 8 $\frac{8}{10}$  auf 14 $\frac{8}{10}$  Mill. M. oder um 78 $\frac{1}{10}$ %. Mit Hilfe der Landesversicherungsanstalt Hannover hat eine Bevölkerung, die etwa der Einwohnerzahl Göttingens gleichkommt, Unterkunft gefunden.

Die Frage der Organisation der Arbeitsnachweisämter durch Staat oder Gemeinde beleuchtet die Schrift des Herrn Dr. Brainard H. Warner jr. *Die Organisation und Be-*

*deutung der freien öffentlichen Arbeitsnachweisämter in den Vereinigten Staaten von Nordamerika* (Leipzig, Jäh & Schunke). In America entschied man sich zur Beseitigung der Missbräuche der Stellenvermittlung entweder für eine Regelung der Geschäftsführung privater Stellenvermittlungsbureaus oder für Errichtung freier öffentlicher Arbeitsnachweisämter unter staatlicher Leitung und auf Staatskosten. Die Zahlen, die Herr Dr. Brainard H. Warner über die Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweisämter herbeibringt, zeugen von einem relativ geringen Einfluss der freien öffentlichen Ämter auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Die Zahl der öffentlichen Arbeitsämter genügt in den Vereinigten Staaten bei weitem nicht. An Stelle der staatlichen Arbeitsnachweise empfiehlt der Verfasser einheitlich verbundene, unter kommunaler Leitung und Aufsicht stehende Arbeitsämter. Die Aufgabe des Staates solle sich mit dem Erlass allgemeiner, auf Errichtung und Leitung der Ämter beziehende Normativbestimmungen erschöpfen. Der Verfasser verwirft die Gebührenfreiheit für die Tätigkeit der Arbeitsvermittlung. Er hat seinem Schriftchen eine interessante Sammlung von Gesetzen, die sich auf Regelung der privaten Stellenvermittlung und auf die Errichtung freier öffentlicher Arbeitsnachweisämter in den einzelnen Staaten der Union beziehen, angehängt.

Das Gebiet der **Wohnungsfürsorge** wird fleissig gepflegt durch die seit Ende des verflorenen Jahres bestehende *Zeitschrift für Wohnungswesen*, Organ des *Rheinischen Vereins zur Förderung des Arbeitswohnungswesens*, des *Verbandes der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Baugenossenschaften* und des *Verbandes schleswig-holsteinischer Baugenossenschaften*, herausgegeben von Professor H. Albrecht. In der ersten Nummer dieser Zeitschrift legt sich Herr Stadtrat Dr. Flesch warm für die Unpfändbarkeit der Baugenossenschaftsanteile ein. Die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses des Arbeiters muss bis in eine gewisse Zukunft hinein gesichert werden. Die Zahlung der Miete durch Armenpflege und Wohltätigkeit, die Vereinigung von Arbeitsvertrag und Mietvertrag in der Form der Abmietung von Fabrikantenwohnungen, die Preisermäßigungen der Mietwohnungen durch die Tätigkeit gemeinnütziger Gesellschaften, alle diese socialen Massnahmen gewährleisten dem Arbeiter nicht eine ausserhalb aller Geschäftsstockungen stehende Befriedigung seines Wohnbedürfnisses. Diesen socialen

Zweck sucht Herr Stadtrat Flesch durch die gesetzliche Unpfändbarkeit der Baugenossenschaftsanteile zu erreichen. Der Erwerb der nötigen unpfändbaren Baugenossenschaftsanteile gewährleistet dem Arbeiter ein sicheres, nicht durch die Krisen oder durch die Willkür der Unternehmer in Frage gestelltes Wohnen. Die Realisierung dieses Vorschlags würde ferner die Wirkung haben, dass den Baugenossenschaften in höherem Masse, als bisher, Gelder zufließen und ihre Tätigkeit beträchtlich zunehmen würde.

Die **Wohlfahrtspflege** nimmt eine bedeutende Stellung in der Socialpolitik ein. Wir werden daher von Zeit zu Zeit die Neuschöpfungen auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege zu berücksichtigen haben. Wohlfahrtseinrichtungen können sich unter Umständen nach der richtigen Auffassung des Stadtrats K. Flesch als wichtige *Experimente der Socialwissenschaft* darstellen. Sie können im kleinen Umfange die Lösbarkeit bestimmter socialer Aufgaben zeigen, die in grossem nationalen Rahmen nachher der Staat lösen kann. Mit der Stellung der Wohlfahrtspflege in der Socialwissenschaft beschäftigt sich die soeben erschienene Schrift Dr. Robert von Erdbergs *Die Wohlfahrtspflege* (Jena, Gustav Fischer.) Herr Dr. von Erdberg definiert die Wohlfahrtseinrichtungen folgendermassen: Wohlfahrtseinrichtungen sind Einrichtungen, welche beruhen auf freiwilliger Tätigkeit der Gesellschaft und welche geschaffen werden zur Linderung oder Beseitigung solcher aus der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig hervorgehender socialer Schäden, die auf dem Wege örtlicher Zwangsnormen noch nicht oder überhaupt nicht gemildert oder beseitigt werden können. Herr R. von Erdberg würdigt dann in seiner Arbeit die Bestrebungen der *Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen* in Berlin, die im Jahre 1891 unter Beteiligung der preussischen Ministerien für Handel und Gewerbe und der öffentlichen Arbeiten von zahlreichen gemeinnützigen Vereinen gegründet wurde. Wir heben folgende Vereine hervor: *Centralverein für das Wohl der arbeitenden Classen* in Berlin, *Concordia* in Mainz, *Arbeiterwohl* (München-Gladbach), *Hinter-rheinischer Verein für Gemeinwohl*, *Bergischer Verein für Gemeinwohl* (Elberfeld), *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung* in Berlin, *Gesamtvorbund der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands*, *Katholischer Gesellenverein* in Cöln. Zu den besonders regsamen Förderern der *Centralstelle* gehörten: der Minister von

Berlepsch, Geheimer Oberregierungsrat Königs, Professor Julius Post. Von der Centralstelle wurde die jetzt eröffnete *Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt* angeregt. Die Centralstelle gab eine Reihe *Schriften der Centralstelle* heraus. Wir nennen nur Heft 1: *Die Verbesserungen der Wohnungen*; Heft 3: *Die Spar- und Bauvereine zu Hannover, Göttingen und Berlin*; Heft 5: *Die Beschaffung von Geldmitteln für Baugenossenschaften*; Heft 7: *Einrichtung und Ausgestaltung der Krankencassen*; Heft 8: *Die Verbreitung guten Lesestoffes*; Heft 9: *Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande*; Heft 16: *Die Wohlfahrtspflege im Kreise*; Heft 18: *Die Erziehung des Volkes auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft*. Die locale Tätigkeit der Centralstelle in Berlin bezog sich hauptsächlich auf die Förderung der Spar- und Bauvereine, auf die Veranstaltung volkstümlicher Concerte (die Aufführung von Oratorien u.s.w.), auf die Organisation von Museumsführungen, auf die Einführung volkstümlicher Hochschulcourse. Die Wohlfahrts-einrichtungen können unter Umständen social rückwärts wirken, indem sie die Reformarbeit von Gemeinde und Staat hinauschieben oder verlangsamen. Bestimmte von den Unternehmern geschaffene und unterhaltene Einrichtungen führen zur Bevormundung der Arbeiter und zur Verhinderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe derselben.

Paul Kampffmeyer.

### Sociale Communalpolitik

Am 2. und 3. September hat im Anschluss an die deutsche Städteausstellung in Dresden ein deutscher *Städtetag* getagt, auf dem 159 deutsche Städte vertreten waren. Wohl weil die Ausstellung auf dem Gebiete der Socialpolitik so mangelhaft ausgefallen war, hat man es für nötig gehalten, sich auf dem Städtetage mit den socialen Aufgaben der deutschen Städte zu beschäftigen, um zu zeigen, dass diese ausser Städtereinigung, Schlachthäusern etc. auch noch andere Aufgaben kennen und an den die ganze Welt bewegenden socialen Fragen nicht ganz vorübergehen. Die Behandlung des Themas lag in den Händen der beiden Oberbürgermeister Adickes-Frankfurt a. M. und Beutler-Dresden. Adickes beschäftigte sich in seinen zweistündigen Ausführungen sehr eingehend mit der Socialdemokratie und deren communalpolitischen Programmen, und suchte den Nachweis zu liefern, dass der grössere Teil ihrer Forderungen der bürgerlichen Gemeindepolitik entlehnt sei. Leider kann man aus den Zeitungsberichten

nicht erkennen, wie Herr Adickes den Beweis für diese Behauptung geführt hat, so dass wir eine Kritik seiner Ausführungen so lange verschieben müssen, bis uns das Referat im Druck vorliegt. Es soll daher nur auf einige Punkte eingegangen werden, die auch in den Zeitungsberichten klar genug formuliert erscheinen, um daran einige Bemerkungen zu knüpfen. Wir heben zunächst die Aeusserung hervor, dass eine Zurückweisung socialistischer Gedanken, die Herr Adickes lieber socialpolitische Gedanken getauft wissen will, nur ihrer Herkunft wegen für die deutschen Stadtverwaltungen nicht in Betracht kommen könne, da man sonst in ein planloses Hin- und Herschwanken gerate. Diese Aufforderung ist um so bemerkenswerter, als Herr Adickes in der Praxis seiner Verwaltung sich gegen des Aussprechen socialistischer Gedanken mit Händen und Füssen sträubt, so dass sogar die *Frankfurter Zeitung* bass in Verwunderung darüber gerät, wie diese Anerkennung socialistischer Gedanken sich mit der socialistentöterischen Praxis bei demselben Manne vereinigen lässt. Schreibt sie doch: »Es ist überhaupt recht merkwürdig, wie ein Mann, der in vielen, namentlich in vielen socialpolitischen Fragen so vortreffliche Ansichten hat, in rein politischen Dingen doch recht conservativ, um nicht zu sagen rückschrittlich, sein kann.« Aber Herr Adickes bleibt auch in Dresden seinem Zweiseelencharakter getreu. Fügt er doch seiner Aufforderung, socialistische Gedanken vorurteilslos zu prüfen, gleich die Mahnung hinzu, sich im socialpolitischen Eifer von Uebertreibungen fernzuhalten. Wenn aber etwas notwendig ist, so ist es nicht eine Warnung vor Uebertreibungen, sondern die Anfeuerung des socialpolitischen Eifers, der in sehr vielen Städten auch mit dem stärksten Vergrösserungsglase nicht zu entdecken ist. Ganz unbegründet ist aber die Behauptung, dass sich die socialpolitischen Ausschüsse nicht selten zu Nebenregierungen auswüchsen. Uns ist keine Stadt bekannt, von der sich das auch nur mit dem geringsten Schimmer von Berechtigung behaupten liesse. Von Frankfurt gilt es auf keinen Fall, da hier der socialpolitische Ausschuss infolge Mangels an Beschäftigung ein wahres Schattendasein führt.

Der Hauptteil des Referats beschäftigte sich mit der Abgrenzung des öffentlichen und privaten Eigentums, wobei die Gemeinde sehr vorsichtig vorzugehen hätte. Die Milchversorgung durch die Gemeinde wurde als eine sanitäre Forderung anerkannt, und

der Stadt Halle für ihr Experiment gedankt. Selbst Oberbürgermeister treten also jetzt der Frage der kommunalen Milchversorgung näher. Als der Unterzeichnete, vor einigen Jahren in seinem Buche die Notwendigkeit der kommunalen Milchversorgung ausführlich nachzuweisen versuchte, hatten gerade oberbürgermeisterliche Kreise nur Hohn und Spott für ihn. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens vertrat Herr Adickes seinen alten Standpunkt. Die Communalisierung des städtischen Grundbesitzes lehnte er von vornherein ebenso ab, wie die zu weit gehende socialdemokratische Forderung kommunalen Häuserbaues. Dabei liefert auf der Dresdener Städteausstellung die Stadt Ulm den schlagenden Beweis, wie notwendig der communale Wohnungsbau ist und wie er allein die Garantie für die dauernde Befolgung der sanitären und wirtschaftlichen Grundsätze bietet. Dagegen stimmen wir mit Herrn Adickes vollständig darin überein, dass der Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes in der Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Gemeinden viel zu weit geht. Sehr bedenklich steht Herr Adickes der Communalisierung der Strassenbahnen gegenüber. Abgesehen davon, dass eine Actiengesellschaft viel eher in der Lage sei, für Verbesserung und Erweiterung des Betriebes zu sorgen, dürfe nicht ausser acht gelassen werden, dass die Herabsetzung des Tarifes, der Bau unrentabler Linien sehr bald gefordert werden dürften. Wenn eine Stadtverwaltung nicht in der Lage sei, dem Andrängen der Bezirksvereine zu widersprechen, dann dürfte die Communalisierung unter Umständen grosse Misshelligkeiten nach sich ziehen. Das ist unseres Erachtens gerade der Vorteil der Communalisierung, dass die Stadt auch unrentable Linien — im Interesse des Wohnungswesens zum Beispiel — zu bauen vermag, weil sie eben nicht, wie die Actiengesellschaft, darauf angewiesen ist, einen möglichst grossen Reinüberschuss aus dem Unternehmen herauszuwirtschaften. Diese Ueberschüsse haben es aber Herrn Adickes angetan. Will er doch gerade sie dem städtischen Finanzwesen zur Basis geben, sie in ausgiebigster Weise zur Milderung des Steuerdruckes benutzen. Es ist das nichts anderes, als eine feinere Form der indirecten Besteuerung. Denn wenn auch *de jure* kein Zwang zur Benützung der städtischen Anstalten besteht, so ist er doch *de facto* vorhanden. Die städtischen Unternehmungen, wie Wasserwerke, Gas- und Elektrizitätswerke, Strassenbahnen etc. werden nicht mehr nur von einer kleinen Anzahl von Bewohnern, sondern

von der grossen Mehrheit benutzt und müssen von ihr benutzt werden. Und wenn die Ueberschüsse volkswirtschaftlich ihrem Wesen nach Mehrwert respective Mehrwert und Monopolrente sind, so wirken sie doch wie indirecte Verbrauchssteuern. Dass Herr Adickes die Gemeindeverwaltungen als neutrale Friedensbezirke zur Versöhnungsarbeit zwischen den entzweiten Classen der Bevölkerung bezeichnete, dass er ihnen volle Neutralität bei der Vermittelungsarbeit vorschrieb und verlangte, dass weder Strikecassen, noch analoge Einrichtungen der Arbeitgeber irgendwie unterstützt würden, gehört zu dem eisernen Bestand der Communaltheorie der bürgerlichen Socialreformer. Eben dahin gehört auch die Forderung der kommunalen Arbeitsnachweise, wie die communale Arbeitslosenversicherung. Der Referent will die Arbeitslosenversicherung durch die städtischen Verwaltungen nicht so ohne weiteres von der Hand weisen. Sie werde, wo die örtlichen Verhältnisse eine Möglichkeit dazu gewähren, in die Hand zu nehmen sein. Wir können so wenig in den kommunalen Arbeitsnachweisen, wie in der Arbeitslosenversicherung eine Aufgabe der Stadtgemeinden sehen. Beide werden am Ende zu einer schweren Schädigung der Arbeiterklasse führen. Gegen die Ausführungen über das Volksschulwesen und die Volksbildung im allgemeinen, über die Förderung von Einrichtungen, die den Alkoholismus zurückdrängen etc., wird sich wenig einwenden lassen. Auch in der Frage nach der Unentgeltlichkeit der Benützung der öffentlichen wirtschaftlichen Einrichtungen will Adickes der Socialdemokratie ein Stück entgegenkommen. Doch sei zu weit gehende Unentgeltlichkeit ungerecht, da schliesslich doch jede Unentgeltlichkeit von der Gesamtheit getragen werden müsse. Wenn die socialen Gegensätze einen Ausgleich erfahren und die Socialreform einen guten Fortgang nehmen solle, dann müssten die socialen Aufgaben der Städte im Einverständnis mit allen Ständen der Bevölkerung, auch den besitzenden, gelöst werden. Zu weit gehende Forderungen trügen die Gefahr in sich, die Mithilfe der besitzenden Classen zu vereiteln, ohne dies kaum möglich wäre, gute sociale Einrichtungen auf die Dauer zu schaffen.

Kürzer können wir uns mit dem Referate des Oberbürgermeisters Beutler befassen, das im Gegensatz zu der Socialpolitik im Interesse der Arbeiterklasse eine Socialpolitik für den Mittelstand verlangte. Durch Verbesserung des Submissionswesens, Stärkung der Innungen, durch Gründung von Darlehens-

und Unterstützungscassen, ja sogar von Rabattsparvereinen — wenn die Zeitungen richtig berichten — soll der Mittelstand gehoben und gefördert werden. An dem Grundeigentum darf nicht herumexperimentiert werden, weil es der Pfeiler unserer staatlichen Ordnung ist. Arbeitsnachweise und Arbeitsversicherung sind keine Aufgaben der Stadtverwaltungen — worin wir Herrn Beutler zustimmen —, sondern des Reiches — was wir ebenso entschieden ablehnen. Dem Bildungswesen sollen die Gemeinden ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, aber die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichtes sei abzulehnen. Herr Beutler will auch eine gerechtere Gestaltung des communalen Wahlrechtes, das, wie wir bereits in einer früheren Rundschau sahen, gerade der Stadtrat von Dresden durch eine gekünstelte Auslegung der Städteordnung der Arbeiterschaft vorzuenthalten bemüht gewesen ist. Dadurch werde es möglich, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen und einen Ausgleich der socialen Gegensätze zu schaffen.

Am zweiten Tag beschäftigte sich der deutsche Städtetag mit dem Ergebnis der deutschen Städteausstellung. Das Referat hatte Professor Wuttke-Dresden übernommen, der sich nicht scheute, den Herren einige Wahrheiten zu sagen. Die Kritik, die er an der Ausstellung übte, stimmt in vielen Fällen mit der unsrigen überein, die wir in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift geübt haben. Professor Wuttke forderte in seinem Schlusswort die Städte zum Kampf für ihre heiligsten Culturinteressen auf, die durch den Agrarianismus auf das schwerste bedroht seien. Sein Aufruf fand in der Discussion, die sich an seinen Vortrag knüpfte, soweit wir sehen können, keinen Widerhall. Wie sollte das auch der Fall sein, da wohl der grössere Teil der Oberbürgermeister conservativ ist und gegen die in den Regierungen herrschenden agrarischen Ideen nicht Front zu machen wagt, um es mit diesen nicht zu verderben! Gibt es doch sogar Oberbürgermeister, und zwar grösserer Städte, die Mitglieder der agrarischen Parteien sind.

Der Städtetag soll zu einer dauernden Einrichtung werden. Wenn auch in der Zukunft die Leitung dieser Einrichtung vorwiegend in den Händen von Oberbürgermeistern liegen wird, wenn ausserdem die Delegierten gleichfalls fast ausschliesslich Oberbürgermeister sein werden, so wird die Bedeutung dieser Einrichtung und ihr Einfluss kein sehr grosser werden, werden die Verhandlungen sich durch jene schwächliche Wohlgemessenheit auszeichnen, die ähnliche

Veranstaltungen zu decorativen, aber bedeutungslosen Einrichtungen gemacht hat.

Ueber die Heidelberger Wohnungsuntersuchung in den Jahren 1895-1896 und 1896-1897 hat Herr M. May im Auftrage des Stadtrates eine ausführliche Darstellung gegeben, die bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist und aus der wir einige Punkte hier näher besprechen wollen. Nachdem eine Teiluntersuchung von Wohnungen in Heidelberg viele Misstände aufgedeckt hatte, beschloss der Stadtrat, eine allgemeine Untersuchung aller Wohnungen der Stadt vorzunehmen, der man im wesentlichen die bei der Erhebung von Basel angewandten Grundsätze zu Grunde legte. Die Leitung der Arbeiten lag in den Händen des Ortsgesundheitsrates, die eigentliche Ausführung in den Händen einer besonderen Subcommission. Die Erhebung suchte man anfänglich mit freiwilligen Hilfskräften durchzuführen. Da dieselben aber nach und nach versagten, sah man sich gezwungen, die Arbeit einem Bauverständigen gegen Bezahlung zu übertragen. Es wurden im ganzen 7578 Wohnungen untersucht, die 35 185 Wohnräume enthielten. Zu den Wohnräumen sind aber auch die Küchen, Dienstbotenkammern und andere als Wohn- oder Schlafräume verwendete Nebenräume gerechnet. Dadurch wird natürlich die Belegungsziffer der Wohnräume eine verhältnissmässig niedrigere. Sie beträgt 0,93, ist also trotzdem keine besonders günstige. Auf ein Haus kommen 14,5 Bewohner, dies eine sehr günstige Ziffer, die nur von Bremen mit 7,84 Bewohnern übertroffen wird. Die Wohnungen mit einem Raum machten 6,35 % der Gesamtzahl, die mit zwei Räumen 9,05 %, die mit drei Räumen 25 % und die mit vier oder mehr Räumen 56,25 %, aller untersuchten Wohnungen aus. Die Ziffern erwecken den Anschein besonders günstiger Verhältnisse; derselbe verfliegt aber, wenn man bedenkt, dass zum Beispiel in den vier Räumen der letzten Classe von Wohnungen immer eine Küche und meist auch eine Dachkammer oder ein anderer Nebenraum enthalten ist. Es gibt weder Keller- noch Souterrainwohnungen in Heidelberg. Häuser mit 4 Stockwerken gehören in der Altstadt zu den Ausnahmen. Der Haupttypus ist das Haus mit 3 Stockwerken; dann folgen die mit zwei; schliesslich gibt es noch eine allerdings von Jahr zu Jahr abnehmende Zahl von Häusern mit einem Stockwerk. Das Vierstockerwerkhaus ist in der neueren Zeit durch die Wohnungspolitik der Stadtverwaltung begünstigt worden

Auch die von der städtischen Sparcasse erbauten Häuser haben 4 Stockwerke und 8 Wohnungen. Man kann nicht gerade behaupten, dass diese Wahl von besonderer Einsicht zeugt.

Bei der Wohnungsaufnahme ist nicht nur die Zahl der Wohnräume, sondern auch deren Grösse nach Kubikinhalt, die Grösse und Lage der Fensterfläche, die Heizbarkeit der Räume, der Kubikraum für den Schlafenden und die Zahl der Betten aufgenommen worden. Von den 7578 Wohnungen genügten 804, oder 10,6%, nur in bedingter Weise den Ansprüchen bezüglich Luftraum (10 cbm pro Kopf) und Fensterfläche (0,20 qm ins Freie gehend), während 237 oder 2,9% dem Mindestmass unbedingt nicht entsprachen. Die Zahlen sind nicht besonders ungünstig. Zudem liess sich ein grosser Teil Misstände, namentlich in den Wohnungen mit mehreren Räumen, verhältnismässig leicht abstellen. Recht wenig günstig sind dagegen die Bettverhältnisse. Namentlich in den kleineren Wohnungen mit 1, 2 und 3 Räumen war ein erheblicher Bettenmangel festzustellen, der für die elenden Vermögensverhältnisse der ärmeren Classen bezeichnend ist. Wir entnehmen den in Tabellen zusammengestellten Einzelbildern, die den grösseren und interessanteren Teil des Buches ausmachen, einige crasse Fälle: In den Wohnungen mit einem Raum eine Familie mit 5 Personen, darunter 2 Kinder, und 2 Betten; eine Familie mit 4 Personen, darunter 2 Kinder, und 2 Betten; in Wohnungen zu 2 Räumen 2 Familien mit 4 Personen, darunter 2 Kindern, in 2 Betten, eine Familie von 7 Personen und 5 Betten, eine Familie von 8 Personen, darunter 5 Kinder, und 3 Betten; in Wohnungen zu 3 Räumen eine Familie von 5 Personen und 3 Betten, eine Familie von 5 Personen, darunter 3 Kinder, in 2 Betten, eine Familie von 6 Personen und 3 Betten, eine Familie von 10 Personen, darunter 8 Kinder, in 5 grossen und 2 Kinderbetten u.s.w.

Gegen die Misstände, die die Untersuchung ergeben hatte, wurde mit Entschiedenheit vorgegangen und im Jahre 1898 ein besonderer Wohnungsinspector angestellt. Dazu hatte insbesondere der Umstand beigetragen, dass die baupolizeilichen Mängel der Wohnungen nur sehr langsam beseitigt werden konnten. Der langsame Fortschritt der Verbesserung war teils dem Widerstreben der Eigentümer, teils aber auch dem Mangel an technischem Personal auf dem Bezirksamt, das die Auflagen zu machen hatte, geschuldet. Den Schwierigkeiten, die

sich in Fällen von zu dichter Belegung der Wohnungen aus der Grösse der Familien und dem geringen Einkommen ergaben, suchte man in folgender, bemerkenswerter Weise zu begegnen. In vielen Fällen konnten grosse Familien, die entweder mehr Räume oder wesentlich grössere haben mussten, um den nötigen Luftraum zu erhalten, den um 25 bis 30% höheren Mietszins nicht erschwingen. Um diesen Familien zu Hilfe zu kommen, wurde erstmals für das Jahr 1900 ein Posten von 2000 M. in den Etat eingestellt, aus dem Beihilfen gezahlt werden sollten. Die Anforderungen waren geringer, als man angenommen hatte. Im Jahre 1900 wurden nur 183 M. verbraucht. Das folgende Jahr ergab einen noch geringeren Aufwand, während das Jahr 1902 dann grössere Beträge erforderlich machte. So sehr dieses Vorgehen der Heidelberger Stadtverwaltung anzuerkennen ist, so birgt es doch die Gefahr in sich, dass die Hausbesitzer die Mieten in die Höhe treiben, da sie der Deckung durch die städtischen Zuschüsse sicher sind. Ein Missbrauch der Einrichtung von seiten der ausquartierten Mieter hat niemals stattgefunden.

In 28 Fällen hätten die Misstände nur durch kostspielige Umbauten beseitigt werden können, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eigentümer hinausgingen. Hier musste also alles beim alten bleiben. Solche Fälle beweisen unserer Ansicht nach, wie ausserordentlich notwendig eine Erweiterung des Expropriationsrechtes der Gemeinde ist.

Die grössere Mehrzahl der schlechten Wohnungen liegt in der Altstadt. Es ist daher die Aufgabe der Stadtverwaltung, für einen Abzug der Bewohner zu sorgen, ihn durch gute Verkehrseinrichtungen zu beschleunigen. Daran fehlt es in Heidelberg, da insbesondere die Strassenbahn zu teuer ist. Es fehlt aber auch an der Neigung der Arbeiter, an die Peripherie oder in die Vororte zu ziehen, selbst wenn ihre Arbeitsstätten dorthin verlegt wurden. Das bessere Schulwesen, bessere Fürsorge für Kranke und im Fall der Verarmung, überhaupt die culturellen Einrichtungen halten sie fest, selbst auf Kosten einer gesunden guten Wohnung, selbst wenn sie sie durch teurere Mieten und Fahrkosten erkaufen müssen. Noch einige andere interessante Punkte verdienen Erwähnung, die wir leider wegen Raumangel nicht mehr berühren können.

**Kurze Chronik.** In Frankfurt a. M. hat der Sonderausschuss der Stadtverordneten über die Neuordnung des städtischen Submissionswesens Bericht erstattet. Wir

werden noch eingehender auf die Vorschläge zurückkommen. — Die Bewegung der Hamburger Strassenbahner, die zu einem allgemeinen Strike zu führen drohte, ist durch einige, allerdings nur geringe Concessionen der Direction der Gesellschaft vorläufig beendet worden. — Der Berliner Magistrat hat die Pläne der städtischen Parkdeputation zur Anlage eines Nordparks genehmigt; der Grunderwerb erfordert eine Ausgabe von rund 2 382 000 M. *Hugo Lindemann.*

### Socialistische Bewegung

Die **Wahrheitsbewegung** in Oesterreich hat die Bluttaufe erhalten. Am 7. September fand im Redoutensaal zu Brunn eine von über 10 000 Menschen besuchte Volksversammlung statt mit der Tagesordnung *Die Verlängerung der Dienstzeit der Drittlährigen und das allgemeine Wahlrecht*. Reichsratsabgeordneter Hybes referierte czechisch, Genosse Dr. Czech deutsch. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Als dann die Versammlungsteilnehmer unter Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht die Strassen durchzogen, wurden sie ohne jeden Grund von der Polizei überfallen. Polizeiconcipisten und Wacheführer forderten die Schutzleute zu scharfem Dreinhauen auf. Der Polizeiconcipist Melon schrie: »Nur fest hineinhalten in die Bagage!« Mehr als 20 Arbeiter wurden von den wie wahnsinnig um sich hauenden Schutzleuten mit Säbelhieben verwundet. Unter den Verwundeten befindet sich ein zehnjähriger Knabe. Das russische Vorbild scheint somit auf Oesterreich ansteckend zu wirken.

Auf dem Umweg über London trifft die Nachricht ein, dass ein **Veteran des polnischen Socialismus**, Genosse Bronislaw Slawinski, glücklich aus Sibirien entflohen ist. Slawinski war Mitglied der polnischen socialrevolutionären Partei *Proletaryat* (1882—1886). Am 30. Juli 1884 wurden die drei Genossen Debski, Slawinski und Janowicz in der Hennebergischen Milchwirtschaft an der Ecke der Wareckagasse zu Warschau von Gendarmen aufgespürt und für verhaftet erklärt. Die Genossen griffen zu ihren Revolvern, die Gendarmen desgleichen. Janowicz wurde verwundet, gefangen genommen und nach anderthalb Jahren Untersuchungshaft nach Sibirien verschickt, wo er 1902 durch Selbstmord endete; Debski und Slawinski entflohen. Debski wanderte westwärts und schliesslich nach America, wo er eine leitende Stellung unter den dortigen polnischen Socialisten einnimmt. Slawinski aber

begab sich einige Zeit nach jenem Vorfall nach Posen, wo er jahrelang im geheimen agitatorisch tätig war. Kurz vor Aufhebung des Socialistengesetzes wurde er verhaftet und zu dritthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüssung der Strafe lieferte ihn das constitutionelle Königreich Preussen an die russischen Behörden aus, die ihn ein Jahr in Untersuchungshaft behielten und sodann zu sechzehn Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilten. In den Erzbergwerken hinter dem Baikalsee brachte Slawinski als Sträfling neun Jahre zu; die letzten sieben hat er sich zu ersparen gewusst. Eingedenk des Sprichworts *Durch Schaden wird der Pole klug* gedenkt sich aber Genosse Slawinski diesmal nicht auf preussischem Gebiet niederzulassen.

Ueber die **Strikeaufstände in Süd-russland, Georgien und Russisch Armenien** liegen nunmehr zum Teil genauere Nachrichten vor. Die Bewegung begann in der steinreichen Petroleumstadt Baku, unter einer aus Armeniern, Georgiern, Russen, Persern, Tartaren und Türken buntgemischten Arbeiterschaft. Die Zahl der Strikenden stieg bis auf 45 000; es war ein vollständiger Generalstrike, aller Verkehr stockte, die Zeitungen erschienen nicht. Fortwährend fanden Massenversammlungen statt. Die Arbeiter forderten unter anderem: Lohnerhöhung, Zehnstundentag (beziehungsweise Achtstundentag), Abschaffung der Geldstrafen, Entlassung missliebiger Beamter, Badegelegenheit, gutes Trinkwasser. Die Stadt war von Militair entblösst; die Capitalisten zeigten sich nachgiebig. Später aber rückte Militair aus Turkestan ein; 200 Arbeiter wurden verhaftet, 400 ausgewiesen. Inzwischen griff die Bewegung auf Tiflis, die Hauptstadt Georgiens, und auf die armenische Hafenstadt Batum über. An beiden Orten kam es zu einem Generalstrike aller Branchen. Ausdrücklich wird aus Batum berichtet, dass neben den aufgeweckten, bildungsdurstigen Armeniern auch die bedürfnislosen, hungergewohnten Perser mitstrikten. Von dort flogen die revolutionären Funken über das Schwarze Meer hinüber nach Odessa, wo sie bald in hellen Flammen aufloderten. 56 000 Arbeiter aller Branchen, den verschiedensten Nationalitäten angehörig, strikten und demonstrierten in den Strassen für den Socialismus und gegen das Czarentum. Die Behörden waren anfangs ratlos, dann aber requirierten sie Militair von auswärts, und nun wurden die Strikenden mit Kolbenstößen, Peitschenschlägen, Säbelhieben und Massenver-



haftungen beruhigt. Mit der Function des Versammlungsauflösens wurden Kosakenhaufen betraut, welche die *Frechen und Unbolmässigen* kurzweg niederritten. In den weiter ostwärts gelegenen Hafenstädten Nikolajew und Kertsch-Jenikale kam es gleichfalls zu Massenstrikes. Schliesslich wurde auch Kiew, wo die Arbeiterschaft hauptsächlich aus Ruthenen und Russen besteht, von der Bewegung ergriffen; auch hier war der Strike allgemein, und binnen wenigen Tagen setzten die Arbeiter einen grossen Teil ihrer Forderungen durch. Inzwischen aber wurde die Garnison durch Zuzug verdreifacht und die Bewegung blutig unterdrückt. Es gab hundert Tote und Hunderte von Verwundeten jeden Geschlechts und Alters und über 3000 Verhaftete. Die Zahl der Toten wäre noch grösser, hätten nicht viele Soldaten in die Luft geschossen. Im Mittelpunkt des Kampfes standen die Eisenbahner; als das Militair gegen sie aufrückte und der Platzcommandant Feuer commandierte, trat ein Officier vor seine Compagnie und rief: »Ein Lump ist, wer auf seine hungernden Brüder schiesst!« Die Compagnie schoss nicht, der Officier wurde verhaftet und dürfte zur Stunde längst erschossen sein, die Compagnie wird aufgelöst. Als ferner die Bahnverwaltung den Strikenden zum Trotz einige Züge ablassen wollte, warfen sich die Arbeiter in Massen auf die Schienen; das Militair gab drei Salven auf sie ab.

Zur Behandlung der *Agrarfrage in Süditalien* hat Domenico Santoro im *Avanti* wichtige Vorschläge gemacht. Die Industrialisierung Süditaliens, schreibt Santoro, sei doch nur ein sehnsüchtiger Traum; umso brennender sei die Notwendigkeit einer Hebung der Landwirtschaft. Dringend genug sei die Sache, wenn auch der Anspruch von Benoit Malon, die Agrarfrage sei die wahre und alleinige sociale Frage, nicht gerade wörtlich zu nehmen sei. Es folgt eine Inhaltangabe des Buches von Filippo Lo Vetere *Il movimento agricolo siciliano*, das in der Forderung der Organisation bäuerlicher Creditgenossenschaften gipfelt, denen der Staat durch Schaffung eines wohlwollenden Genossenschaftsgesetzes vorzuarbeiten habe. Diesen Vorschlag bezeichnet Genosse Santoro als nützlich, wenn gleich nicht ausreichend zur Lösung des ganzen Problems. Des weitern führt er aus, dass in andern Culturstaaten sehr viel mehr geschehen sei, um der bäuerlichen Bevölkerung über die Agrarkrise hinwegzuhelfen, und zwar nicht nur auf dem Wege der Or-

ganisation der genossenschaftlichen Selbsthilfe, sondern auch durch gesetzliche Forderung und directe staatliche Unterstützung; er verweist auf Irland, auf die Organisation des bäuerlichen Creditwesens in Frankreich, auf die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die ihnen von staatlicher Seite vielfach gewährte Forderung. ferner auf Aegypten, wo das britische Regime durch Organisation des bäuerlichen Credits die Fellahs den Klauen des Wuchers entrissen und sie in den Stand gesetzt habe, eine rationelle, fortschrittliche Landwirtschaft zu treiben, endlich, an der Hand des neuen Werkes von William Pember Reeves *State experiments in Australia and New Zealand*, auf Australien, wo, gefördert durch staatlichen Credit und von Staats wegen bestellte Organisatoren, das ländliche Genossenschaftswesen in grossartigem Aufschwung begriffen und bereits zur Errichtung zahlreicher Molkereien, Zuckerfabriken, von Gefrieranstalten für zum Ueberseeexport bestimmte Producte u. s. w. vorgeschritten sei. Gerade Australien sei aber ein sehr gefährlicher Concurrent Süditaliens auf den englischen Märkten; wenn dieser Concurrent die Leistungsfähigkeit seiner Landwirtschaft so mächtig steigern dürfe, das ohnedies darniederliegende Süditalien nicht zurückbleiben, bei Strafe völliger Verdrängung vom Markte. Anstatt wie bisher auf dem Standpunct der Nichterinnung des Staates in das Wirtschaftsleben zu beharren und die bauernfreundlichen Anträge des Genossen Morgani unter den Tisch zu werfen, werde sich die Mehrheit des italienischen Parlaments früher oder später dazu entschliessen müssen, das Militairbudget energisch zu beschneiden und dafür eine ausgiebige Vergrosserung des Landwirtschaftsbudgets zu votieren.

Ueber die Aussichten des Socialismus in China berichtet die in Chicago erscheinende *International Socialist Review* auf Grund eines Interviews mit dem chinesischen Gelehrten Lennig Kai Kin. Darnach gibt es in China Kreise, welche die Fortschritte des Socialismus in Europa und Australien regelmässig und aufmerksam verfolgen. Lennig selbst hat schon mehrere Bücher über den Socialismus herausgegeben und in seiner Zeitschrift, deren Auflage 30000 beträgt, wiederholt kurze Auszüge aus Marx' Werken veröffentlicht. Weitere Anregungen kommen von Japan, wo der Socialismus schon grossere Fortschritte gemacht hat. Derzeit beherrscht allerdings eine rein politische Reformbewegung das Feld, deren Ziel es ist, den Despotismus zu stürzen und durch

einen demokratischen Parlamentarismus zu ersetzen. Lengg Kai Kin hofft aber auf den Sieg dieser Reformpartei und ist schon jetzt entschlossen, diesen Sieg durch Schaffung einer organisierten socialistischen Partei auszunützen. Inzwischen erwartet er viel Gutes von dem Einfluss der americanischen Genossen auf die in America beschäftigten chinesischen Arbeiter.

**Kurze Chronik.** In Knittelfeld (Obersteiermark) wurden 6 Socialdemokraten in den Gemeinderat gewählt; damit steigt die Zahl der socialdemokratischen Gemeindevertreter im deutschen Teil Steiermarks auf 65 in 12 Gemeinden, davon in Donawitz 15, in Fohndorf 12 (beide Orte sind Centren der Montanindustrie), in der überwiegend von Fabrikarbeitern bewohnten Vorortgemeinde Eggenberg bei Graz 10, in Graz selbst 5. — Am 15. und 16. August fand in Freudenthal eine Conferenz der deutschen Socialdemokraten Mährens und Oesterreichisch-Schlesiens statt, am 8. September in Teschen eine Conferenz der polnischen und deutschen Socialdemokraten des Teschener Wahlkreises. — In Agram wurden die kroatischen Genossen Dr. Potocjak und Redacteur Korac nach viermonatlicher Untersuchungshaft freigelassen. Ihre Verhattung war ein Willkürstreich des früheren Banus, des seither nach Pest avancierten und dort so grenzenlos schmählich verkrachten Grafen Khuen. Die Gründung eines socialdemokratischen Landesverbandes für Kroatien ist im Zuge. — In Wien referierte Nationalrat Greulich aus Zürich über Wahlrecht und Nationalitäten in der Schweiz. Er betonte, dass die Schweizer Socialdemokraten heute keine Centralisten mehr sind, da sie eingesehen haben, dass gerade das Schweizer Cantonal-system der Verwirklichung socialistischer Forderungen bessere Aussichten bietet, als ein centralistischer Bureaukratismus. — Dem Grossen Rat des Cantons Luzern gehören zur Zeit 6 Genossen an, jenem des Cantons Baselstadt 23 Socialdemokraten bei einer Gesamtzahl von 150 Grossräten. In letzterem Canton ist die Socialdemokratie bekanntlich auch in der Regierung vertreten, und zwar durch den Genossen Wullschleger, der auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ungemein segensreich wirkt. — In Rom erscheint seit 1. September eine neue Wochenschrift *Il Socialista*; sie wird von Bissolati, Cassola und Bonomi redigiert und gehört der reformistischen Richtung an. — Eugen Debs und andere führende Mitglieder der americanischen Socialdemokratie concen-

trieren gegenwärtig ihre Anstrengungen auf den ackerbauenden Staat Colorado im fernen Westen, wo der Procentsatz socialistischer Stimmen bei den letzten Wahlen ein auffallend hoher war, höher als in dem industrie-reichen Massachusetts; eine Hauptstütze der Partei bilden in Colorado die kleineren Farmer, die sich gegen die wucherische Ausbeutung durch die grossen Eisenbahn-compagnien zur Wehre setzen. — In British Columbia besteht eine kräftig aufblühende socialdemokratische Partei; ihr Organ *The Western Clarion* in Vancouver erscheint dreimal wöchentlich und soll demnächst ein Tageblatt werden. — In Alaska wurde eine socialistische Partei gegründet. — Bei den Storthingwahlen in Norwegen eroberte die Socialdemokratie zum erstenmal vier Mandate, darunter eines im höchsten Norden, wo die von speculativen Händlern ausgebeuteten Fischer den Ausschlag gaben. — Im dänischen Folkething hat die Socialdemokratie zur Zeit 16 Sitze inne; die Zahl der socialistischen Stimmen betrug bei den diesjährigen Wahlen 55 479, das sind 23 % aller Stimmen. — Das Krakauer Tagblatt *Naprzód* wurde am 24. August zum 227. Mal confisciert; Anlass hierzu gab ein Artikel *Vor dem Kriegsgericht* und eine Notiz über die Behandlung der zu den Waffenübungen einberufenen Reservisten. — In Brest-Litewski (Gouvernement Grodno) entdeckten die anlässlich der erwarteten Ankunft des Czaren mit verzehnfachtem Eifer herumschnüffelnden Gendarmen eine der polnischen socialistischen Partei gehörige Geheindruckerei. Verhaftet wurde niemand, beschlagnahmt wurden drei Seiten der noch unfertigen Nr. 8 des jüdischen Parteiblattes *Der Arbeiter*. — Das August-Heft des *Przedswil* verzeichnet folgende neue Veröffentlichungen der polnischen socialistischen Partei im russischen Staatsgebiet: a) im Inland hergestellt: Nr. 51 des *Robotnik*, 2 gedruckte Flugblätter und 1 hektographiertes; b) in London gedruckt: eine Nummer des *Kuryerek zakordonony i zagraniczny* und 3 jüdische Broschüren. — In Lorient in der Bretagne erschoss sich der russische Genosse Peter Poliwanow, der Freund und Mitarbeiter Lawrows. Zwanzig Jahre hatte er im Gefängnis zu Schlüsselburg geschmachtet; im Frühling dieses Jahres sollte er nach Sibirien überführt werden. Hierbei gelang es ihm zu entfliehen. Leider vermochten seine durch jahrzehntelange Qual zerrütteten Nerven das Leben in der Freiheit nicht lange mehr zu ertragen. Ehre dem Andenken des Märtyrers!

*Ludslaus Oumplowicz.*

## Gewerkschaftsbewegung

Die Statistik der deutschen Gewerkschaften für das Jahr 1902 bestätigt unsere in früheren Heften ausgesprochenen Erwartungen von einem Aufschwung der Gewerkschaften trotz der wirtschaftlichen Krisis. Die in Nr. 33 des *Correspondenzblattes* veröffentlichte Statistik ergibt, dass die der *Generalcommission* angeschlossenen Gewerkschaften von 677 510 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1901 auf 733 206 im Jahresdurchschnitt 1902 angewachsen sind. Diese Zunahme von 55 696 oder 8,2% ist umso bemerkenswerter, als sie erfolgte in einem Jahr der gesteigerten Arbeitslosigkeit und der schärfsten Unternehmerrepressalien, sie beweist, dass die Gewerkschaften es verstanden haben, sich das Vertrauen als wirksame Schutzwehr der Arbeiter zu bewahren. An diesem Zuwachs sind allerdings 16 von 60 der angeschlossenen Organisationen nicht beteiligt, und von den übrigen 44 sind 3 (die Buchdrucker Elsass-Lothringens, die Civilmusiker und die Notenstecher) in der Statistik erstmalig aufgeführt. Die Abnahme der 16 Verbände ist aber nur gering und meist auf besonders ungünstige Erwerbsverhältnisse zurückzuführen. Sie beeinträchtigt keineswegs das Urteil, dass die freien Gewerkschaften heute und in Zukunft kräftig genug sind, jeder wirtschaftlichen Krisis standzuhalten.

Nachstehend geben wir die Mitgliederzahlen der beteiligten Organisationen wieder: Metallarbeiter 128 842, Maurer 82 223, Holzarbeiter 70 390, Bergarbeiter 41 894, Textilarbeiter 38 158, Fabrikarbeiter 33 640, Buchdrucker 33 369 (Buchdrucker Elsass-Lothringen 751), Zimmerer 24 502, Schuhmacher 20 583, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 19 713, Schneider 18 680, Tabakarbeiter 17 833, Bauarbeiter 16 193, Maler 14 303, Hafenarbeiter 13 832, Brauer 13 189, Buchbinder 10 207, Töpfer 8627, Porcellanarbeiter 8245, Steinarbeiter 8000, Lithographen 7655, Schmiede 7244, Gemeindebetriebsarbeiter 6127, Maschinisten und Heizer 6070, Böttcher 5736, Glasarbeiter 5643, Bäcker 4760, Tapezierer 4735, Steinsetzer 4424, Lederarbeiter 4330, Bildhauer 3918, Werftarbeiter 3749, Sattler 3560, Kupferschmiede 3513, Hutmacher 3232, Handschuhmacher 2987, Dachdecker 2974, Glaser 2772, Seeleute 2598, Stuccateure 2553, Schiffszimmerer 2092, Buchdruckereihilfsarbeiter 1996, Müller 1992, Gastwirtsgehilfen 1978, Handlungsgehilfen 1770, Fleischer 1577, Graveure 1562, Vergolder 1474, Kürschner 1341, Cigarrensortierer 1120, Conditores 982,

Lagerhalter 862, Civilmusiker 537, Barbieri 500, Masseure 388, Bureauangestellte 371, Gärtner 312, Formstecher 289, Notenstecher 289.

Im Verhältnis zur Zahl der Berufsgenössigen, wobei leider neuere Vergleichsziffern, als die der 1895er Berufszählung noch immer nicht vorliegen, beträgt der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder 14,42% in den einzelnen Organisationen schwankt dieses Verhältnis zwischen 79,38% (Buchdrucker nebst Hilfsarbeiter) und 0,55% (Gärtner), wobei dem Maximum nahe kommen die Bildhauer (65,30%), Kupferschmiede (54,10%) und Handschuhmacher (48,53%). Mehr als 30% aller Berufsgenössigen umfassen 15, mehr als 20% 27 Gewerkschaften. Im Jahre 1895 umfassten die sämtlichen Organisationen 5,15, 1896 6,53, 1897 8,19, 1898 9,84, 1899 11,57, 1900 13,56, 1891 13,51 und 1892 14,42% der Berufsgenössigen. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 28 218 (1901: 23 694): die Zunahme von 4519 oder 19% ist ein erfreuliches Zeichen, dass die schwierige Arbeiterinnenagitation doch erfolgreich ist. Die hauptsächlichste Zunahme entfällt auf die Organisationen der Textilarbeiter (+2630), Metallarbeiter (+993) und Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (+568): immeihin ist nur erst in den Berufen der Buchbinder mit 20,26% und der Schuhmacher mit 20,29%, sowie der Buchdruckhilfsarbeiter mit 14,94% und der Metallarbeiter mit 13,22% ein nennenswerter Teil der weiblichen Berufsgenössigen organisiert.

Die gesamten Einnahmen der Gewerkschaften bezifferten sich im Berichtsjahr auf 11 097 744 M., die gesamten Ausgaben auf 10 005 528 M., das Cassenvermögen betrug am Jahreschlusse 10 253 559 M. Nicht enthalten in diesen Zahlen sind die besonderen Einnahmen und Ausgaben zahlreicher Zweigvereine ein sogenannten *Localfonds*, die heute schon eine bedeutende Höhe erreichen — von 10 Organisationen werden allein 620 268 M. an Localcinnahmen nachgewiesen.

Bei den einzelnen Berufen schwankten die Einnahmen zwischen 73,40 M. (Notenstecher) und 5,77 M. (Fleischer) pro Jahr und Kopf der Mitglieder; dem Maximum zunächst kommen die Buchdrucker (54,25 M.). Die Ausgaben verteilen sich auf folgende wichtigeren Posten:

	i. Organis.	M.
Strikes im Beruf . . . .	48	1 888 983
„ in and. Berufen . . . .	40	41 346
Arbeitslosenunterstützung . . . .	27	1 593 022
Verbandsorgane . . . .	60	798 480
Krankenunterstützung . . . .	18	793 878

	I. Organis.	M.
Reiseunterstützung . . . . .	41	709 778
Agitation . . . . .	59	390 588
Gemassregeltenunterstützg. . . . .	38	250 661
Gehälter . . . . .	58	250 415
Sonstige Unterstützung . . . . .	50	250 129
Invalidenunterstützung . . . . .	5	154 398
Generalversamml., Conf. . . . .	52	144 733
Rechtsschutz . . . . .		93 485
Bibliotheken . . . . .		7 065
Stellenvermittlung . . . . .		5 450

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Organisationen ist im Berichtsjahr um 5 vermehrt. Bemerkenswert ist, dass im Berichtsjahre allein für Arbeitslosen-, Reise- und Gemassregeltenunterstützung 509 964 M. mehr, als im Jahre 1901, aufgewendet worden und die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung allein ist in einigen Gewerkschaften in ganz ausserordentlichem Masse gestiegen. Die nachfolgenden Ziffern geben einen Begriff davon, welche Lasten manche derselben durch die Unterstützung ihrer Arbeitslosen Mitglieder auf sich genommen haben: seit 1897 stiegen diese Ausgaben pro Kopf der Mitglieder bei den Bildhauern von 10,04 auf 23,57; Buchdruckern von 5,81 auf 17,70; Glasarbeitern von 1,10 auf 5,63; Glasern von 0,60 auf 2,76; Graveuren von 0,63 auf 2,49; Handschuhmachern von 1,72 auf 16,18; Conditoren von 0,54 auf 4,23; Kupferschmieden von 1,83 auf 9,57; Cigarrensortieren von 3,91 auf 10,45 M.

Von Interesse ist auch eine Gegenüberstellung der Ausgaben für Strikeunterstützung und für andere Unterstützungszwecke, welche erkennen lässt, dass die Gewerkschaften das Unterstützungswesen neben dem wirtschaftlichen Kampf in ganz ausgedehntem Masse pflegen. Es betragen diese Ausgaben in den Jahren

	für Strikezwecke	für and. Unterstützungen
	M.	M.
1891:	1 037 789	388 223
1894:	188 980	1 350 927
1897:	881 758	1 637 219
1900:	2 625 642	2 816 037
1902:	1 930 329	4 643 831
1891—1902:	13 046 758	24 256 544

Erfreulich ist auch die stetige Erhöhung der Beiträge in den Gewerkschaften, die in nicht geringem Grade es den Gewerkschaften ermöglichte, der Depression besser, als in früheren Jahren, standzuhalten. Die Zahl der Gewerkschaften mit einem Beitrag unter 15 Pf. pro Woche ist seit 1896 von 10 und seit 1901 von 4 auf 1 zurückgegangen, und weniger als 20 Pf. pro Woche erheben nur noch 10 (1896 noch 52) Gewerkschaften.

Wie in früheren Jahren, so bietet auch die vorliegende Gewerkschaftsstatistik eine Uebersicht über die der *Generalcommission* nicht angeschlossenen Gewerkschaften, als welche neben den Localorganisationen, den Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereinen noch eine Reihe mehr oder weniger christlich-confessionell gefärbter Berufsvereine und wilder Organisationen in Betracht kommen. Ihr Umfang ist neben dem der Gewerkschaftsverbände in folgender Tabelle dargestellt:

Art der Verbände	Mitgliederzahl		
	1901	1902	Zu- oder Abnahme 1902
Centralverbände	677510	733206	+55696
Locale Vereine	9360	10090	+ 730
H. D. Gewerkvereine	96765	102851	+ 6086
Christlich. Gewerksch.	84667	84652	— 15
Unabh. — christl? — Gewerksch.	90412	105248	+14836
Unabhängige Vereine	49651	56595	+ 6944
Summa	1008365	1092642	+84277

Endlich sei mitgeteilt, dass sich die Zahl der Gewerkschaftsblätter um 1 (Organ der Cigarrensortierer) vermehrt hat und dass ihre Gesamtauflage von 777 094 im Jahre 1901 auf 816 420 im Berichtsjahre stieg.

Eine willkommene Ergänzung der Gewerkschaftsstatistik bietet die von der *Generalcommission* seit dem Jahre 1901 auf Grund eigener Erhebungen bearbeitete Statistik der örtlichen Gewerkschaftscartelle. Nr. 34 des *Correspondenzblattes* bringt die Jahresstatistik für 1902, an welcher 366 von den am Jahresschluss vorhanden gewesenen 393 Cartellen, also etwa 93% beteiligt sind. Diese Cartelle umfassen 4747 gewerkschaftliche Vereine mit 614841 Mitgliedern, während an der 1901er Statistik nur 319 Cartelle mit 3995 Vereinen und 481 718 Mitgliedern beteiligt waren. Diese Zunahme von 133 123 vertretenen Mitgliedern erklärt sich durch das Hinzukommen einiger grösserer Cartelle, die im Vorjahr nicht verzeichnet waren — Leipzig mit 24 279 Mitgliedern — wie auch durch das Anwachsen vorzugsweise der grossstädtischen Cartelle. So hat die Berliner *Gewerkschaftscommission* allein eine Zunahme von circa 39 000 Mitglieder zu verzeichnen. Ueberhaupt umfassen

die Grosstädte die Mehrzahl aller cartellierten Mitglieder; 55% der letzteren (1901: 51%) gehören 23 grossstädtischen Cartellen an. Verhältnismässig unbedeutend ist die Teilnahme localer und fremder Gewerkschaften an den Cartellen: nur 84 solcher Vereine mit 12589 Mitgliedern wurden in 36 Cartellen gezählt. Die übrigen 4663 angeschlossenen Vereine sind Zweigvereine von Gewerkschaftsverbänden, die der Generalcommission angehören. Gering ist auch die Zahl der ausserhalb der Cartelle stehenden gewerkschaftlichen Zweigvereine (288), deren Fernbleiben weniger auf principielle Abneigung, als vielmehr auf locale Ursachen zurückzuführen ist.

Von den an der Statistik beteiligten Cartellen zählen 21 bis zu 100 Mitgliedern, 102 100 bis 300 Mitglieder, 66 300 bis 500 Mitglieder, 67 500 bis 1000, 86 1000 bis 5000, 12 5000 bis 10000, 8 10000 bis 25000 und 2 (Berlin und Hamburg) mehr als 25000 Mitglieder.

Die Gesamteinnahmen von 360 berichtenden Cartellen betragen 272 394 M., die Gesamtausgaben 285 468 M. Von den Einnahmen kamen 125 106 M. aus Organisationsbeiträgen, 48 870 M. aus Ueberschüssen von Festen und sonstigen Veranstaltungen und 4850 M. aus Schriftenvertrieb. Die Organisationsbeiträge betragen bei 19 Cartellen 104 bis 120 Pf., bei 49 Cartellen 60 bis 100 Pf., bei 107 Cartellen 40 bis 59 Pf., bei 138 Cartellen 20 bis 39 Pf. und bei 32 Cartellen bis zu 20 Pf. pro Kopf und Jahr; ihre Höhe wird bedingt durch die Zahl der beteiligten Mitglieder und durch den Umfang der Cartellaufgaben.

Von den Ausgaben kamen auf Agitation 25 418 M., Vertreterwahlen 10935 M., Statistiken und Erhebungen 9875 M., Herberge und Arbeitsnachweis 11660 M., Gewerkschaftshaus und Versammlungssaal 28011 M., Secretariate und Auskunftsbureaus 22548 M., Bibliothek und Lesehallen 15 136 M., gemeinnützige Einrichtungen 6714 M., Gehälter und Entschädigungen 38 318 M., Miete und sächliche Verwaltung 38 269 M., Strikes am Orte 8126 M. und auswärtige Strikes 5897 M.

Ausser den genannten Einnahmen brachten die Cartelle für Strikes durch Sammlungen 62087 M. auf. Die Einnahmen und Ausgaben der Cartelle für Strikes lassen erkennen, dass dieser Teil der Tätigkeit für die Finanzierung der Strikes fast völlig bedeutungslos geworden ist. Nur in ausserordentlichen Fällen fällt diese Mitwirkung der Cartelle noch erheblich ins Gewicht. Eine sachliche Würdigung der deutschen Gewerkschaftscartelle, ihrer Bedeutung, Leistungen und

Einrichtungen, wozu in erster Linie die Arbeitersecretariate zählen, bleibt einer besonderen Behandlung vorbehalten. Erwähnt sei hier noch, dass bei den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen nach dem Muster der Gewerkschaftscartelle Ortsverbände bestehen, deren Zahl 199 mit 1257 beteiligten Vereinen und 68216 Mitgliedern betrug und die im Jahre 1902 inclusive 9702 M. Cassenbestand eine Einnahme 25 233 M. und eine Ausgabe von 16294 M., darunter nur 2812 M. für Agitation, verzeichnen. Die christlichen Gewerkschaften geben 43 Ortscartelle an, deren Existenz und Wirksamkeit aber an den meisten Orten völlig unbekannt ist. Ausserdem besteht in Berlin ein Cartell der Localorganisationen.

In der **Strikebewegung** zogen im letzten Monat vornehmlich die revolutionären Massenstrikes in Südrussland aller Blicke auf sich (vergl. auch die Rubrik *Socialistische Bewegung*, pag. 792—793). Es ist nicht allein der durch die Krisis nach unten verschärfte Druck und das durch Arbeitslosigkeit verbreitete Elend, das diese Strikes hervorrief, sondern auch ein gutes Teil politischer Empörung gegen das Gewaltregiment der zarischen Regierung. Vom Kaukasus (Naphthagebiet) sprangen die Ausstände nach Odessa, Kiew u. a. Städten über; sie gewannen sofort den Charakter von Generalstrikes, die das gesamte gewerbliche Leben und den öffentlichen Verkehr lahmlegten und in der Bevölkerung eine solche weitgehende Unterstützung fanden, dass die Regierung um ihre Sicherheit zitterte und durch blutige Unterdrückung, zum Teil auch durch Anordnung der Bewilligung der Arbeiterforderungen den Aufständen ein Ende bereiten liess. Erklärlicherweise kommen die Nachrichten aus diesem Lande nur spärlich und verspätet; indes lässt der ganze Charakter der Bewegung vermuten, dass im Czarenreich eine Arbeiterbewegung erwacht ist, die diesmal nachhaltiger denn je um ihr Existenzrecht kämpft und durch ihr zielbewusstes Vorgehen sich dasselbe auch erzwingen wird.

In Deutschland ist der bemerkenswerteste Kampf der Zehnstundenkampf der Crimmitschauer Textilarbeiter mit circa 8000 Beteiligten, der schon seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen die weitestgehende Unterstützung der Arbeiter verdient. Handelt es sich doch um einen Kampf gegen die socialpolitisch rückständigste Grossindustrie, die krampfhaft daran festhält, ihre Arbeitskräfte bis zur Grenze der Erschöpfung auszubeten und die sich auch am hartnäckigsten gegen den gesetzlichen Zehnstudentag für

die Arbeiterinnen ausloht. Die von den prouarischen Gewerkschaften durchgeführte Arbeitsektionen hat ergeben, dass am 1. Oktober 1902 in 70,9% aller Fabriken 61,3% aller erwachsenen Arbeiterinnen nur 8 bis 10 Stunden beschäftigt waren, in der Textilindustrie aber in 48% der Fabriken nur 39,1% der Arbeiterinnen. Im Regierungsbezirk Münster beschäftigten die Spinnereibetriebe 99,7% ihrer Arbeiterinnen länger als 10 Stunden und im Bezirk Zwickau, wo schon der Streik ausgebrochen ist, ist der 8-Stundentag noch allgemein. Es ist bezweifelnd, dass gerade die grosscapitalistischen Betriebe an dieser langen Arbeitszeit festhalten und noch dazu behaupten, dass ohne Verkürzung wegen der Unmöglichkeit, die Intensität des Betriebs noch weiter zu steigern, ausgeschlossen sei. Offenbar kann die übermässige Ausbeutung der Arbeiterinnen kaum zugestanden werden. Der Ausstand hat bereits eine Reihe von Nebenaktionen (Vorkammlungs- und Streikpostenverbote) herbeigeführt, die bei keinem der Streiks der Gegenwart zu sehen sind und die Arbeiter wahrscheinlich daran erinnern wollen, dass das Coalitionsrecht in Deutschland zwar erlaubt, seine Anwendung aber bestrast wird. — Eine Tarifbewegung der Buchbinder in den 3 Städten Berlin, Leipzig und Stuttgart, die darauf gerichtet war, den jetzt ablaufenden 1890er Tarif sowohl hinsichtlich der Lohnsätze, als auch der formalen Bestimmungen für die Arbeiter günstiger zu gestalten, hatte material zur Anerkennung der wesentlichen Arbeiterforderungen geführt und wahrscheinlich durch die Verkürzung des geltenden Tarifs abgeschlossen, wenn nicht die Unternehmer in Stuttgart zugunsten des unzulässigen Verlangens gestillt hätten, dass die Arbeiter binnen 4 Wochen die schriftliche Anerkennung der neuen Tarifsätze durch alle dem Unternehmerverband nicht angehörenden Principale brähten. Diese Forderung verlangt von den Arbeitern so völlig Unmögliches, dass man schwer an einen guten Willen der Principale zur Tarifvereinbarung glauben kann. Die Arbeiter haben recht, wenn sie unter solchen Umständen auf die Tarifgemeinschaft verzichten. Der Vorgang zeigt, dass es heute gerade die Unternehmer sind, denen noch die nötige Hilfe zur gesetzlichen Regelung der Berufsverhältnisse fehlt. Neuerdings hat freilich der Unternehmerverband die an der Spitze der Stuttgarter Principale stehende Firma desavouiert und abermalige Verhandlungen angebahnt, die einen günstigen Abschluss hoffen lassen. — Eine Lohnbewegung der Hamburger Strassenbahner schien

wegen zahlreicher Massregelungen seitens der Direction ernste Verkehrsstörungen herbeiführen zu lassen. Der Massenstreik der Angestellten zur Gewerkschaft veranlasste die Direction, einen Teil der Forderungen derselben zu bewilligen und die Massregelungen rückgängig zu machen.

**Kurze Chronik.** Im Verband der Töpler ist die Einführung der Arbeitlosenunterstützung mit Zweidrittelmehrheit abgeschlossen worden; die Ablehnung erklärt sich aus den differierenden Vorstellungen zwischen den Oligarchen und den Werkstattarbeitern. An Stelle der Arbeitlosenunterstützung tritt vom 1. October ab eine Erhöhung der Krankenunterstützung bei erhöhtem Beitrag in Kraft. — Ein sozialdemokratischer sogenannter *deutscher Arbeitercongress* wird auf den 25. und 26. October nach Frankfurt a. M. berufen, der sich mit Fragen des Coalitions-, Vereins- und Vorkammlungsrechts, der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und der Errichtung von Arbeitskammern beschäftigen soll (vergl. die Rubrik *Socialpolitik*, pag. 784). In Wirklichkeit soll der Congress einen Gegensatz zur klassenbewussten Gewerkschaftsbewegung demonstrieren und der Regierung eine rechtliche Begünstigung der auf staatsverfallendem Boden stehenden Berufsvereine nahelegen. Die Machter dieser Congressen sind die Führer der evangelischen und katholischen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften und des *Deutschen Nationalen Handlungsgewerkschaftsbundes*. Angeblich haben 22 Vereine mit 450000 Mitgliedern die Teilnahme zugesagt. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften haben sich an der Berufung nicht beteiligt. Man wird dieser Veranstaltung keine grössere Bedeutung beizumessen brauchen, als sie die Machter derselben bisher genossen. Die conformistischen Arbeitervereine sind nur zu einem kleinen Teil Arbeiterorganisationen, und die christlichen Gewerkschaften haben einen nominalen Einfluss nicht erlangt. Daran wird auch eine gesetzliche Begünstigung nichts ändern. Die Zukunft gehört der freien Gewerkschaftsbewegung.

Paul Umbrell.

### Frauenbewegung

Wie sehr die alten, von den sozialdemokratischen Frauen auch jetzt wieder auf dem Parteitag in Dresden vertretenen Forderungen der Arbeiterinnen auf Herabsetzung der Arbeitszeit, vermehrten Arbeiterinnenerschutz, Wohnereinstellung und Coalitionsrecht als minimale zu betrachten sind, geht aus einer amtlichen Aufstellung

In Nr. 2 des Reichsarbeitsblattes hervor, die sich mit den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Berliner unverheirateten Fabrik- und Arbeiterinnen beschäftigt. Aus 13 Gewerkegruppen sind 933 möglichst gleichartige Arbeiterinnen befragt worden. — Als tägliche Arbeitszeit wurden, wie dies in Größtstädten fast durchweg der Fall ist,  $9\frac{1}{4}$  Stunden ermittelt, als Durchschnittsverdienst 11,36 M. Die Lebenshaltung musste naturgemäß diesem für das teure Berlin äußerst niedrigen Satz entsprechend also durchaus unzulänglich sein. Neben auch bei denen, die sich selbst versorgten, das heißt nicht in ganzer Pension waren, in normaler Zeit 3 M. pro Woche für die Hauptmahlzeit vorstellbar, so sanken die Wochenangaben für die gesamte Beköstigung nicht selten auf 5, ja nur 2 bis 3 M., sobald Meist gekocht oder Kleider gekauft werden mussten. Das Vergütungsbudget ist naturgemäß sehr eingeschränkt, soweit nicht der Kräfteumfang oder ein Verhältnis für diese Ausgaben aufkommen. Doch bringen es trotzdem noch 197 oder 21% der Mädchen fertig. Verwandte oder Kinder zu unterstützen oder zu erhalten. 22% gelingt es sogar, kleine Klacklagen zu machen. Sehr viel Entzugsfähigkeit, aber auch sehr viel Tatkraft und Mut offenbart sich in diesen schlechten Zahlen, und wer hat einem Einkommen von 11,36 M., von dem der Bericht sagt, „dass es schon durch die unentbehrlichsten Bedürfnisse aufgewogen wird“, noch so viel stoffliche Qualitäten aufzuweisen hat, der darf seiner Zukunft und seines Stiegs sicher sein. Im Kampf um den Lohnstundenstag stehen gegenwärtig auch die Textilarbeiterinnen von Rundschau. Der Ausstand umfasst 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen; sein erfolgreicher Ausgang würde Leben und Gesundheit für zahlreiche Situngsbedeuten, die heute zu Grunde gehen müssen, weil die gehetzten und überforderten Mütter sie nicht, wie sie sollte, pflegen kann. — In einer sehr bemerkenswerten Artikelreihe nimmt Clara Zetkin in der Gleichheit Stellung zu der Frage, ob einer Verlängerung der Mittagspause der Fabrikarbeiterin eine entsprechende Herabsetzung der Arbeitszeit respektive früherer Abendschluss vorzuziehen sei. Sie behauptet diese Frage auf Grund der Bekundungen der Gewerkschaftsbeamten, wie aus der durch eine solche Erfahrung belegten Erwägung, dass aus hygienischen, hauswirtschaftlichen und familiären Gründen eine Verkürzung der Arbeitszeit weit wünschenswerter ist, als eine verlängerte Mittagspause.

**Kurze Chronik.** Die Zahl der in Deutschland studierenden Frauen ist von 1271 im Wintersemester 1902-1903 auf 860 im Sommer 1903 herabgegangen; man bringt das in Verbindung mit den in Preussen erlassenen strengen Bestimmungen gegen die Ausländerinnen. — Eine Berufsorganisation der Krankenschwestern Deutschlands, die mit dem Sitz in Berlin vor einigen Monaten gegründet wurde, zählt bereits 171 active und 66 inactive Mitglieder; der damit verbundene Pflegerinnenwachst und die Ambulanzen werden stark in Anspruch genommen und wirken sehr erfolgreich. — Vor einiger Zeit ist in Frankreich zum erstenmal eine Dame als Schiffsärztin angestellt worden; dergleichen eine in Montpelier als leitender Arzt der Frauenklinik. — Auch in Dänemark wurde eine Frau mit der Leitung des Krankenhauses in Aalborg betraut. Das ist ebenso wie die vom Barer Cantonsrat vorföhrte Teilnahme der Frauen an der Schullinspektion und verwandten Dingen, und wie die aus Colorado gemeldete Anstellung einer vollberechtigten weiblichen Regierungskommissarin für die Weltausstellung in St. Louis 1904, ein erfreuliches Zeichen dafür, dass man Frauenwollen und -können in immer höherem Grade überall anerkennt. — Das norwegische Strafgesetzbuch, das am 1. Januar 1904 in Kraft treten wird, steht als Ehrenbezeichnung auch die Übertragung ansteckender Krankheiten vor. — Eine Centralstelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels ist als neues Decernat bei der Berliner Criminalpolizei errichtet worden; gleiche Stellen sollen auf Anregung Frankreichs über die ganze erweiterte Welt verbreitet werden. — Im December dieses Jahres werden 856 000 australische Frauen zum erstenmal in der Lage sein, das ihnen vor kurzem gewährte Stimmrecht zum allgemeinen Parlament auszuüben. — Die im Auftrage des Reichskanzlers von den deutschen Gewerkschaftsbeamten veranstaltete Umfrage, ob die Herabsetzung der Maximalarbeitszeiten von 11 auf 10 Stunden durchführbar sei, ist fast durchweg in zustimmendem Sinne entschieden worden; selbst in Preussen, dem Dorado sozialpolitischer Rückständigkeit, haben sich von 28 Berichterstattern 21 für seine Notwendigkeit und Durchführbarkeit ausgesprochen. — Die Zahl der in freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen betrug nach dem letzten Jahresbericht 28 218. Also nicht, wie wir glaubten, eine Abnahme, sondern eine erfreuliche Zunahme um 4619 hat stattgefunden. Sehr förderlich auf den Organisationstrieb der Arbeiterinnen muss zweifellos die

Tatsache wirken, dass der Etat der Reichseisenbahnverwaltung die Einstellung von 91 Schrankenwärterinnen vorsieht, denen er einen Tagelohn von 55 Pf. (!) zugebracht hat. Zu diesem überwältigenden Angebot stimmen auch die Mitteilungen, die Louise Zietz in der *Gleichheit* über Hungertlöhne in der Conservenindustrie macht: 13 bis 15 Pf. Stundenlohn in der Fabrik, in der Heimarbeit für das Schälen des Spargels 2 bis 5 Pf. pro Pfund, was bei angestrenzter Arbeit aller Familienmitglieder einem Tagesverdienst von 1,50 bis 4 M. gleichkommt. — Der Congress der socialistischen Frauen, der am 31. Mai in Brüssel tagte, verhandelte unter anderm über die Beteiligung der Frauen an der Genossenschaftsbewegung; von besonderem Interesse waren die Mitteilungen über die grosse Kindersterblichkeit im Proletariat.

Henriette Fürth.

## Diversa

### Bücher

Hans Delbrück: *Erinnerungen, Aufsätze und Reden*. Berlin, Georg Stilke.

Ein Abgrund trennt den Prinzenerzieher Delbrück von der Socialdemokratie, obwohl er sich einmal scherzweise einen *conservativen Socialdemokraten* nennt. Das rote Fahnenstück erscheint ihm wie ein Leichentuch, in das alle unsere Schätze an tiefer und feiner Bildung gewickelt werden. Im kräftigsten Brustton der Ueberzeugung ruft er aus: »Ich bin durchaus Gegner aller socialistischen oder gar communistischen Gleichmacherei. Das schöne Wort *Der Reichtum eines Volkes ist sein Reichthum an Individualitäten* ist mir aus der Seele gesprochen.« Je nun, was ist der Socialismus anders, als ein stürmischer Aufschrei gegen das nivellierende Classen- und Massenmenschenhum? Delbrück ist ein leidenschaftlicher principieller Gegner der Socialdemokratie, aber ein mit Wissen und Geist gepanzertter Gegner. Er schlägt kräftig drein, aber bei seinem Dreinschlagen siehst du doch einmal lichtspendende Funken — und das kann man doch wirklich nicht dem grossen Heerhaufen der socialdemokratischen Gegner nachrühmen. Mit Meisterhand zeichnet Delbrück dann und wann charakteristische Massenerscheinungen. Mit der Wärme des Lebens haucht dich die an Zukunftsrätseln so reiche Welt des Ostens in dem schönen Aufsätze *Russisch Polen* an. Einige Delbrücksche Aufsätze fesseln dich, du liest in ihnen lieben, lichten Pfingstsonntag und grübelst über die materialistische Geschichtsauffassung nach.

*Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters*. Herausgegeben und mit einem Geleitwort versehen von Paul Göhre. Leipzig, Eugen Diederichs.

Unsere socialpolitische Litteratur weist ein eigenartiges Werk auf: die *Naturgeschichte des Volkes* von W. H. Riehl. Bei Riehl ist der *vierte Stand* noch kein einheitlicher, aus einem socialen Volkselement hervorgegangener Stand, sondern ein Erzeugnis sämtlicher Stände — eine Sammlung der brüchigen Elemente dieser Stände. Der heutige *vierte Stand* war ja auch erst in den Tagen, wo Riehl seine Naturgeschichte des Volkes schrieb, im Werden begriffen. Ein Vertreter dieses werdenden Standes tritt uns in dem Arbeiter entgegen, der seine *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen* in die Hände Paul Göhres gelegt hat. Wir haben genug gelehrte Bücher über den Arbeiter, hier haben wir einmal den Arbeiter selbst. Der Arbeiter jener Epoche schreit bereits laut unter dem socialen Weh und Ach seiner Zeit, aber er reflectirt nicht über dieses Weh, er stürmt nicht zielklar gegen dieses an. In das Fühlen und Denken des Arbeiters ragt noch überall die biblische Welt hinein. Seelisch hat er sich in seiner Jugend ganz mit Bibelsprüchen ausgefüllt. So übermächtig arbeitet in ihm die alte Bibel noch, dass sie seinen Gedanken die Form gibt. Er setzt sich auch nicht nach einem müherreichen, armseligen Leben mit den religiösen Ideen seiner Kindheit auseinander, er spinnt sie ruhig weiter bis zu seinem Grabe fort. In den *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen* des Arbeiters prägt sich die Seelenverfassung einer grossen Gruppe deutscher Proletarier aus, die sich zur Zeit der Märzrevolution in den Knabenjahren befanden und in unseren Tagen bereits tot oder von harter Erwerbsarbeit völlig zermürbt sind. In das einförmige Leben dieser Proletarier stürmen noch nicht die politischen und socialen Kämpfe der Zeit hinein. Die mit politischen Katastrophen so geladene Epoche von 1864 bis 1884 hat sich bezeichnenderweise in den Erinnerungen unseres Arbeiters garnicht niedergeschlagen. Die blutsaure Fronarbeit im Schacht, am Brennofen und in der Steinfabrik tötet das innere Leben dieses Arbeiters vollständig. Eine rauhe Hand legt sich auf das Leben dieses Mannes. Ein dankbares Erinnern an selige Stunden hat sich in die *Denkwürdigkeiten* unseres Arbeiters nicht hineingeschrieben. Neben der grossen Gruppe social zurückgebliebener Proletarier, deren Weltanschauung sich in den *Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters* ausspricht,



wuchsen aber zugleich die älteren socialdemokratischen Führer vom Schlage Bebels auf. Es wäre eine würdige Aufgabe des Herausgebers der vorliegenden *Denkwürdigkeiten*, Paul Göhres, wenn er den geistigen Werdeprocess dieser Männer an der Hand ihrer Lebenserinnerungen plastisch zur Darstellung bringen würde. Mit einem dergartigen Werke würde er einen classischen Beitrag zur Bildungsgeschichte des aufstrebenden deutschen Arbeiterstandes im XIX. Jahrhundert schaffen. Aus Parteiprotokollen und Parteizeitungen lässt sich diese Geschichte später nicht schreiben. Also auf zu emsiger Sammelarbeit, damit uns nicht die wichtigsten Documente für die Entstehung der proletarisch-socialistischen Weltanschauung inzwischen gar verloren gehen!

\*  
**Hans Ostwald: Die Bekämpfung der Landtreicherei.** Darstellung und Kritik der Wege, die zur Beseitigung der Wanderbettelei führen. Stuttgart, Robert Lutz.

Es ist zum Teil ein erlebtes Buch, das Ostwaldsches Buch, und deshalb packt es neben dem Verstand auch unser Herz. Manches Stündlein hat Ostwald auf den harten Bänken der *Herbergen zur Heimat* zugebracht. Er zeichnet daher aus dem Vollen heraus den socialen Charakter der *Herbergen zur Heimat*. Dieser Herberge mit ihrer Gebundenheit und ihrem Casernenton stellt er wirkungsvoll das moderne Gewerkschaftshaus gegenüber, das den wandernden Arbeiter mitten in den Kreis seiner Mitbrüder und in das reich flutende Ideenleben der Gegenwart stellt. Das Gewerkschaftshaus verknüpft den Arbeiter mit den Vorgängen der Welt und seines Berufes. Er bleibt dort ein gleichstrebender Genosse und wird kein unter das geistige und moralische Niveau seines Berufes heruntersinkender Mensch. Ostwald ist ein gründlich geschulter socialpolitischer Schriftsteller, und daher strebt er eine wirklich das Wesen der Vagabundenfrage treffende Lösung an: Schaffung eines ganzen Netzes von Arbeitsnachweisen, die Begründung einer Reichs-arbeitslosenversicherung und die centralistische Organisation des Fürsorgewesens unter gemeinschaftlicher Mitwirkung aller Beteiligten. Er will die Vagabunden- und Herbergsfrage auf einem ähnlichen Wege lösen, wie die Schlichtung der gewerblichen Streitigkeiten durch die Gewerbegerichte gelang: nämlich durch die Verpflichtung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für die Errichtung der nötigen Herberge- und Beköstigungseinrichtungen für Wandernde Sorge zu tragen.

Ostwald bringt ein reiches socialpolitisches Anlagematerial gegen die Stadtverwaltungen zusammen, die vielfach in völlig ungenügender Weise für die Wanderarmen sorgen. In lebensvollen Bildern entrollt sich vor unseren Augen die sociale Wirksamkeit der Arbeitercolonieen, die schon zur Zeit über 400 Plätze verfügen. Den Eindruck seines reichen socialstatistischen Materials steigert Ostwald wiederholt durch stimmungsvolle Skizzen. Das armselige, geistig öde und reizlose Leben der Arbeitercolonisten findet einen in seiner Wahrheit wirklich tief ergreifenden Ausdruck in der ganz schlichten Schilderung des Arbeitercolonistensonntags. Ostwald kennt die innerlich gebrochenen Elemente aus einer reichen Erfahrung heraus, und er wirft daher manches Schlaglicht auf die socialpädagogisch so wichtige Frage: Wie sind die Arbeitsscheuen, die Prostituierten u. s. w. zu einer regelmässigen Erwerbsarbeit zu erziehen? Das Buch gibt eine Fülle von Anregungen dem Socialpädagogen und dem Socialpolitiker.  
*Paul Kampffmeyer.*

\*  
**Eduard Fuchs: Die Caricatur der europäischen Völker vom Altertum bis zur Neuzeit.** Berlin, A. Hofmann & Cie.

Würde es sich um eine flüchtige Tagesarbeit handeln, so bedürfte das vorliegende Werk keiner weiteren Empfehlung mehr; denn es hat seinen Weg bereits gemacht. Aber diese Geschichte der Caricatur ist mehr als das, es ist ein Document, das eine Lücke in der deutschen Literatur ausgefüllt hat und uns den Einblick in ein Gebiet eröffnet, das die Weltgeschichte deutlicher und schlagender wiedergibt, als Bände historischer Abhandlungen. Dass das Lachen befreit, ist eine alte Wahrheit und alle Jahrhunderte sind von dem Ernst der Tage zum Humor geflüchtet, um das Unerträgliche zu vergessen. Aber in der Caricatur liegt weit mehr. Hier weicht der Bedrückte nicht zurück, um sich abseits an harmlosem Spiel zu vergnügen, sondern er greift den Feind geradeaus an und sein grimmiger Spott fürchtet auch den Gewaltigsten nicht. Carikieren heisst überladen, übertreiben. Und, hat schon der Gereizte den schärfsten Blick für die Schwächen seines Gegners, so unterstreicht der Caricaturist das Hervorstechende in einem Grade, dass niemand, auch der gleichgiltige Philister nicht, es übersehen kann. Es ist nur ein Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen — und diesen Schritt zu tun ist die gefährlichste Waffe des Zeichners, die von den Machthabern von je gefürchtet ward, wie kaum eine andere. Aber der Spott käme nicht aus ehrlichem Herzen, wenn

er nicht auch die Narretei in den eigenen Kreisen träge, das tausendfältige, unerschöpfliche Reich menschlicher Fehler und Schwächen, von denen jede Zeitepoche ihre besonderen grosszieht und hätschelt.

Eduard Fuchs, der es unternommen hat, eine Geschichte der Caricatur zu schreiben, stand vor keiner leichten Aufgabe. Nichts ist schwieriger, als ein Feld zum erstenmal zu bearbeiten, und man kann sich ungefähr eine Vorstellung von dem Aufgebot an Sachkenntnis und Fleiss machen, den das Werk erfordert hat, wenn man in Anschlag bringt, dass für den ersten Band 68 000 Zeichnungen zu sichten waren. Die Ausstellung eines kleinen Teils seines im eigenen Besitz befindlichen Materials, die Fuchs in Berlin veranstaltet hat und in welcher namentlich die Blätter von Honoré Daumier auffielen, erregte das weitestgehende Interesse der künstlerischen Kreise. Aber Eduard Fuchs ist nicht ein Sammler und Forscher mit der kühlen trockenen Objectivität des zünftigen Gelehrten. Er hat eine leidenschaftliche Vorliebe für seinen Gegenstand, und sein scharfes Auge und sein prächtiges Temperament geben seinem Vortrag eine ungewöhnlich hinreissende Frische. Der abgeschlossene erste Band umfasst die Zeit vom Altertum bis zum Jahr 1848. Der zweite eben im Erscheinen begriffene führt die Geschichte der Caricatur bis in die Gegenwart. Im Altertum und Mittelalter sind die Urkunden der Caricatur noch sehr vereinzelt. Erst der Buchdruck und die Reformation geben ihr den ersten kräftigen Aufschwung. Satirische Flugblätter werden eine beliebte Waffe der kämpfenden Parteien. Den grossen künstlerisch reifen Stil finden wir zuerst in Holland bei Cornelius Troost und seinen Genossen. Die moderne gesellschaftliche Caricatur begründet William Hogarth, von dem eine eingehende Charakteristik und zahlreiche Proben gegeben werden. Als im XVII. und XVIII. Jahrhundert der starre Absolutismus überhand nimmt, wirft sich die Caricatur, die vom politischen Gebiet abgedrängt wird, auf das galante und parodiert Mode und Sitte des Salons. Mit dem Beginn der grossen Revolution setzt sie wieder energischer ein und findet naturgemäss an Napoléon I. ein dankbares, allerdings nicht ungefährliches Object. Hier steht der düstere Goya in erster Reihe. In England ist James Gillray hervorragend tätig. Ihren höchsten Glanz erhält die Caricatur durch Honoré Daumier, den Grossmeister der Satire: unerreicht in der Kühnheit seines Angriffs, gleich stark im Pathos der Anklage, wie im Grimm der Ironie und vollendet in

der formalen Beherrschung seiner Kunst. Mit ihm wetteifert in der Popularität am glücklichsten der bekannte Gavarni. Der erste Band des Werkes schliesst mit einem Blick auf die deutsche Caricatur im Vormärz, gleichsam eine Einleitung zum zweiten Bande, der mit dem Sturmjahr 1848 einsetzt. Die Geschichte der Caricatur ist nicht nur für den Kunstfreund eine ungewöhnlich wertvolle Gabe, sie mag ein rechtes Erbauungsbuch für jeden streitbaren Mann sein, der im Auf und Nieder menschlicher Kämpfe den Weg nach oben sucht.

Friedrich Adler.

\*  
**Leopold Ziegler: Das Wesen der Cultur.** Leipzig, Eugen Diederichs.

Ein eigenartiges Buch, dem es schwer ist gerecht zu werden. Der Autor behandelt sein Problem mit grossem Ernst und einer schlichten Hingabe an sein Thema, die angenehm von dem Gros der Veröffentlichungen abstechen. Er ist ein tüchtiger Kenner der deutschen Philosophie, tief, klar und folgerichtig in der Gedankenentwicklung, kraftvoll in der Diction, der gewisse Schwerfälligkeiten mit Rücksicht auf den abstracten Vorwurf und die Methode der Untersuchung zu gute gehalten werden müssen.

Ziegler will der Frage nach dem Wesen der Cultur nicht als Historiker, sondern als Philosoph nachgehen, »die letzten Gründe, die im Menschen selbst treibende Dialektik, von aller historischen Zufälligkeit entkleidet, von der Wirklichkeit in gewissem Sinne losgelöst — den Culturtrieb« untersuchen. Die Dialektik »soll das Werden der Cultur klarlegen, aus einer fortschreitenden Nötigung innerer Triebkräfte, die von Gestaltung zu Gestaltung fortdrängt, bis der Reichtum der menschlichen Beziehungen zu Natur und Welt das werden durfte, was man gemeinhin als *Cultur* bezeichnet . . . Es gilt, die innere Genesis zu verfolgen, die bei jeder Culturentwicklung wesentlich die gleiche sein muss; nicht die notwendigen Bedingungen aufzuzählen, welche ihr Dasein ermöglichen, sondern den Willen zu bestimmen, der ihr Dasein verwirklicht.«

Für Ziegler ist die ganze Culturentwicklung ein stufenweis fortschreitender Befreiungsprocess. Die bewusstlose Natur führt den Menschen notwendig an einen Punkt, wo sie die Hände von ihm abzieht, ihn der schützenden Instincte entkleidet und ihn darauf anweist, nach bewussten Zwecken für sein Dasein zu suchen. In diesem Suchen irrt er; die langsame Richtigstellung dieser Irrtümer macht eigentlich die menschliche Entwicklung aus. Wo sich ihm ein Zweck

als irrig erweist und aufgegeben werden muss, muss das menschliche Bewusstsein einen anderen erfassen bei Strafe der Vernichtung. Wenn der Mensch zum Erkennen eines endgiltigen, alle anderen einschliessenden Zweckes gelangt, ist der Culturprocess vollendet.

Sobald sich der Mensch bewusst der Natur gegenüber sieht, in der er bisher in instinctgebundener Willigkeit eingewoben war, erstrebt er Freiheit von ihrer Causalität, die ihm nun Zwang ist, und fordert für sich Glückseligkeit. Von diesem Standpunct wird ihm die Natur zum Mittel, er selbst ist Zweck und Centrum. Es ist dies das Verhalten des Menschen während der Civilisation. Nun kann aber der Mensch sein Leben und Glück nur so lange als Daseinszweck ansehen, solange er die Illusion der Erreichbarkeit des Glückes hat. Unfehlbar kommt für ihn ein Tag, wo er erkennt, dass er durch das Glück genarrt wird. Und wie ihn bei seinem Austritt aus dem Tempel der Natur die Instinctsicherheit verlässt, so verlässt ihn jetzt, an der Ausgangsforte der Civilisation, die Illusion der Glücksmöglichkeit.

So geht er der Möglichkeit verlustig, weiter in praktischem Verhalten den Dingen gegenüberzustehen. Jetzt gibt er diesen zurück, was er ihnen nahm: ihre eigene, auf keinen menschlichen Nutzen bezogene Zweckmässigkeit. Er überlässt sich dem Schein der Dinge in ästhetischer Betrachtung und findet eine ihm bisher verwehrt Befreiung: aus der Naturgebundenheit, die in der Zeit seines praktischen Verhaltens nicht aufgehoben, sondern nur in andere Formen gehüllt war, die aber jetzt, obwohl tatsächlich fortbestehend, »ihrer Realität entkleidet und zur Scheinhaftigkeit verklärt« wird, und aus der Illusion. Denn, »wenn die Illusion deshalb täuscht, weil sie mehr zu sein vorgiebt, als ein bloss subjectiver Bewusstseinsinhalt, so ist der ästhetische Schein gerade deshalb wahr, weil er darauf verzichtet hat, etwas anderes zu sein, als Schein.«

Nun kann der Mensch aber sich nicht genügen lassen an der Welt des Scheins, er muss zur Realität der Dinge Beziehungen suchen. Er tut das in der Folge nicht mehr im praktischen, sondern im theoretischen Verhalten, indem er dem Wesen, dem logischen Gehalt der Dinge nachforscht. Die Ahnung einer immanenten, menschlich erkennbaren Logik ist ihm in der Welt des Scheins geworden. So sucht er das Wesen der Dinge in den Einzelwissenschaften und in der Philosophie, die sich die letzte Frage nach dem Ursprunge des menschlichen Be-

wusstseins, nach dem Träger der Kategorien stellen muss. Dieser Träger »kann nicht das Ich sein, sondern ein hinter und ausser dem Ich seiender schöpferischer Geist, der das menschliche Bewusstsein erst kategorial durchzieht, der mit anderen Worten unbewusst sein muss«, das Selbst, der Weltgeist. Da der erkennende Mensch und die Objecte seiner Erkenntnis wesenseins sind, so ist die Wissenschaft eine Selbstbewusstwerdung des all-einen Subjects.

Aber der Befreiung heischende metaphysische Grundtrieb strebt nicht allein dahin, sich im Bewusstsein des Menschen zu brechen und zu spiegeln und sich so selbst zu befreien: in ihm ist auch Willen, der nur in der Realität, im Tun erlost werden kann. Im religiösen Verhalten wird der Mensch »befähigt, eine neue erlösende Wirklichkeit nur nach den Gesetzen seiner Selbstheit zu gestalten: die Cultur«. Sie baut sich auf auf Entsagung und Seibszucht, auf dem bewussten gottergebenen Erfüllen der Naturforderungen, die der in der Natur und ihrer Unbewusstheit geborgene Mensch erfüllt, ohne sie je zu erfassen.

Es liegt auf der Hand, dass man an eine Kritik des Werkes nur gehen kann, wenn man entweder die Voraussetzungen des Autors, auf deren Basis die ganze Argumentation ruht, annehmen könnte, dass nämlich Geschichte und Cultur logisch sein müssen, um von uns verstanden zu werden, oder aber diese Voraussetzungen selbst discutieren wollte. Man müsste ferner, gleich Ziegler, annehmen, dass ein Culturtrieb mit immanenten logischen Entwicklungsgesetzen besteht, der mit dem animalen Daseinskampf der Menschheit nichts zu tun hat. Denn freilich abstrahiert Ziegler ausdrücklich von den tatsächlichen Begebenheiten, aber er kann nur von ihnen abstrahieren, ohne der Phantasterei zu verfallen, weil er ihnen nur eine nebensächliche Bedeutung zuschreibt. Vor jeder Kritik steht also eine Art Prädjudicialantrag. Wir können die ganzen philosophischen Voraussetzungen Zieglers, aus denen auch seine Methode folgt, nicht annehmen. Die immanente Logik nicht — oder doch nur als etwas, das man glauben, aber nicht als Grund eines wissenschaftlichen Gedankenbaus benutzen kann, — die Culturentwicklung als geistigen Process nicht nicht seine Ha. tmannsche Metaphysik. Und, von unserm principiell in Voraussetzungen und Wertungen abweichenden Standpuncte aus erscheint uns der Gedankengang des Autors als eine völlig vom Boden der Erfahrung losgelöste Construction, so weit ab-

gelegen, dass wir nicht einmal einen Angriffspunct finden können. Im besonderen halten wir die Auffassung des Instincts und das auf Seite 17 ff. über den Daseinskampf Gesagte für durchaus irrig. Vom Standpuncte des Autors aus gilt uns vor allem die Ablehnung einer eudämonistischen Sittenlehre als ein innerer Widerspruch. So hat das Buch für mich und wohl für jeden, der seine Metaphysik ablehnen muss, den Wert eines Gedichts des Intellects, eines tief und geistreich ausgesprochenen Traumes — einer aus der Sehnsucht geborenen *Fata Morgana* der Friedigung, Einheit und Beseelung der Welt, die uns nichts verrät über die Wirklichkeit und keinen Ausblick, keine Möglichkeit zeigt, dieser Wirklichkeit Frieden und Sinn zu geben.

Oda Olberg.

**August Weismann: Vorträge über Descendenztheorie.** 2 Bände. Jena, Gustav Fischer.

Weismanns neues Werk, das noch einmal alle die Momente zusammenfasst, die für die Selectionstheorie sprechen, erscheint gerade zu einer Zeit, wo der Kampf gegen den Darwinismus heftig entbrannt ist. Weismann ist ein stricter Anhänger Darwins, er ist es, der in den letzten Jahrzehnten durch eigene Forschung die Lehre seines Meisters fester zu begründen und in mancher Beziehung weiter zu bilden versucht hat. Er ist ein sehr scharfer Kopf, er ist sehr gedankenreich und darum befähigt und wohl auch geneigt, selbst über die rätselhaftesten Rätsel der Natur wenigstens eine Theorie ihrer Lösung aufzustellen, eine Theorie, die immer viel Bestechendes hat. Weismann leugnet jede Artentstehung durch Gebrauch und Nichtgebrauch von Organen, überhaupt durch irgend ein Lamarckistisches Princip. Nun ist ihm die Meinung Darwins allerdings auch nicht recht einleuchtend, dass der Kampf ums Dasein ganz blindwütend alles zerstöre, was ihm nicht gewachsen ist und dass nur das Passende erhalten werde. Wo kommt aber das Passende her? Weismann vertritt da die Ansicht, dass schon innerhalb eines Individuums in den kleinsten Keimanlagen ein Kampf der Teile stattfindet und dass hier schon das Bessere dem weniger Guten weichen müsse. Das Individuum selbst wird durch diese innere Auslese seiner Anlagen in seiner Existenzfähigkeit gestärkt, es braucht dann nicht mehr ein so hitziger Kampf zwischen Individuum und Individuum, Art und Art geführt zu werden. Trotzdem findet auch dieser schliesslich öfters als *ultima ratio*

statt. Scheinbar ist nun Weismann darwinistischer, als Darwin selbst, er überträgt den Kampf ums Dasein und die Naturauslese als *Germinalselection* sogar in das Innere, in die kleinsten Körperteilchen des Individuums. Aber schliesslich ist es nur eine Sache des Ausdrucks, Anpassungsvorgänge im Innern eines Organismus als Naturauslese der Keimanlage (*Germinalselection*) zu bezeichnen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine individuelle Anpassung infolge innerer oder äusserer Einflüsse, also um ein Lamarckistisches Princip. Doch es sollen in dieser kurzen Besprechung nicht die Anschauungen Weismanns widerlegt werden. Das Buch zieht so etwa alle Fragen, welche das Interesse der Biologen beherrschen, in den Bereich seiner Behandlung. Die Probleme der Befruchtung und der Vererbung, mit denen sich Weismann so selbsttätig beschäftigt hat, werden sehr ausführlich behandelt. Besonders aber ist der Keimplasmatheorie, diesem eigensten Werke Weismanns, ein grosser Teil des zweibändigen Buches gewidmet. Ausserdem durchzieht diese Theorie als Grundanschauung des Verfassers das ganze Werk. Die Annahme, dass alle Teile des fertigen, erwachsenen Individuums bereits als kleinste Anlagen, als Ide und Determinanten, im Keimstoff der Eizelle enthalten seien, hat viel Gegner. Sie ist eben nur eine Theorie, für die es keinen rechten Beweis giebt. Aber sie macht doch manche biologische Erscheinung wie die Vererbung einigermaßen verständlich, sie giebt, mag sie richtig sein oder nicht, doch Bilder, wo bisher jegliche Vorstellung fehlte. Bei Weismann geht aber das Theoretisieren immer Hand in Hand mit exacter Forschung, schon deshalb sind seine Hypothesen nie fruchtlose Speculationen. In dem vorliegenden Werke giebt der betagte Forscher gewissermaßen ein Resumé seiner gesamten Lebensarbeit, die zugleich das Ganze der Biologie umfasst. Er giebt es in einer klaren Sprache, in einer glänzenden Darstellung, die das gut illustrierte Werk zur Lectüre in den weitesten Kreisen geeignet macht.

Curt Grottelwitz.

**Dr. E. Dennert: Vom Sterbelager des Darwinismus.** Stuttgart, Max Kiehlmann.

Der Verfasser fühlt das brennende Bedürfnis, die Naturwissenschaft des XX. Jahrhunderts mit dem ersten Buch Mosis in Einklang zu bringen. Darwin und die Anhänger der Darwinischen Lehre von der natürlichen Auslese sind ihm hierbei im Wege; deshalb verfolgt er sie mit blinder Wut. Gegen die Abstammungslehre an sich hätte

Dennert nichts einzuwenden, wenn sie nur so formuliert würde, dass die Annahme eines bewussten, planvollen Schöpferwillens — wie noch Lamarck sie hegte — wieder als zulässig erschiene. Seinerseits will dann Dennert gern so verträglich sein, die mosaïschen sieben Schöpfungstage durch entgegenkommende Interpretation zu der erforderlichen Zahl von Jahrmillionen auszuweiten. Von dieser Tendenz geleitet, durchstößt nun Dennert die neueste biologische Literatur, den einzelnen Autoren für selectionistische Aeusserungen je nach Umständen Püffe oder auch nur gelinde Verweise, für antiselectionistische Aeusserungen dagegen Fleisszettel erteilend. Dabei steht dem Verfasser ein achtbares Mass von Fachwissen und eine sehr ausgedehnte Belesenheit zu Gebote. Aber schon bei flüchtiger Durchsicht seiner Schrift fällt eine Reihe grober Unwahrscheinlichkeiten und Schiefheiten ins Auge. Da wird zum Beispiel Darwin, der allen Kennern seiner Werke und seiner Persönlichkeit als ein leuchtendes Vorbild gewissenhaftester Wahrheitsliebe gilt, des vorsätzlichen Totschweigens eines unbequemeren wissenschaftlichen Gegners beschuldigt; da wird derselben Darwin imputiert, er habe die Variationen, die das Material für die natürliche Auslese darstellen, grundsätzlich als zufällige charakterisiert, während in Wirklichkeit Darwin von Variationen spricht, »die wir in unserer Unwissenheit als zufällige bezeichnen«. Da wird ferner eine Aeusserung des Ultradarwinianers Wilser *Wer sich nicht mit Darwin abgefunden hat, ist kein Naturforscher mehr!* — eine Aeusserung, die im Munde des Genannten unmöglich etwas anderes bedeuten kann, als ein rückhaltloses Bekenntnis zu Darwin — aus dem Zusammenhang gerissen und in eine schroffe Absage an Darwin verkehrt. Da wird Bölsche gering-schätzig als *der populäre Schriftsteller W. Bölsche* bezeichnet im Gegensatz zu den *ernst zu nehmenden* Fachleuten; gegen Grotzewitz wird insinuiert, er habe den Lesern der *Socialistischen Monatshefte* kleinmütigerweise einen Gedankengang unterschlagen, der dem Atheismus — und somit nach Dennerts Ansicht auch der Socialdemokratie — gefährlich werden könnte. Da wird endlich — und dies ist sachlich wohl der schwerwiegendste Verstoß von allen — der geniale Karl von Nügel als seines Vervollkommnungsprincips willen zum Gegner mechanistischer Welterklärung gestempelt, während doch gerade Nügel sein Vervollkommnungsprincip auf rein physikalisch-chemische Ursachen zu-

rückführte und demgemäss seinem Hauptwerk den Titel *Mechanisch-physiologische Abstammungslehre* gab! All' dies reicht wahrhaftig aus, um die Unbefangenheit und Objectivität des Autors dringend verdächtig zu machen. Freilich, wer von dem Erstarren der antiselectionistischen Strömungen innerhalb der Abstammungslehre bisher noch nichts gewusst hat, dem mag das Dennertsche Buch in all seiner Gehässigkeit ein heilsamer Weckruf sein. Wer sich aber über den Gedankeninhalt dieser neueren Strömungen sachgemäss zu unterrichten wünscht, der wird bei Dennert nicht finden, was ihm not tut. Denn gerade die Forschungen der Neolamarckianer und Antiselectionisten unserer Tage, mit ihrer scharfen Herausarbeitung der vielseitigen Anpassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten jeder einzelnen Pflanzen- und Tierart, führen wohl ganz anderswohin, als zur babylonisch - altjüdischen Schöpfungssage zurück.

\* Ladislaus Gumplowicz.

**Ellen Key: Menschen.** Zwei Charakterstudien. Autorisierte Uebersetzung von Francis Maro. Berlin, S. Fischer.

Wir legen das Buch aus der Hand mit dem fast beklemmenden Gefühl, dass wir etwas Schönes geschaut, eine Erfüllung erlebt und eine stolze Zukunftsforderung verwirklicht gesehen, und das in einer Vergangenheit, die uns so nahe liegt, dass wir sie noch zu kontrollieren vermögen. Zwar weiss man zuerst nicht so recht, wem diese Begeisterung gilt, dem Autor, der uns diese Gestalten aus seinen Zeilen ersteinen lässt, oder den Persönlichkeiten, die vor uns auftauchen. Der Schilderer verliert sich so vollständig hinter den Geschilderten, dass man ihn nur zu empfinden vermag, indem man aus der Begeisterung, mit der er spricht, aus der Betonung der einzelnen Licht- und Schattenseiten erkennt, was seine eigene Auffassung von wirklichen Menschen ist. Die drei Menschen, die uns Ellen Key zeichnet — Almqvist, Elisabeth Barrett-Browning, Robert Browning — sind bei uns wenig bekannt, und so muss man schon auf Treu und Glauben die Gestalten so nehmen, wie sie sie uns gibt, wo sie nicht, wie bei dem englischen Dichterpaar, ihre Ansichten mit Auszügen aus den Werken und mit Stellen aus den noch weit charakteristischeren Briefen begründet. Eine Besprechung des Buches wird dadurch naturgemäss zu einer Besprechung der geschilderten Charaktere, die — wenigstens gilt das für die beiden Männer, die durchaus keine Berührung mit einander hatten — in

eigentümlicher Weise, lange bevor die Zeit erfüllt war, Eigenschaften, Ziele und Schicksale haben, wie wir sie sonst nur aus der Periode aus der Wende unseres Jahrhunderts kennen. Ellen Key sagt: »In der Universalität seines Wesens ist Almquist ein Zeitgenosse des heutigen Tages. Man findet bei ihm die altruistisch-sympathetische Strömung, die in sociale Umwälzungspläne mündet, gleichzeitig mit Uebermenschentheorien. Er ist demokratisch pantheistisch, ausgeprägt freidenkerisch und dennoch mystisch-religiös. Symbolist in Bezug auf die Kunst, Anarchist in Bezug auf die Regierung, er lebt in der Synthese und träumt von Monismus.« Sie kann ihn so als den modernsten Dichter Schwedens ansprechen, obschon er schon über vierzig Jahre tot ist. Auf jedem Gebiet sind seine Zeitgenossen zu suchen: Lange vor Wagner verlangte er eine Kunstform in der Musik, worin Poesie und Bildkunst einheitlich verschmolzen werden; vor Maeterlinck suchte er mit denselben Mitteln Stimmung zu erwecken; vor den Neuromantikern bereicherte er die Literatur mit wunderbaren Wortbildungen, die einen überschwenglichen Nuancenreichtum in der Schilderung ermöglichen, vor Nietzsche verkündet er das Recht und die Ansprüche des Uebermenschen; er ist überzeugter Monist, für den die Religion der Zukunft die Kunst und die völlige Wesenseinheit der Creatur mit dem Weltall ist; als Politiker erkennt er ohne weiteres an, dass der vierte Stand vorrücken müsse. Manche wissenschaftliche Probleme hat er auf rein intuitivem Wege gelöst. Im Mittelpunkt seines Seelenlebens stehen auch die Gedanken über Liebe und Ehe, gegen die Ehe kämpft er fast erbittert, da er, wie wohl zum Teil durch eigene Schuld, selbst durch die Ehe nicht glücklich wurde; trotzdem denkt er sehr hoch vom Weibe, da es, wie das Kind, der Natur näher steht, als der Mann, und von den Rechten der Liebe, die jedoch der äussern Sanctionierung nicht bedürfen. Sein persönliches Schicksal aber corrigierte das, was seinen Ideen an idealistischer Einseitigkeit anhaftete, und er wurde selbst das Opfer des Glaubens, dass der Instinct die unfehlbare Inspiration, die Subjectivität die einzige Rechtsnorm sei. Sicherlich besteht zwischen Almquist und Robert Browning (1812—1889) eine wirklich innere Verwandtschaft, vor allem in den künstlerischen Tendenzen und in den Forderungen an die ethische Seite des Lebens. Doch war Browning die harmonischere, ausgeglichene Natur und wohl auch nicht ganz so gross als Künstler. Freilich sagt

Ellen Key von ihm, dass er ein Vorläufer auf vielen Gebieten der Kunst gewesen, so namentlich im Drama, das heisst bei ihm in Dichtungen, die, ohne für die Bühne bestimmt zu sein, dramatische Form annahmen, so dass gewisse Seelenzustände in einem grossen Moment zu einem gesammelten Ausdruck kommen, und dadurch wies er den Weg für das Drama der Zukunft, »das der Spiegel des nach innen statt nach aussen gekehrten Lebens sein wird«. Das Grösste an Browning war aber seine Persönlichkeit, die sich zu einer wahren Wunderblume entwickelte, als er Elisabeth Barrett als sein Weib heimführte, Elisabeth Barrett, die wohl zu den grössten dichtenden Frauen aller Zeiten gehört, von der es heisst, dass sie »so kindergläubig an ihren Dichterberuf, so wahr, so schönheitsliebend, so vornehm und stolz, so willensstark und mutig in ihrem leidenschaftlichen Selbstständigkeitsdrang, so feurig und keusch, so impulsiv und treu« war. Die Vereinigung der beiden Menschen, die Elisabeth aus Sorge um den Geliebten, den sie nicht an eine kränkliche Frau fesseln wollte, immer hinausschob, war dann eine Erfüllung in des Wortes wunderbarer Bedeutung. In Florenz war ihr Haus der Sammelpunct freier und schöner Menschen, und keiner verliess sie, ohne etwas von dem Segen dieses Heims mit sich in die Welt hinaus zu nehmen. »Beide sind in gleich seltenem Grade einfach und tief in ihrem Gefühlsleben. Das klare Licht vollkommensten Vertrauens wird nie von einem Schatten der Herrschaft, des Misstrauens, der Eifersucht verdunkelt.« Als dann Elisabeth 1861 starb, blieb Browning mit seinem Sohn zurück, dessen Erziehung ihn einigermassen von dem grossen Schmerz ablenkte; die kürzeren Gedichte, die er in den darauf folgenden Jahren dichtete, gehören mit zu seinen besten Werken, auch einzelne grössere Arbeiten weisen noch hervorragende Schönheiten auf, doch tritt dann immer mehr die Reflexion an Stelle der Empfindung. Schöner aber, als alles, was die beiden geschaffen, war ihr Leben, und dieses berechtigt sie, die Bezeichnung *Menschen* zu tragen; denn ihr Ausnahmeschicksal gründet sich nicht darauf, dass sie beide grosse Dichter, hervorragende Individualitäten und Persönlichkeiten von umfassender Bildung waren, sondern auf »das Allgemeingiltige des erotischen Gefühls, das in so schöner Entwicklung für alle Menschen möglich ist, wenn sie erst gelernt haben, den Cultus der Liebe als das Ziel des Zusammenlebens zu betrachten.«

Ida Häny-Lux.